

# JAHRESUMWELTBERICHT 2001



## Vorwort: Jahresbericht 2001

Die Umwelt-Bilanz in unserem Bundesland kann sich sehen lassen. Der Umweltschutz-Gedanke und die Sensibilität für langfristige Gefahrenpotentiale sind in der niederösterreichischen Bevölkerung bereits tief verankert. Dass Umweltschutz Optimierung unserer Lebensqualität bedeutet, ist den Landesbürgern ebenso bewusst.

Es gilt darüber hinaus, bereits Erreichtes nicht nur zu bewahren, sondern zu stärken und weiterzuentwickeln. Das Ziel, die Nachhaltigkeit der Lebensqualität zu sichern, bedeutet Verantwortung für die Mit- und Nachwelt, für die Gegenwart und die Zukunft. Umweltschutz kann daher nur dann „funktionieren“, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte in unserem Lande mitwirken. Eines meiner Anliegen war und ist es, einen ökologischen Wertewandel herbeizuführen, der letztlich zu einem „ökologischen Lebensstil“ führt. Dazu ist auch das persönliche Engagement und Interesse aller Bürger und Bürgerinnen gefragt. Mit den Aktionen „Natur im Garten“, oder dem Klimabündnis haben wir diesen Weg bereits erfolgreich beschritten.

So sind in Niederösterreich bereits mehr als 190 Gemeinden im Klimabündnis und die Aktion Natur im Garten hat einen Bekanntheits- und Akzeptanzgrad von über 70 % der Bevölkerung erreicht.

Dass sich Umweltschutz letztlich auch „rechnet“, hat Niederösterreich - durch unsere 20-jährige Erfahrung - längst bewiesen. Initiieren statt reparieren, lautet das Motto. Mit der Einführung des NÖ Ökomanagementsystems für Profit und Non-Profit Betriebe wurden auch neue Maßstäbe für nachhaltiges Wirtschaften und Ressourcenschonung geschaffen.

Umweltschutz kann nie ein „abgeschlossenes Projekt“, sein, sondern muss sich dynamisch weiterentwickeln. Es ist mir wichtig, durch diesen Bericht ein Gesamtbild umwelt- und nachhaltigkeitsorientierter Beiträge zur Entwicklung des Landes Niederösterreich vorlegen zu können.

Mag. Wolfgang Sobotka

# INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Abteilung Allgemeine Baudienst-Geschäftstelle f. Energiewirtschaft (BD1-E)	1
Abteilung Umwelttechnik (BD 4)	4
NÖ Dorf – und Stadterneuerung	9
Abteilung Landeshochbau (HB 2)	11
Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz (IVW 4)	14
Abteilung Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten (LAD 3)	15
NÖ Landesakademie – Bereich Umwelt und Energie	17
Abteilung Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft (LF 2)	20
Abteilung Landwirtschaftsförderung (LF 3)	25
Abteilung Forstwirtschaft (LF 4)	26
Abteilung Land – und Forstwirtschaftsinspektion (LF 7)	29
Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal	30
Nationalpark Donau- Auen GmbH	36
Nationalpark Thayatal	39
NÖ Abfallwirtschaftsverband	41
NÖ BAWU	45
NÖ Landesjagdverband	48
NÖ Umweltschutzanstalt	50
„die umweltberatung“ NÖ	52
NÖ Umweltschutzanstalt	56
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (RU 2)	59
Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung (RU 3)	60
Abteilung Umweltrecht (RU 4)	69
Abteilung Naturschutz (RU 5)	71
Abteilung Verkehrsrecht (RU 6)	74
Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten (RU 7)	75
NÖ Agrarbezirksbehörde	78
Abteilung Straßenspezialtechnik (ST 6)	79
Abteilung Wasserrecht und Schifffahrt (WA 1)	80
Abteilung Wasserwirtschaft (WA 2)	82
Abteilung Wasserbau (WA 3)	84
Abteilung Wirtschaftsförderung (WST 2)	87
Abteilung Energie und Strahlenschutz (WST 6)	88

# **ABTEILUNG ALLGEMEINER BAUDIENST – GESCHÄFTSSTELLE FÜR ENERGIEWIRTSCHAFT (BD 1 – E)**

## **Klimabündnis:**

Die Geschäftsstelle für Energiewirtschaft ist mit der Leitung des Arbeitskreises „Energie“ beauftragt, in dem Strategien für die Erreichung des Zieles beraten und erarbeitet werden. Schwerpunktmäßig wurde dabei der Diskussionsprozess für die Umsetzung des NÖ Energiekonzeptes fortgesetzt und ein so genannter „Energie-Werkzeugkasten“ erarbeitet.

Ebenfalls wurde in den Arbeitsgruppen über die Neugestaltung der Wohnbauförderung ab 1.1.2002 (NÖ Energieausweis) mitgearbeitet.

## **Fernwärme:**

Mit Ende 2001 waren in NÖ 160 Biomasse-Fernwärmeversorgungsanlagen mit einer Leistung von 170 MW in Betrieb. 20 Fernwärmeprojekte nahmen den Betrieb auf und 12 Ansuchen um Förderung von Energieversorgungsstudien wurden gemäß Fernwärmeförderungsgesetz eingereicht. 53 Förderungsanträge wurden neu eingebracht, wobei der überwiegende Teil auf den landwirtschaftlichen Bereich entfällt. Dabei wurde beratend, koordinierend und unterstützend im Rahmen von Erhebungen, Wirtschaftlichkeitsabschätzungen und – prüfungen, Förderungs- und Kommissionsgesprächen, Informationsveranstaltungen und Zwischenkontrollen sowie bei der Beratung und Überprüfung der Fernwärmeabnehmer mitgearbeitet. Die zur Verfügung stehenden Förderungsmittel werden für die Anlagenbetreiber in Form von Darlehen bzw. als Direktzuschüsse und für die Erstellung von Studien vergeben.

## **Überprüfungen nach der NÖ Bautechnikverordnung:**

Von den 420 installierten Heizkesseln in den NÖ Landesgebäuden (alle von der Landesenergiebuchhaltung erfassten Liegenschaften) wurden 130 Feuerstätten von der Geschäftsstelle für Energiewirtschaft geprüft und bewertet.

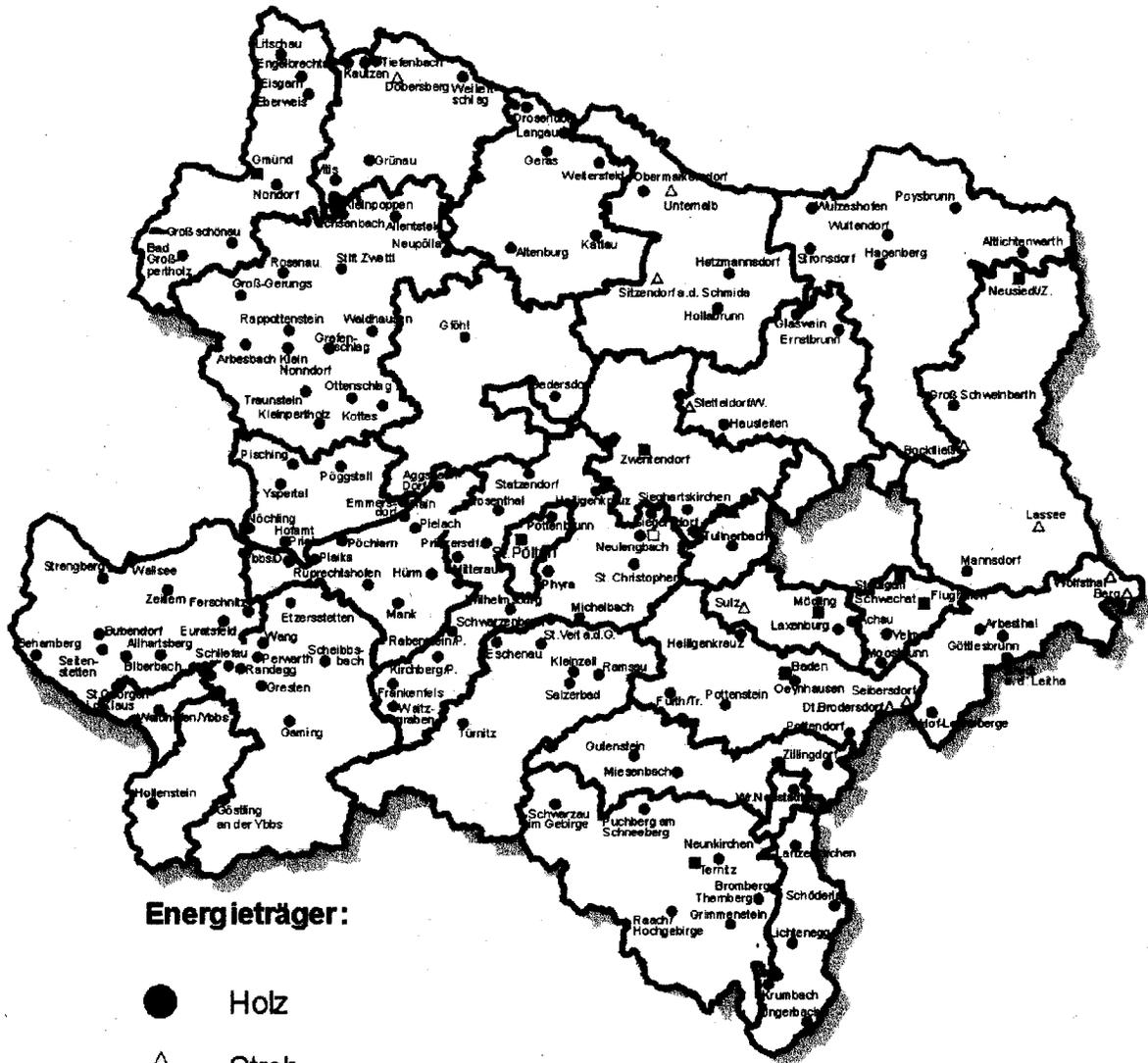
## **Windenergie:**

In NÖ besteht großes Interesse an der Errichtung von Windkraftanlagen. Aus diesem Grund wurde das „Forschungsprojekt zur Optimierung der Windkraftnutzung in NÖ Windparks im Praxistest“ in die Wege geleitet. Dieses Projekt erstreckt sich auf folgende 5 Windparkprojekte:

- Pottenbrunn
- Deutsch-Wagram
- Oberstrahlbach
- Simonsfeld
- Grafenschlag

mit insgesamt 15 Windkraftanlagen. Ziel ist die Evaluierung der wesentlichen Betriebsdaten der Windparks. Dabei werden die ökologischen und energiewirtschaftlichen Auswirkungen von Windparks in NÖ wissenschaftlich untersucht, um Erfahrungen für die weitere Windkraftnutzung unter den speziellen niederösterreichischen meteorologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu gewinnen.

# Fernwärmeversorgung in Niederösterreich



## Energieträger:

- Holz
- △ Stroh
- Erdwärme
- Sonstige Energieträger

Stand: Ende 2001

## Energy Globe Austria:

Der Energy Globe Austria prämiert die weltbesten Projekte im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger. Im Vorfeld zu diesem Bewerb wurde durch die Geschäftsstelle für Energiewirtschaft der Österreich Wettbewerb für das Land NÖ abgewickelt und organisiert. Die von einer Fachjury ermittelten 3 Projekte wurden durch Landesrat Dipl.-Ing. Plank prämiert und als vorbildlich ausgezeichnet.

## Energieberatung:

Ein wesentlicher Punkt zur Erreichung der energiepolitischen Ziele des Landes NÖ ist der im "NÖ Landesenergiekonzept" angeführte Bereich der Beratung und Information in Energiefragen. Die Schwerpunkte der Energieberatungstätigkeit waren 2001 die Energienutzung aus erneuerbaren Energieträgern, die Schaffung

ler, biomassebetriebener Fernwärmeversorgungsanlagen, die gutachterliche Tätigkeit für die Sanierung bestehender Gebäude (Wärmedämmung) und deren energietechnischer Anlagen (Modifizierung der Heizungsregelanlagen, Verbesserung des Kesselwirkungsgrades und Jahresnutzungsgrades bei konventionell befeuerten Anlagen) sowie die Bearbeitung der „ÖKO-Eigenheimförderungsansuchen“. Die Energieberatungsstelle des Landes ist mit eigener Homepage unter der Adresse:

<http://www.noel.gv.at/energie.htm> erfolgreich im Internet vertreten.

### **Messen und Ausstellungen:**

Die Geschäftsstelle beteiligte sich 2001 mit einem Informationsstand an 4 Veranstaltungen (Fachmessen):

- Hausbau und Energiesparmesse vom 8. - 11. März 2001, Wiener Neustadt
- WISA vom 19. – 21. April 2001, St. Pölten
- BIOEM vom 14. - 17. Juni 2001, Groß Schönau
- NÖ Bau & Energie vom 21. - 23. September 2001, Wieselburg

# **ABTEILUNG UMWELTTECHNIK (BD 4)**

## **Anti-Atomkoordination**

### **Melker Prozess**

Den wesentlichsten Schwerpunkt im Jahr 2001 bildeten die Aktivitäten in der Folge des beim Gipfeltreffen zwischen Bundeskanzler Dr. Schüssel, Premierminister Zeman und Kommissar Verheugen am 12. Dezember 2000 in Melk getroffenen Abkommens. Das Land Niederösterreich gab zu der in diesem Abkommen vereinbarten Gesamt-Umweltverträglichkeitsprüfung für das AKW Temelín eine Stellungnahme ab, die zu der Aussage kam, dass die vorliegende Umweltverträglichkeitserklärung in vielfacher Hinsicht unvollständig, lückenhaft und daher nicht nachvollziehbar war. Insbesondere betrifft dies die Abschnitte „Alternativenprüfung“ und „Störfallanalyse“. Ohne nachvollziehbare Begründung der Schlussfolgerungen in der UVE konnten potentielle Auswirkungen auf NÖ nicht bewertet und daher auch nicht ausgeschlossen werden.

Ungeachtet der gravierenden Mängel erklärte sich das Land NÖ bereit, den im Rahmen des „Melker Protokolls“ initiierten Dialog weiter zu führen und zur UVE, soweit dies möglich war, Stellung zu nehmen.

Am 26. Juni 2001 nahm der NÖ Anti-Atomkoordinator am öffentlichen Hearing zur UVP Temelín in den Redoutensälen der Hofburg in Wien teil und vertrat dort den Standpunkt Niederösterreichs.

Das Land Niederösterreich sandte im Nachhang zum Hearing in Wien eine Ergänzung zur Stellungnahme zum UVP-Bericht des AKW Temelín an das tschechische Außenministerium, in der nochmals festgehalten wurde, dass Niederösterreich das Hearing in Wien keinesfalls als Schlusspunkt des im „Protokoll von Melk“ vereinbarten UVP-Prozesses sah. In der Stellungnahme zur UVP-Erklärung wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass die von der Tschechischen Republik vorgelegten Angaben nicht den Vorgaben der UVP-Richtlinie der EU entsprechen.

### **Position Niederösterreichs zur Atomkraftnutzung**

Die generelle Position des Landes Niederösterreich, die auch von Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka anlässlich einer Brüsselreise gegenüber Mitgliedern des EU-Parlaments und Vertretern der Kommission dargelegt wurde, umfasst folgende Punkte:

- Langfristiges Ziel ist ein kernkraftwerkfreies Mitteleuropa
- Eintritt für europaweiten Ausstieg aus der Kernenergie
- Forderung nach einheitlichen europäischen Sicherheitsstandards
- Schließung der nicht nachrüstbaren Kernkraftwerke – das sind jedenfalls die Reaktoren der ersten Generation in Ignalina, Bohunice und Kosloduj
- EU-Beitritt der Kandidatenländer nur mit Kernkraftwerken, die den strengsten westlichen Sicherheitsbestimmungen genügen
- Forcierung der alternativen Energieträger in den Nachbarstaaten, Unterstützung beim Ausstieg aus der Kernenergie

## Alternativen

Niederösterreich pflegt seit Jahren Kontakte zu den Nachbarländern, um einen Erfahrungsaustausch auf den Gebieten der Energieeinsparung, der effizienten Nutzung von Energie und der Verwendung erneuerbarer Energieträger durchzuführen. Angestrebtes Ziel ist es, die Bewusstseins- und Weiterbildung im Hinblick auf die Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern, in konstruktiver Weise Know-how und Unterstützung zur Forcierung umweltfreundlicher Energieformen in Nachbarländern anzubieten und damit einen Ausstieg aus der Atompolitik aufzuzeigen. Die laufenden Kontakte haben schon zu mehreren Gemeinschaftsprojekten mit den Nachbarländern geführt, wie etwa:

- INTERREG IIIa-Projekt „Solartherme Tschechien“
- Solarprojekt der technischen Mittelschule Břeclav
- Projekt „Sanierung von Plattenbauten in Brünn“ im Rahmen der tschechisch-österreichischen Energiepartnerschaft
- INTERREG IIc-Projekt „Strategien zur Umweltverbesserung durch transnationale Kooperation und Netzwerkbildung“

## **NÖ Luftgüteüberwachungsnetz**

### Allgemeines:



Im Jahr 2001 wurde die Luftqualität in Niederösterreich mit Hilfe von insgesamt 35 stationären und 3 semimobilen Luftgütemessstellen des Landes Niederösterreich sowie 7 Messstationen der EVU's rund um die Uhr überwacht. Die Messdaten wurden automatisch in die Messnetzzentrale nach Baden übermittelt und dort überprüft, ausgewertet und veröffentlicht. An den meisten Messstellen werden Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), die Stickstoffoxide (NO<sub>2</sub> und NO) und Ozon erfasst. Ein Großteil der Stationen ist auch mit Messgeräten zur Erfassung der Staubkonzentrationen ausgerüstet. Da das Kohlenmonoxid (CO) in den letzten Jahren an Bedeutung verloren hat, wird es an wenigen verkehrsbeeinflussten Stationen gemessen.

Alle Messstellen sind zudem mit Messgebern für die Windrichtung und -geschwindigkeit sowie Lufttemperatur ausgestattet. Zusätzlich wird an mehreren ausgewählten Messstellen die Luftfeuchtigkeit sowie die Globalstrahlung (Summe von direkter und indirekter Sonneneinstrahlung) beobachtet.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Immissionsüberwachung bilden:

- Das Ozongesetz (210. BGBL., JG 1992)
- Das Ozon-Messnetzkonzept und die Luftgütebericht-Verordnung (678. Verordnung, JG. 1992, novelliert mit der 360. Verordnung, JG. 1998)
- Das Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe - IGL (115. BGBL., JG. 1997 sowie Novellierung 62. BGBL., JG. 2001)

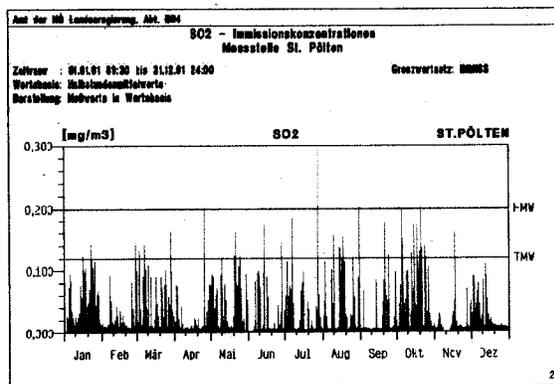
- Die Verordnung zum Messnetzkonzept - IGL (358. Verordnung, JG. 1998 sowie Novellierung 344. Verordnung, JG 2001)
- EU-Rahmen- und Tochterrichtlinien (1999/30/EG, 92/72/EG u.a.)

Aufgrund von EU-Richtlinien musste das Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) im Jahre 2001 novelliert werden, wobei das Smogalarmgesetz aus dem Jahre 1989 aufgehoben wurde. Aufgrund dieser Novellierung muss ab 2001 die Staubkonzentrationsmessung von TSP (Total Suspended Particulates; Staubkörnchen < 30 µm) auf PM10 (Particular Matter; Staubkörnchen < 10 µm, lungengängig) umgerüstet und mit gravimetrischen Verfahren verglichen werden. Da aufgrund der neuen Gesetzeslage auch 2 Luftgütemessstellen im unmittelbaren Verkehrsbereich aufgestellt werden müssen, wurde mit entsprechenden Vorerkundungsmessungen begonnen.



### Schwefeldioxidbelastung:

Dem Trend der letzten Jahre folgend war die Schwefeldioxidbelastung (SO<sub>2</sub>) im Jahre 2001 relativ gering. Die mittlerweile in weiten Teilen Europas durchgeführten SO<sub>2</sub>-Reduktionsmaßnahmen wie Brennstoffentschwefelung oder Abgasreinigungsanlagen zur Vermeidung winterlicher Smogepisoden zeigen deutliche Erfolge. Auch der Schadstoffimport aus den nördlichen und östlichen Nachbarländern ist aufgrund deren wirtschaftlicher Entwicklungen und beginnendem Umweltbewusstsein im Vergleich zu früheren Jahren spürbar zurückgegangen.



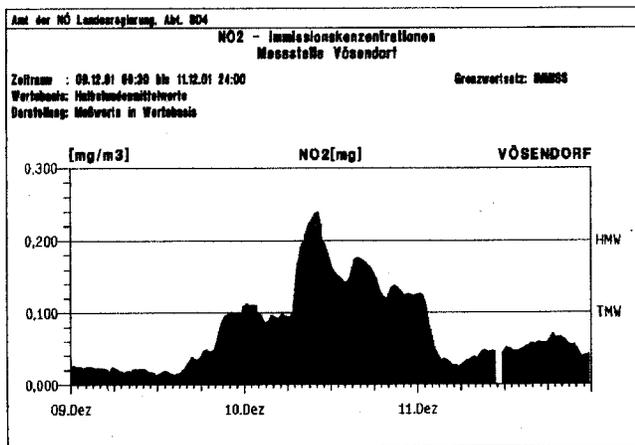
Leicht erhöhte SO<sub>2</sub>-Konzentrationen wurden immer wieder in der Landeshauptstadt St. Pölten beobachtet, wobei als Verursacher dafür eindeutig ein dort angesiedelter Großbetrieb definiert werden kann. Die Grenzwerte des IG-L wurden allerdings auch hier nicht überschritten. In der nebenstehenden Grafik sind der Jahresverlauf der Halbstundenmittelwerte SO<sub>2</sub>-Konzentrationen und die Grenzwerte gemäß IG-L dargestellt.

### Stickstoffdioxid:

Die höchsten Stickstoffdioxid-Belastungen (NO<sub>2</sub>) wurden im Umland von Wien sowie an den städtischen Messstellen im Zentralraum und im Wiener Becken erfasst, wobei an den meisten Messstellen die mittlere Belastung etwas geringer als in den Vorjahren war. Das Konzentrationsniveau an den Freiland-, Hügel- und Bergmessstellen im Alpenvorland und Waldviertel lagen naturgemäß aufgrund des wesentlich schwächeren Einflusses durch den Kfz-Verkehr deutlich tiefer. Der Grenzwert für den vorsorgenden Immissionsschutz gemäß IG-L wurde lediglich an

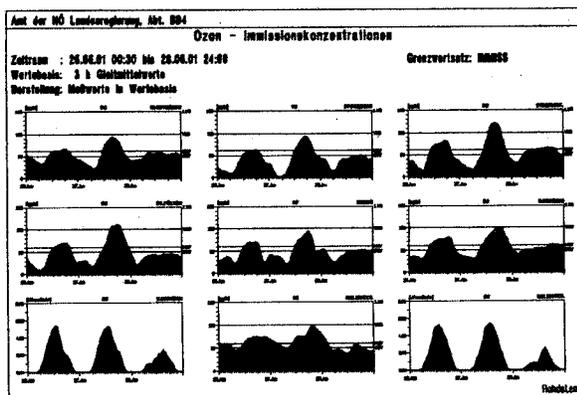
Station überschritten, und zwar in der der Autobahn A2 nahegelegenen Messstelle Vösendorf.

Die nebenstehende Grafik stellt den Verlauf der Immissionskonzentrationen am Tag der Überschreitung des Immissionsgrenzwertes sowie am Vortag und Tag danach dar. Dieses markante Ereignis, das im Rahmen einer Stuserhebung gemäß IG-L noch genauer untersucht wird, dürfte auf ganz spezifische luftchemische Verhältnisse, basierend auf erhöhten Kfz-Emissionen durch einen großen Stau auf der Südautobahn vor Wien und auf eine besondere meteorologische Ausgangssituation, zurückzuführen sein. Aufgrund der langjährigen Messerfahrungen an diesem Messort scheint es sich um ein eher einmaliges Ereignis gehandelt zu haben.



### Ozon:

Wie auch in den Jahren davor wurde die höchste mittlere Ozonbelastung nicht in den Ballungsräumen, wo die Primärstoffe für die Ozonbildung entstehen, beobachtet, sondern an den Hintergrundmessstellen im Bergland. Dort fehlt im Gegensatz zu den städtischen Messstellen die nächtliche Ozonzerstörung durch Stickstoffmonoxid (NO). Insgesamt scheint sich auch 2001 der seit einigen Jahren vor allem im mitteleuropäischen Raum festzustellende Trend zu leicht steigenden mittleren Ozonbelastungen bei gleichzeitig etwas zurückgehenden Spitzenwerten fortgesetzt zu haben. Sowohl der Grenzwert für den Vegetationsschutz als auch jener für den vorsorgenden Immissionsschutz des Menschen wurde an allen Stationen und zudem sehr häufig überschritten. Überschreitungen des Grenzwertes für die Vorwarnstufe wurden allerdings trotz des schönen Sommerwetters lediglich am 27. Juni im Zentralraum von Niederösterreich und am 31. Juli im südlichen Umland von Wien an jeweils 2 Stationen beobachtet. Der zukünftige Schwellenwert für die Informationsstufe gemäß EU-Richtlinie wurde allerdings deutlich häufiger überschritten.



Die links abgebildeten Ozonverläufe zeigen beispielhaft die meist großräumige Verteilung von Ozonereignissen. Von Klosterneuburg aus bewegt sich die Ozonwolke Richtung Westen. Zuerst wird im Tullner Becken (Streithofen), danach in St. Pölten der Grenzwert der Vorwarnstufe überschritten. Danach sind die Ozonwerte immer noch erhöht, liegen aber knapp unterhalb des Grenzwertes. Der als schwarze Kurve dargestellte Verlauf der Globalstrahlung (Summe aus direkter und

indirekter Sonneneinstrahlung) im Alpenvorland zeigt im Vergleich mit den Ozonwerten das rasche Absinken der Ozonkonzentration mit Wegfall der Sonnenenergie.

## **Kohlenmonoxid und Staubkonzentration:**

Die Kohlenmonoxidkonzentration (CO), die aufgrund des technischen Fortschrittes bei den Kraftfahrzeugen und bei der Energiegewinnung an Bedeutung verloren hat, zeigte keine Überschreitung jeglicher Grenzwerte. Aufgrund der Messerfahrungen der letzten Jahre wird die Anzahl der CO-Messgeräte im Jahr 2002 reduziert.

Bei den Staubkonzentrationen wurden im Jahr 2001 ebenfalls keine Grenzwertüberschreitungen beobachtet. Allerdings lagen die Werte z. T. nur knapp unter den Grenzwerten des IG-L. Mit der Umstellung auf PM10 - Staubmessungen und den strengen EU-Grenzwerten sind allerdings zukünftig Grenzwertüberschreitungen zu erwarten. Sehr wichtig sind dabei die Ergebnisse der Vergleichsmessungen zwischen den automatischen Staubanalysegeräten und den Staubsammelgeräten für die gravimetrische Filterauswertung, da mit diesen Daten die sogenannten „Standortkorrekturen“ durchgeführt werden müssen.

# NÖ DORF- UND STADERNEUERUNG

NIEDERÖSTERREICHISCHE  
DORF- UND STADERNEUERUNG

## Umwelt-Projekte der NÖ-Dorf-Stadterneuerungsaktion 2001



VERBAND FÜR LANDES-, REGIONAL-  
UND GEMEINDEENTWICKLUNG

Projektname	Gemeinde	Katastralgemeinde	Gesamtkosten/Euro	Real-Status
Bachpromenade	Winzendorf-Muthmannsdorf	Muthmannsdorf	38.517	bereits realisiert
Grünanlage Kirche	Ebreichsdorf	Schranawand	35.501	bereits realisiert
Spielplatz und Laufstrecke	St. Egyden/Steinfeld	Gerasdorf/Steinfeld	11.337	bereits realisiert
Dorfplatz bei Feuerwehrhaus	Berg	Berg	58.975	bereits realisiert
Erlebnisspielplatz	Altendorf	Altendorf	26.163	in Realisierung
Am Damm	Münchendorf	Münchendorf	52.326	in Realisierung
Uferpromenade-Linde	Klausen-Leopoldsdorf	Klausen-Leopoldsdorf	829	bereits realisiert
Rad- und Wanderwegbroschüre	Achau	Achau	3.052	bereits realisiert
Radwege innerörtlich	Brunn am Gebirge	Brunn am Gebirge	145.349	in Realisierung
Gemeindezentrum mit erneuerbaren Energien und Biotopgestaltung	Ebreichsdorf	Ebreichsdorf	3.343.023	bereits realisiert
Ökolog. Optimierung Augewässer	Fischamend	Fischamend	12.427	in Realisierung
Via Sacra-Landschaftsästhetische Analyse	Altenmarkt /Tr.	Altenmarkt/Tr.	1.817	bereits realisiert
Plan Landschaftsteich	Pölla	Altpölla	2.616	bereits realisiert
Grünraumgestaltung	Dietmanns	Dietmanns	1.526	bereits realisiert
Teichgelände Wielings	Eisgam	Eisgam	5.087	bereits realisiert
Bepflanzungen	Zwettl	Jagenbach	1.017	bereits realisiert
Grünraumgestaltung	Weinzierl/Walde	Nöhagen	24.564	in Realisierung
Müllinsel	Bergern	Nesselstauden	6.250	bereits realisiert
Landschaftskonzept	Amaliendorf	Amaliendorf	5.814	bereits realisiert
Bepflanzung, Naturraum	Eggern	Eggern	43.605	in Realisierung
Konzept Energiepark	Groß Schönau	Groß Schönau	29.070	in Realisierung
Landschaftsteich	Sigmundsherberg	Missingdorf	72.711	bereits realisiert
Naturspielplatz	Pölla	Neupölla	21.802	in Realisierung
Landschaftsteich	Pölla	Altpölla	40.698	in Realisierung
Verkehrsparen	Langenlois	Langenlois	26.453	bereits realisiert
Erdwärme-Luftkollektor	Heidenreichstein	Heidenreichstein	123.547	bereits realisiert

Kneiperlebnisweg	St.Peter/Au	Kürnberg	9.500,00	bereits realisiert
Alte Mühle	Annaberg	Annaberg	1.100,00	bereits realisiert
Donauwellenpark	Ardagger	Markt Ardagger	145.000,00	in Realisierung
Naturparkzentrum	Hollenstein	Hollenstein	181.000,00	in Realisierung
Panoramahöhenweg	Ybbsitz	Knieberg	8.700,00	in Realisierung
Wald der Sinne	Sonntagberg	Sonntagberg	43.000,00	bereits realisiert
Orientierungsleit-system St.Peter	St.Peter/Au	Kürnberg,St.Michael	14.000,00	in Realisierung
Spielwiese Freibad	Reinsberg	Reinsberg	70.000,00	bereits realisiert
Grüngürtel Obermüller	Waidhofen/Ybbs	St.Georgen/Klaus	870,00	in Realisierung
Erholungsmeile	Ybbsitz	Ybbsitz	54.000,00	bereits realisiert
Baumkreis	Steinakirchen	Steinakirchen	25.000,00	in Realisierung
Kinderspielwald	Ardagger	Kollnitzberg	84.000,00	bereits realisiert
Stiftspark	Lilienfeld	Lilienfeld	101.741,97	in Realisierung
Ybbsfischerweg 1.Teil	Amstetten	Amstetten	36.336,42	in Realisierung
Steinlehrpfad	St. Veit/Gölsen	St. Veit/Gölsen	25.000,00	bereits realisiert
Themenradweg Trai-sen	Gemeinde-übergreifend		218.018,50	in Realisierung

## **ABTEILUNG LANDESHOCHBAU (HB 2)**

Weiterführung der hochbautechnischen Schwerpunkte im Bereich der Klimabündnisbelange.

Ansatzpunkt für den Tätigkeitsbereich der Gruppe Hochbau:

- ◆ Fortsetzung der Motivierung der öffentlichen Hand zu mehr Energie – CO<sub>2</sub> Einsparung bei der Gebäudekonzeption
- ◆ Hinweise auf ökologische Aspekte und Leitbilder bei der Projektvorbereitung
- ◆ Erarbeitung von Anforderungsprofilen für die bau- und haustechnische Ausstattung
- ◆ Verbesserung der Gebäudequalität in den Bereichen Sicherheit, Raumorganisation, technische Funktion, Erscheinungsbild und Kommunikation durch Wahrnehmung von Baumanagementaufgaben
- ◆ Zielplanungserarbeitung bzw. Beratungstätigkeit
- ◆ Facilitäre Überlegungen bei Planung und Bauausführung, wie kostengünstiger Unterhalt, wirtschaftliche Anpassung, Erweiterung und Revitalisierung der Gebäude etc.

### **Projekt: Strawbalehouse Allentsteig**

#### **Öffentliches Vorzeigeprojekt – Warum?**

Leitgedanken

Mit Stroh zu bauen ist kinderleicht. Dazu werden die Strohballen entweder als Baustoff verwendet und wie Ziegel im Versatz aufgemauert (lasttragende Bauweise), oder in Holzständer-Konstruktionen zwischen oder neben den tragenden Stehern eingefüllt (Strohballen als Wärmedämmstoff). Aufgrund ihres exzellenten Wärmedämmwiderstands (ähnlich Zellulose oder Steinwolle) und ihrer schlechten Brennbarkeit (B2, normal entflammbar), aber vor allem aufgrund ihres unschlagbar günstigen Preises und ihrer Selbstbaueignung kann man in Bezug auf Strohballen als Wärmedämmung ungeniert von DEM nachhaltigen, nachwachsenden Baustoff der Zukunft sprechen. Die Herstellung von Wänden aus Strohballen erfordert weder übermäßige Geschicklichkeit noch großes handwerkliches Können. Strohballen-Wände verzeihen kleine Fehler und locken die persönliche Kreativität hervor.

Die Vorteile von Stroh(ballen) als Baumaterial sind überzeugend: Stroh ist fast überall in der Welt regional verfügbar, wird aus dem Abfallmaterial eines nachwachsenden Rohstoffes gewonnen, ist vollständig abbaubar und trägt durch seine Verwendung (statt Verbrennung) zum Erhalt der Umwelt bei. Stroh (Getreide) wächst innerhalb eines Jahres nach, kann in Fruchtwechselwirtschaft angebaut werden und hat damit auch positive Effekte gegen Erosion, Auslaugung des Bodens usw.. Getreide bzw. Stroh kann (organisch) biologisch angebaut werden, so dass die Umwelt nicht belastet wird. Strohballen sind als Baumaterial sehr preisgünstig, mit einfachen Werkzeugen leicht auch von ungelehrten Arbeitskräften zu bearbeiten und vielfältig in Außen- und Innenwänden, in Böden, Decken und Dächern einzusetzen.

Ein weiterer Vorteil von Strohballen-Konstruktionen ist der mögliche hohe Grad an sozialer Interaktion und Partizipation während des Baugeschehens. Menschen, die normalerweise aus dem Bauprozess ausgeschlossen sind, können hier miteinbezogen werden. Die hohe Identifikation entstand schon im Vorfeld zu diesem

erste Überzeugungsarbeit beim Nutzer Direktor Gabler und seinem Team zu leisten war. Örtliche Landwirte werden zur Mitarbeit aufgerufen, um Strohballen herbeizubringen. Diese positive Symbiose ermöglicht eine hohe Identifikation mit dem eigenproduzierten Material, entstanden auf dem Feld der jeweiligen Höfe.

### **Kosten:**

Eine Wärmedämmung mit Strohballen ist, abhängig vom regionalen Preis, für 1/4 bis 1/8 der Materialkosten anderer vergleichbarer Wärmedämmungen erhältlich. Hinzu kommen Einsparungen durch einfachere und schnellere Verarbeitung und die Möglichkeit, Eigenleistungen einzubringen (Selbstbau).

### **Bauphysik:**

Durch ihre Masse, aber auch durch die guten Dämm-Eigenschaften des Materials Stroh erreichen (verputzte) Außenwände bei einer Stärke von 40 bis 50 cm einen k-Wert von 0,12 – 0,13 W/m<sup>2</sup>K (siehe Haus der Zukunft- Forschungsprojekt). Das ist besser als der Niedrigenergiehaus-Standard und auch besser als das, was die meisten Energiespar-(Fertig-)häuser mit zweischaligen Wänden oder außenliegendem Vollwärmeschutz bieten.

### **Feuerbeständigkeit von Stroh:**

ASTM-Brandtests (National Research Council of Canada) haben ergeben, dass eine verputzte Wand aus Strohballen eine ausgezeichnete Feuersperre darstellt: sie kann über 4 Stunden einem Feuer widerstehen.

Eine unverputzte Strohballenwand braucht bei einer Temperatur von 843°C 34,5 min, um völlig durchzubrennen, ohne dass dabei die gesamte Wand Feuer fängt. (Tests in New Mexiko nach ASTM-Richtlinien ). Der Grund: Strohballen enthalten sehr wenig Sauerstoff und sind zu dicht, um zu brennen.

Es lässt sich – unabhängig von regionalen Bauvorschriften und Zulassungen – behaupten: Überall dort, wo Holz als Baustoff eingesetzt werden kann, können Strohballen im Wandaufbau eingesetzt werden.

Haus der Zukunft Brandtests nach ÖNORM

Damit ein Baustoff aus brandschutztechnischer Sicht in eine Außenwand eingebaut werden darf, muss dieser mindestens die Anforderungen der Baustoffklasse B2 („normal entflammbar“) erfüllen. In den MA39 Versuchs- und Forschungsanstalt nach ÖNORM durchgeführten Tests wurde dieses Resultat ohne Schwierigkeiten erreicht. Und zwar sowohl für unbehandeltes, nicht imprägniertes Weizenstroh mit einer Rohdichte von 90 wie auch von 150 kg/m<sup>3</sup>.

### **Stroh und Allergien/Schimmel :**

Der Literatur lässt sich entnehmen, dass sauberes, helles Stroh ein äußerst geringes allergenes Potential besitzt und kaum Schimmelpilze oder Sporen enthält. Bei Asthmatikern konnten lediglich Probleme bei schimmelndem Stroh festgestellt werden. Einmal verputzt, stellt auch nicht so reines Stroh kein Allergiepotential mehr dar.

## **Nagetier- und Insektenbeständigkeit :**

Ich beziehe mich auf eine Studie an einem Versuchshaus am Swarthmore College unter der Leitung von Prof. E. Carr. Von Studenten wurde ein lasttragendes Strohhallenhaus errichtet.

Bei einer Untersuchung der Wände bezüglich eines möglichen Nagetier- und Ungezieferbefalles zeigte sich, dass lediglich im Freien liegende Strohballen, die über 4 Jahre Wetter und Sonne ausgesetzt waren, leicht von Pilzen (Schimmelpilz) befallen waren – ein Anzeichen von beginnender Kompostierung. In den Wänden wurden keine Schädlinge gefunden.

## **Positive Bewusstseinsbildung , öffentliche Vorbildfunktion :**

Im Waldviertel, einer wichtigen und lebenswerten Region in Niederösterreich, in der es wenig Arbeit und nur mäßiges wirtschaftliches Aufkommen gibt, ist ein Hausbau für einen Durchschnittsverdiener nur schwer finanzierbar.

Teure Bauweisen mit kostspieligen Baustoffen ermöglichen oft nur die Errichtung eines Rohbaues oder eines ewig unfertigen Hauses mit unverputzter Fassade.

Es soll angeregt werden, mit Materialien der Umgebung im Einklang mit der Natur zu arbeiten. Es ist nicht notwendig, mit handelsüblichen Baustoffen, die weit weg mit hohem, die Umwelt belastendem Energieaufwand produziert werden, Häuser zu bauen, wenn der Schatz sozusagen vor der eigenen Haustüre liegt oder auch selbst bzw. vom Nachbarn produziert werden kann.

Und sollte, nach erfolgreicher Umsetzung des Projektes Turnsaalzubau LJH Allentsteig, auch nur ein Bauherr im Waldviertel, daran denken, sich sein Eigenheim oder einen Zubau oder ein Nebengebäude in derselben oder einer ähnlichen Bauweise zu errichten, dann ist die richtige Bewusstseinsbildung geschaffen worden, dann war das Projekt bereits in seiner Vorbildwirkung ein Erfolg.

Funktionsbeschreibung:

Zubau eines Turnraumes 9 / 12 m und Zubau eines Geräteraumes ca. 60 m<sup>2</sup>

Zubau eines Verbindungsganges

## **ABTEILUNG FEUERWEHR UND ZIVILSCHUTZ (IVW 4)**

### **Angelegenheiten zum Schutz der Umwelt hinsichtlich radioaktiver Verunreinigung**

Im Jahre 2001 wurde in Zusammenarbeit mit den Bezirkshauptmannschaften Bruck/Leitha und Gänserndorf sowie dem österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf, der Bundeswarnzentrale, der Bundesstrahlenwarnzentrale, der slowakischen Aufsichtsbehörde und dem Kernkraftwerk Bohunice eine Strahlenschutzdekontaminationsübung durchgeführt. Übungsziele waren die Überprüfung der internen Kommunikationswege und die Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Dienststellen, die Zusammenarbeit der verschiedenen Einsatzorganisationen und Behörden sowie die Errichtung und der Betrieb von Dekontaminationsstationen.

### **Gefährliche Stoffe**

Im Berichtszeitraum wurden mehrmals Sachverständige für Chemie anlässlich von Boden- und Wasserverunreinigungen zu Unfällen mit Chemikalien und Austritt von Öl in Wasser und Boden von der Landeszentrale entsandt.

Die Ausrüstung von Feuerwehren entlang der Donau wurde entsprechend einem mit dem NÖ Landesfeuerwehrverband abgestimmten Konzept ergänzt.

# **ABTEILUNG ALLGEMEINE VERWALTUNGS- ANGELEGENHEITEN (LAD 3)**

## **Umweltschutz in der Verwaltung**

### **Einleitung**

Dem Umweltschutz in der Landesverwaltung wird immer größere Bedeutung beigemessen. So bietet das neue Verwaltungszentrum in der Landeshauptstadt St. Pölten im Bereich der Verwaltung ein breitgefächertes Spektrum, umweltschonend zu agieren. Vorrangige Aufgabe ist es, den bisher erreichten hohen Standard im Verwaltungsbereich zu halten, den Markt zu beobachten, die eigenen Arbeitsabläufe regelmäßig zu hinterfragen und dort, wo sich Verbesserungsmöglichkeiten bieten, diese auch unverzüglich umzusetzen und zu nutzen.

### **Büromaterialien**

Im gesamten Bürobetrieb der Dienststelle des Landes Niederösterreich wird ausschließlich Umweltpapier eingesetzt. Bereits in den Ausschreibungen zur Materialbestellung wird großer Wert auf umweltgerechte Spezifikation gelegt. Nach wie vor werden nur unlackierte Bleistifte, Lineale und Kugelschreiber aus Holz mit Austauschminen eingesetzt. Klebstoff wird in Nachfüllflaschen beschafft. Farbbänder für bestimmte Schreibmaschinentypen werden für nochmaligen Gebrauch nachgefärbt, Toner-Cartridges für Laserdrucker, Tintenpatronen für Tintenstrahldrucker sowie Toner und Zubehör für Kopierer werden nach Gebrauch mitsamt dem Verpackungsmaterial an die Zulieferfirma retourniert.

### **Wasch-, Reinigungs- und Pflegemittel**

Die für die Dienststellen des Landes tätigen Fremdreinigungsfirmen sind vertraglich verpflichtet, ausschließlich umweltfreundliche Reinigungsmittel, meist auf Alkoholbasis, zu verwenden. Größter Wert wird inzwischen auch auf eine sachgemäße Schulung – sowohl des landeseigenen Reinigungspersonals als auch des Fremdpersonals – durch die NÖ Umweltberatung, gelegt. Bei Neuausschreibung von Leistungen werden die Anregungen der NÖ Umweltberatung berücksichtigt.

### **Einrichtungen**

Nach wie vor werden keine Tropenhölzer verwendet; sofern vorhanden, wurden diese in den letzten Jahren durch dunkel gebeiztes Holz ersetzt. Seit etlichen Jahren werden nur noch umweltfreundliche, lösungsmittelarme und wasserverdünnbare Lacke verwendet. Metallgestelle bei Möbeln sind generell aus Eisen.

### **NÖ Landhausküche**

Das Logo am Speiseplan bedeutet, dass wesentliche Bestandteile der Mahlzeit aus „*Kontrolliert biologischer Landwirtschaft*“ sind. Bereits 1989 - damals war die NÖ Landesregierung noch in den altherwürdigen Gebäuden Wiens untergebracht - wurden seitens der Küchenleitung erste Versuche mit biologischen Lebensmitteln durchgeführt. Ausschlaggebend war die mangelnde Qualität der Erdäpfel. Ein Waldviertler Demeter – Bauer wurde gefunden, der optimale Qualität liefern konnte.



Die Umweltschutzabteilung des Landes unterstützte die Initiative des Küchenchefs, der nach und nach das Bio-Angebot im Küchenbereich verstärkte. Im Laufe der Jahre hat sich die Bio-Palette ansehnlich erweitert. So werden derzeit neben Erdäpfeln auch Lagergemüse wie Kraut, Wurzelgemüse, Rote Rüben, Feingemüse und Obst je nach Saison, Sauergemüse und Apfelsaft in Bio-Qualität gekauft. Eier, Mehle, Semmelwürfel, Teigwaren, Milch, Joghurt, Bergkäse, Edamer und Butter sind ebenso biologisch wie diverse Fleischsorten. Der gesamte Bio-Einsatz der NÖ Landhausküche macht derzeit ca. 45 % des Lebensmittelaufwandes aus. Die Menüs der Landhausküche werden so gestaltet, dass sie den Tätigkeiten der Bediensteten entsprechen. Beilagen, Salate und vegetarische Speisen werden reichlich angeboten, der Fleischeinsatz pro Menü wurde leicht reduziert.

### **FCKW**

Bei Neuankauf von Kühlgeräten wird darauf geachtet, dass das neue Gerät möglichst umweltfreundlich ist. Altgeräte werden über die EBS entsorgt. Bei privaten Kühlschränken muss der Abtransport nachgewiesen werden. Dämmstoffe mit FCKW werden nicht verwendet.

### **Feuerlöscher**

Halonlöscher werden laufend gegen Pulverlöscher getauscht.

### **Energieeinsatz**

In den letzten Jahren wurde die Heizung mehrerer landeseigener Objekte auf Hackschnitzelheizung umgestellt. Der Anschluss an vorhandene Fernwärmenetze wird forciert.

### **Abfallentsorgung**

Zur richtigen und effizienten Abfallentsorgung werden laufend aktuelle Informationen ausgesendet und eventuelle Schwachstellen der Mülltrennung aufgezeigt.

# **NÖ LANDESAKADEMIE – BEREICH UMWELT UND ENERGIE**

## **Einführung**

Die Aufgabengebiete der NÖ Landesakademie werden unter den Bereichen Forschungsmanagement, Wissensmanagement und Politikberatung zusammengefasst.

## **Forschungsmanagement**

**Life-Forschungsprojekt EVAPASSOLD „Evaluation and Preliminary Assessment of Old Deposits (Evaluierung und Erstabschätzung von Altablagerungen)**

Dieses durch die Europäische Kommission im Rahmen von EU-Life, das BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und die Bundesländer Niederösterreich und Oberösterreich unterstützte Forschungsprojekt läuft seit Dezember 1999 und ist für drei Jahre anberaumt. Der Niederösterreichischen Landesakademie, Bereich Umwelt und Energie obliegt die organisatorische, der Abt. Wasserwirtschaft des Amtes der NÖ Landesregierung die fachlich-technische Leitung. Hauptsächlich geht es um die Erstellung eines Leitfadens mit europaweiter Gültigkeit für die Beurteilung des Gefahrenpotentials von Verdachtsflächen. (Verdachtsflächen sind diejenigen Standorte von Altablagerungen, von denen Gefahren für die Umwelt und/oder den Menschen ausgehen könnten). In erster Linie werden bei diesem Projekt Ablagerungen kleineren Umfangs näher untersucht, wie sie im Siedlungsbereich früher typisch waren. Mit der Durchführung der Untersuchungen sind die Forschungsgesellschaft Joanneum Research, das Institut für Mikrobiologie der Universität für Bodenkultur und der Arbeitsbereich Abfallwirtschaft der Technischen Universität Hamburg-Harburg betraut. Das Institut für Hydraulik, Umwelt, Maritimes und geotechnisches Ingenieurwesen der Universität Padua bringt die Situation in Südeuropa ein. Die Phasen des Projektes sowie alle weiteren Informationen sind der Internet-Domain [www.evapassold.at](http://www.evapassold.at) zu entnehmen.

## **Wissensmanagement**

### **Kommunales Ökomanagement (Kommunales Umweltforum)**

Das Kommunale Ökomanagement ist als Plattform der Kommunikation zu verstehen und setzt die traditionellen Aus- und Weiterbildungsaktivitäten der NÖ Landesakademie, Bereich Umwelt und Energie für Gemeinden und Umweltgemeinderäte fort. Auf besondere Initiative von Umweltlandesrat Mag. Wolfgang SOBOTKA wird die Position der Umweltgemeinderäte gestärkt, und es werden die Informationen zweckmäßig unter Nutzung aller Medien aufbereitet. Informationen für den Umweltgemeinderat gibt es auf der Internet-Domain: [www.umweltgemeinderat.at](http://www.umweltgemeinderat.at)

### **Veranstaltungsreihe**

Die Veranstaltungsreihe „Ökomanagement – Kommunales Umweltforum“ wurde 2001 in 4 Modulen in verschiedenen Regionen Niederösterreichs durchgeführt. Zielgruppen waren Umweltgemeinderäte und Gemeinden; die Module umfassten die Bereiche „Recht, Umweltrecht“, „Umweltmanagement“, „Kommunikation“ und „Gemeinde-

praxis“ in rund 30 Seminaren. Eine Zusammenarbeit erfolgte auch mit dem „Schwerpunkt Klimabündnis Bruck/Hainburg/Schwechat“.

Ergänzend wäre die Aktion „**Ideen für die Umwelt**“ zu nennen, die Umweltgemeinderäte öffentlichkeitswirksam „vor den Vorhang“ gebeten hat (in Zusammenarbeit mit dem ORF NÖ ; jeweils ein Beitrag in „NÖ-heute“ über 10 Wochen hinweg). Eine Broschüre sowie Tage der offenen Tür ergänzten das Angebot.

Weiters wurden 2001 jeweils 5 Workshops für Klimabündnisgemeinden durchgeführt, und zwar in 3 Tranchen zu verschiedensten klimarelevanten Umweltthemen.

### **Öko-Bibliothek, Neuausrichtung und Adaptierung für öffentlichen Zugang über Internet**

Die Öko-Bibliothek, die auf gesetzlicher Verpflichtung beruht, ist in den Umweltberichten 1996 und 1999 inhaltlich ausführlich beschrieben.

Sie beinhaltet verschiedene Datenbankbestände und ist die größte, durch Einzelabstracts EDV-mässig erfasste Umweltbibliothek in Österreich. Sämtliche Details der Inhalte sowie die Suchabfragen sind über die Internet-Domain: [www.oekobibliothek.at](http://www.oekobibliothek.at) seit Herbst 2001 öffentlich zugänglich. Die Benutzung ist direkt oder indirekt durch Abfragen möglich, wobei Literaturzitate – unter Wahrung des Urheberrechts – auch fernwirksam durch E-Mails zugeleitet werden.

## **Politikberatung**

### **NÖ Wohnbaupolitik**

Gemäß Beschluss des Landes NÖ wurde die NÖ Landesakademie eingeladen, für die NÖ Wohnbauforschung neue Impulse zu setzen. Die Arbeiten gliederten sich in drei Bereiche:

- a) **Dokumentation der Projekte der Wohnbauforschung:** Sämtliche bearbeiteten Projekte (auch welche, die nicht zu einem Forschungsauftrag geführt haben) werden dokumentiert und sind im Internet zugänglich unter [www.noewohnbauforschung.at](http://www.noewohnbauforschung.at)  
Die Endberichte sind momentan als Kurzberichte gespeichert; ab Förderungsvertragsabschluss März 2002 werden fertige Arbeiten auch in Form von Langfassungen gespeichert werden. Die Dokumentation wird ständig aktuell gehalten.
- b) Die laufende Forschung wird begleitet: Beratung der Antragsteller, Hilfestellung bei der Formulierung der Forschungsanträge, Vermeidung von Parallelforschungen durch europaweite Datenrecherchen, Vorbereitung von Unterlagen für die Sitzungen des Wohnbauforschungsbeirates, Hilfestellung bei Erstellung und nach Fertigstellung, Evaluierung der Endberichte.
- c) PR Tätigkeit, Informationen über die Wohnbauforschung z.B. im Internet, Abhaltung von Veranstaltungen, wie z.B.: Impulstag: „Wohnbedarf, Mobilität und adäquates Wohnen“, 6. Juni 2001, Publikationsreihe Wohnbauforschung mit derzeit 3 Bänden; regelmäßige Presseaussendungen.

Die geplante Rainer-Siedlung am Rande der Traisen vis-a-vis des Regierungsviertels wird von der NÖ Wohnbauforschung durch die NÖ Landesakademie im Internet unter [www.rainersiedlung.at](http://www.rainersiedlung.at) dokumentiert, wobei auch eine WebCAM mit Zeitraffereffekt zum Einsatz kommt.

Weiters wäre der Arbeitskreis „Umweltdaten“ zu nennen, der in unregelmäßigen Abständen tagt und derzeit ein Internet-Link-Portal vorbereitet.

### **Energiepolitische Leitlinien Forschungsschwerpunkt „Alternative Energien Biogas“**

In diesem Projekt werden Bestrebungen der umfassenden Implementation der Biogastechnologie insbesondere im ländlichen Raum unternommen. Die Aktivitäten gliedern sich in die Chemisch-Bakteriologischen Untersuchungen – Substratuntersuchungen, in eine Studie zur Wirtschaftlichkeit: „Biogas, eine ökologische und volkswirtschaftliche Analyse (in Form einer Internetpräsentation unter [www.noe-biogas.at](http://www.noe-biogas.at) vorliegend) sowie in die Erstellung eines Leitfadens für die Bewilligung von Biogasanlagen, welcher 2002 aktualisiert werden wird.

Leitung des NÖ Arbeitskreises Biogas: WHR Dr. Josef Muttenthaler, Amt der NÖ Landesregierung, Abt. Energierecht und Strahlenschutz.

Als Ergänzung wurde ein Biogas-Informationseminar in Mold bei Horn gemeinsam mit der NÖ Landeslandwirtschaftskammer durchgeführt.

### **Erneuerbare Energie – Nachwachsende Rohstoffe**

Eine Publikation über das genannte Thema wurde erarbeitet und ist unter der Internet-Domain [www.erneuerbareenergie.at](http://www.erneuerbareenergie.at) mit vielen zusätzlichen Informationen verfügbar.

### **Markt der Möglichkeiten**

In Form einer Seminarreihe mit 5 Veranstaltungen niederösterreichweit wurden für Landesrat Mag. SOBOTKA zusammen mit der „die umweltberatung“ die Möglichkeiten der Gemeinde – Umweltpolitik aufgezeigt und Lösungsansätze präsentiert.

### **Umweltmanagement Austria an der NÖ Landesakademie**

Am 27. März 2001 konnte erstmals an 86 Umweltmanager der akademische Titel eines „Master of Advanced Studies (Environmental Management)“ vergeben werden. Die besondere Wirkungsweise der Lehrgänge Management und Umwelt werden in dreifacher Vernetzung gesehen: in der fachübergreifenden Arbeit, in der Verbindung von Theorie und Praxis und in den Beziehungsnetzwerken untereinander. Im September 2001 hat der zweite interdisziplinäre Lehrgang begonnen.

### **Institut für Industrielle Ökologie an der NÖ Landesakademie**

Im Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit steht die Erarbeitung von Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaftsweise unter technischen, ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten mit folgenden Schwerpunkten: Umweltauswirkungen der Industrie, Strukturelle Entwicklungen im Industriebereich, Ökologische Relevanz von Produkten und Technologien, Modellierung, Umweltmanagement.

# **ABTEILUNG LANDWIRTSCHAFTLICHE BILDUNG (LF2)**

## **NÖ Landschaftsfonds**

Aufgrund der Richtlinien fördert der NÖ Landschaftsfonds Projekte und Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Gestaltung der Landschaft.

Ziel ist die Erhaltung und Wiederherstellung einer ökologisch intakten Kulturlandschaft mit einer reichen Ausstattung an heimischen Tieren und Pflanzen, vielfältigen Landschaftselementen und umweltschonenden Nutzungen.

Bei der Abwicklung werden folgende Projekttypen (unter Anführung einiger Beispiele aus dem Förderungsbericht des NÖ Landschaftsfonds für das Jahr 2001) unterschieden:

1. Landschaftsgestaltung
  - \* Neuanlage von Landschaftselementen: Obstbaumpflanzung am Betrieb Traun'sches Forstamt und im Gemeindegebiet von Tattendorf
  - \* Wildökolandaktion des NÖ Landesjagdverbandes
  - \* Schaugartenanlage Konsumenteninformationszentrum Tullnerbach
2. Landschaftspflege
  - \* Schwendung von Storchewiesen
  - \* Landschaftspflege Johannesbach
  - \* Pflege- und Erhaltungskonzepte im Rahmen des österr. Umweltprogramms
3. Artenschutz
  - \* diverse Artensicherungsprojekte (Steinkauz, Großtrappe, Braunbär, Fischotter)
4. Umweltschonende Wirtschaftsweisen
  - \* Landentwicklung Gabertal
  - \* Klimabündnisprojekt „Schule und Region“
  - \* Projektabwicklung Ökopunkte im Rahmen des Österr. Umweltprogramms
5. Wald
  - \* Sanierung von streugennutzten Waldbeständen (Pertenschlag, Weitra)
  - \* Birkwildprojekte (Altmelon, Langschläger Wald)
6. Touristische Einrichtungen
  - \* Wandern im südlichen Waldviertel (Tourismusverband Ysper-Weitenttal)
  - \* Weinstraße Niederösterreich
  - \* Neuauflage Wanderwegbeschreibung des NÖ Landesrundwanderweges
7. Gewässer
  - \* diverse Feuchtbiotope
  - \* Laichplatzmanagement Stausee Ottenstein
  - \* Verbesserung der ökologischen Funktionsfähigkeit am Kamp (Etsdorf)

Der NÖ Landschaftsfonds wird im Wesentlichen aus der NÖ Landschaftsabgabe gespeist, die auf Grundlage des NÖ Landschaftsabgabegesetzes 1994, LGBl. 3630-1 für den Abbau von Kies, Sand, Schotter oder Steinen eingehoben wird.

Die Bearbeitung, Evaluierung und Erledigung der Förderungsansuchen erfolgt durch die Geschäftsstelle des NÖ Landschaftsfonds bei der Abteilung Landwirtschaftliche Bildung. Bei der fachlichen Betreuung der einzelnen Projekte wird die Geschäftsstelle von verschiedenen Abteilungen und Dienststellen des Landes im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten unterstützt. Dies ist auch der Grund, weshalb die



die Begrünungspflanzen bis Ende August angebaut werden, um sich noch entsprechend entwickeln zu können. Die aufwachsenden Pflanzen ermöglichen neben der bekannten Schattengare auch eine wirkungsvolle Stickstoffspeicherung von Vorfrüchten oder Wirtschaftsdüngern. Das oft zitierte Wasserdefizit kann durch die Wasserspeicherung der organischen Masse im Folgejahr weitgehend kompensiert werden; auch ist zu berücksichtigen, dass jede Bodenbearbeitung Wasser zur Verdunstung bringt.

Die empfohlenen Mulch- und Direktsaaten können aber nur in Kombination mit einem Totalherbizid empfohlen werden, weil im Spätherbst und zeitigen Frühjahr Unkräuter auflaufen können, die durch Mulchen nicht immer eliminiert werden können. Bei Direktsaat ist ein Verzicht auf eine Herbizidspritzung vor dem Anbau ohnehin kaum möglich. In der Regel wird der Wirkstoff Glyphosate angewendet. Zu beachten ist, dass Ackerwinden und Luzerne damit nicht bekämpft werden können, in diesem Fall sind andere Wirkstoffe erforderlich. Weiters ist eine Mindestkonzentration von > 2 % einzuhalten, d.h. bei 150 l Spritzflüssigkeit ist eine Aufwandmenge von mindestens 3 l erforderlich.

An 3 Standorten in NÖ werden seit 1994 in Zusammenarbeit mit der Universität für Bodenkultur – Institut für Hydraulik und landeskulturelle Wasserwirtschaft (Univ.Prof.Dipl.Ing.Dr.Klik) Bodenbearbeitungsversuche durchgeführt. Vom genannten Institut werden Erdbabtrag, Nährstoff- und Pestizidverluste gemessen. Versuchsstandorte sind Mistelbach, Pixendorf bei Tulln und Pyhra bei St.Pölten. In der folgenden Tabelle 1 sind die Versuchsergebnisse dargestellt. Von 8 Bodenbearbeitungs- und Gründeckenvarianten wurden 3 gemessen. Neben der konventionellen Variante (Grubber und Pflug) wurden eine Mulchsaat- und eine Direktsaatmethode untersucht. Bei beiden letztgenannten wird auf den Pflug verzichtet.

Tab. 1: Messdaten Bodenerosion Mistelbach/Pyhra/Pixendorf 1994 – 2000

	Konventionelle Saat Pflug-Grubber	Mulchsaat Grubber- Gründecke	Direktsaat Grubber- Gründecke
<b>Bodenabtrag t/ha/Jahr</b>	14,5 100%	6,1 57% Reduktion	3,3 77% Reduktion
<b>Stickstoffabtrag kg/ha/Jahr</b>	21 100%	11 48% Reduktion	6 72% Reduktion
<b>Phosphorabtrag kg/ha/Jahr</b>	12 100%	5 58% Reduktion	3 75% Reduktion
<b>Herbizidabtrag in % ausgebrachte Wirkstoffmenge</b>	5,6 100%	1,7 70% Reduktion	2,6 54% Reduktion

Beim Studium der Tabelle 1 kann festgestellt werden, dass der Bodenabtrag durch Mulchsaat auf 43 % und durch Direktsaat auf 23 % reduziert werden kann (konventionell 100%). Ähnliche Tendenzen sind bei N- und P-Abtrag zu verzeichnen. Beim Herbizidabtrag zeigt sich die Mulchsaat dem Direktanbau überlegen, was durch eine bessere Infiltration des Regenwassers bei der Mulchsaat begründet erscheint.

In einem Bodenbearbeitungsversuch werden seit 1999 an 2 Standorten im Tullnerfeld neben dem Ertrag auch die Mykotoxine untersucht. Während 1999 Zearalenon (ZON) und Deoxynivalenol (DON = Vomitoxin) nachweisbar waren,

lagen die Werte 2000 unter der Nachweisgrenze. In Tabelle 2 sind die Versuchsergebnisse dargestellt.

Tab.2: Bodenbearbeitungsversuch Tulln-Pixendorf 1999-2001

ZON.....Zearalenon

DON.....Desoxynivalenol = Vomitoxin

<b>BODENBEARBEITUNG</b>			Spezielle Arbeiten	Ertrag in % Versuchs Ø	ZON µg/kg		DON µg/kg	
	Herbst	Frühjahr			1999	2001	1999	2001
<b>Konventionell mit Grubber &amp; Pflug</b>	Scheibenegge Grubber Pflug	Saatbett- kombination konventionelle Saat	keine	100	28	79	505	2477
<b>Scheibenegge - Grubber</b>	Scheibenegge Grubber	Saatbett- kombination konventionelle Saat	keine	100	12	514	323	2170
<b>Grubber 1 x</b>	Scheibenegge oder Grubber	Kreiselegge Mulchsaat	VA-3/ha Glyphosate	86	12	20	302	1542
<b>Dammbauweise</b>	Scheibenegge Grubber Pflug	Saatbett- kombination- Anhäufeln konventionelle Saat in Damm	Anhäufeln (=Damm- formung) im Frühjahr	87	24	64	419	3229

Wie der Tabelle 2 zu entnehmen ist, kann lediglich bei No Till eine signifikant höhere Ertragsreduktion festgestellt werden, die hauptsächlich auf die 2001 angebaute Zuckerrüben in Pixendorf zurückzuführen sind. Die Mykotoxine ZON und DON sind bei Konventionell und No Till 1999 am höchsten. Diese werden durch Fusarium-Pilze produziert und über kontaminierte Ernterückstände übertragen. Auffallend sind die deutlich niedrigeren Werte bei den reduzierten Bodenbearbeitungsparzellen. Die Grenzwerte in Futtermitteln liegen bei DON bei 500 µg/kg bei Schweinen, bei

1000 µg/kg bei Zuchtgeflügel, Legehennen und Mastindern und bei 1500 µg/kg bei Mastgeflügel.

2001 liegen die Werte bei mulchender Bodenbearbeitung und NoTill eindeutig niedriger als bei konventioneller Saat. Als Erklärung könnte die um 4 % höhere Erntefeuchte bei Mais und die – gemessene – höhere biologische Aktivität im Boden angesehen werden.

### Zusammenfassung

In feuchteren Klimaräumen wird eine sorgfältige Einarbeitung von Ernterückständen empfohlen, um Infektionen mit Fusariosen und einhergehenden Mykotoxinen zu verhindern. Daher sind Getreide- und Maisstroh sorgfältig einzuarbeiten. Ein Pflug ist dazu jedoch nicht unbedingt notwendig, eine Tiefenlockerung kann auch mittels Grubber erfolgen. Nach dem Gründeckenanbau, der noch im August erfolgen muss, kann dann zu reduzierten Bodenbearbeitungsmaßnahmen bzw. zu Direktsaat übergegangen werden. Das spart Arbeitszeit und Maschinenkosten und verhindert

zudem nachweislich äußerst wirksam Bodenerosion und die damit verbundenen Nachteile. Die Umweltmaßnahme ÖPUL stellt für die genannten ökologischen Vorteile ein – international gesehen – einzigartiges Modell dar, das nur richtig angewendet werden muss.

# **ABTEILUNG LANDWIRTSCHAFTSFÖRDERUNG (LF 3)**

## **Umweltprogramm (ÖPUL)**

Durch die AGENDA 2000 wurde im Landwirtschaftsbereich das gesamte Förderungssystem auf neue Beine gestellt. Die Verordnung des Rates zur Entwicklung des ländlichen Raumes regelt nun den gesamten Förderungsbereich. Österreich hat zur Umsetzung dieser Verordnung das Österreichische Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums entwickelt, welches im Juli 2000 von der Europäischen Kommission auch genehmigt wurde. Das Umweltprogramm (ÖPUL 2000) stellt sowohl vom Finanzvolumen, als auch von der Bedeutung für die Bauern den wichtigsten Bestandteil dar.

Das österreichische Umweltprogramm (ÖPUL) leistet einen wichtigen Beitrag, um die Einführung bzw. Beibehaltung umweltfreundlicher Produktionsverfahren in der Landwirtschaft zu erleichtern. Es wurde für das Programm ein integraler, horizontaler Ansatz gewählt, der eine flächendeckende Ökologisierung der österreichischen Landwirtschaft zum Ziel hat.

Dieses Programm ist ein Bündel von unterschiedlichen Maßnahmen, das den Bauern das Einsteigen in umweltfreundliche Produktionsverfahren bzw. die Beibehaltung dieser erleichtert. Die große Anzahl an Maßnahmen ermöglicht es praktisch jedem Landwirt, die für ihn passende Kombination zusammenzustellen, unabhängig davon, ob sein Betrieb in einer Ackerbauregion oder im Bergbauerngebiet liegt.

Die wichtigsten Ziele des österreichischen Umweltprogramms sind die Beibehaltung bzw. Umsetzung einer umweltgerechten Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt, sowie die Erhaltung des natürlichen Lebensraumes. Weiters werden landwirtschaftliche Produktionsverfahren gefördert, die die umweltschädigenden Auswirkungen der Landwirtschaft verringern helfen, was gleichzeitig zu einer Verringerung der Produktionsmengen und einer Verbesserung des Marktgleichgewichtes beiträgt. Es soll die Extensivierung der pflanzlichen und tierischen Produktion fördern und einen Anreiz für die langfristige Stilllegung von landwirtschaftlichen Flächen für Pflegemaßnahmen aus Gründen des Umweltschutzes bieten.

In Niederösterreich nehmen ca. 75 % der landwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 90 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche am ÖPUL teil.

## ABTEILUNG FORSTWIRTSCHAFT (LF 4)

Das Aufgabengebiet der Landesforstdirektion umfasst die vier Bereiche:

- Durchführung der Hoheitsaufgaben für Forst, Jagd und Fischerei
- Sachverständigentätigkeit
- Bewältigung der forstlichen Förderung
- Führung der Landesforstgärten

Naturgemäß sind somit alle Teilbereiche unserer Abteilung umweltrelevant. Es werden daher im Folgenden nur die wichtigsten Schwerpunkte kurz dargestellt:

### Forstfachangelegenheiten

Die Sachverständigentätigkeit umfasste 2001 die Erstellung von forst-, jagd- und fischereifachlichen Gutachten in II. Instanz (Berufungsverfahren). Große ( großflächige) Verfahren waren z.B. der zweite Teilabschnitt der TAG LOOP II der OMV von Eggendorf nach Lichtenegg und für die Umfahrung Klosterneuburg.

Ein besonderer Schwerpunkt im Berichtsjahr war die Vorbereitung der Novellierung des Forstgesetzes.

Einen zweiten Schwerpunkt gegen Ende des Berichtsjahres bildete die Vorbereitung der Novellierung des NÖ Jagdgesetzes 1974, für die eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der NÖ LLWK und des NÖ LJVB eingerichtet wurde.

### Waldschutz

- Der **Kronenzustand der Eiche** hat sich gegenüber 2000 deutlich verbessert. Der Verlichtungsindex ist von 2,44 auf 2,31 im Jahre 2001 zurückgegangen, d.h. die Belaubungsdichte der Bäume ist deutlich besser geworden.

#### Bioindikatorenetz 2000

Gesamtklassifikation  
Schwefel

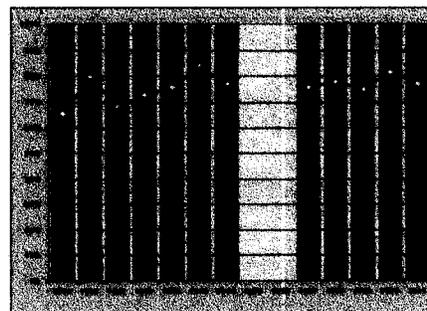
- GK1
- GK2
- GK3
- GK4

© Grafik: Pflanz

Forstliche Bundesversuchsanstalt  
Wien  
TUM-GIS-PRVA

0 10 20 30 40 50 km

Immissionsbelastung durch Schwefel gegeben.



- Das Ergebnis 2000 des österreichweiten **Bioindikatorennetzes** zeigte weiterhin eine leichte Schwefelbelastungen in NÖ. Insgesamt überschritten im Jahr 2000 8,59 % aller Punkte den forstgesetzlichen Grenzwert. In Absolutzahlen war somit in NÖ an 14 Punkten eine

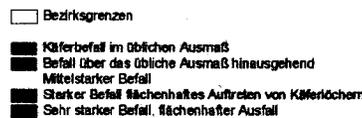
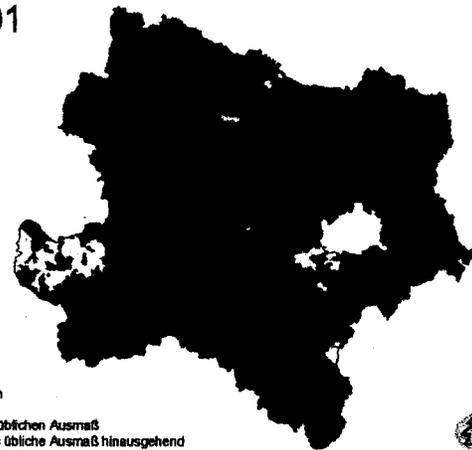
Schwerpunkte der Grenzwertüberschreitungen sind das Waldviertel, sowie Bereiche nördlich, östlich und südlich von Wien. In den Bezirken Amstetten, Baden, Lilienfeld,

Melk, Neunkirchen, Scheibbs, Wiener Neustadt und Zwettl war keine SO<sub>2</sub>-Immissionseinwirkung nachweisbar.

➤ **Schäden durch Streusalz** entlang Waldviertler Bundesstraßen sind auch 2001 aktuell. Durch die Zunahme des Straßenverkehrs wird auf immer mehr Straßenteilstücken Streusalz verwendet. Insgesamt sind mit Stand Dezember 2001 an 30 Stellen Waldschäden durch Streusalz gemeldet und in Bearbeitung. Auf Grund der Langwierigkeit von Straßenplanungen und dem Kostenfaktor solcher Maßnahmen können nur langsam Erfolge erreicht werden.

➤ Die in den letzten Jahren deutlich beruhigte **Borkenkäfersituation** in den Nadelholzbeständen bleibt weiterhin auf niedrigem Niveau.

### Borkenkäferintensität NÖ 2001



➤ Massenvermehrung der Schmetterlingsart "**Eichenprozessionsspinner**" im Hochleithenwald. Bereits das 4. Jahr wurde im gesamten Waldgebiet des Hochleithenwaldes ein überdurchschnittlich hohes Vorkommen dieser Schmetterlingsart festgestellt.



Dauerhafte Schäden an den befallenen Eichen sind keine feststellbar, da nur das Laub befressen wird. Jedoch haben die ausgewachsenen Raupen Nesselhaare, die sie aktiv schleudern können und die bei Berührung mit der menschlichen Haut hässliche Ausschläge verursachen können. Weiters können empfindliche Personen allergische Reaktionen zeigen (Augen, Atmung ...).

➤ Abwicklung von **Förderung** im Rahmen der Vorbeugung **von** Waldschäden. 2001 wurden 4.523 **Fangbäume** zur Borkenkäferbekämpfung gefördert, rd. 820 **Höhlenbäume** und **Totholzexemplare** erhalten und gemeinsam mit anderen Forstschutzmaßnahmen wurden rd. 2,3 Mio. ATS Förderungsmittel ausbezahlt.

### Forstliche Aufklärung und Beratung

- Organisation und Durchführung der 14. NÖ Waldjugendspiele zum Thema „Wood Power – Energie wächst. Im Wald.“ Mit der Teilnahme von rund 12.000 12-jährigen Kindern ist dies wiederum die größte Veranstaltung forstlicher Öffentlichkeitsarbeit gewesen.
- Betreuung von insgesamt 8 Erholungswaldprojekten und Waldlehrpfaden sowie
- der Projekte WWW (Waldviertler Walderlebnis Waldreichs), Waldpädagogisches Zentrum (WP) Waidhofen/Ybbs, WP Niedersulz und WP

Hohenberg", welche allen Interessierten den Wald näher bringen sollen. Ziel ist, dass jedes Kind in Niederösterreich einmal in seiner Schulzeit den Wald unter kundiger Führung besuchen soll.

### **Waldbauliche Maßnahmen**

Förderung der Wiederaufforstung von Katastrophenflächen nach Borkenkäfer-, Pilz-, Sturm- sowie Schneebruchschäden mit ca. 1,6 Mio. ATS EU-, Bundes- und Landesmittel.

Durchführung und Betreuung von Projekten in Hochlagen und im Schutzwaldbereich und Sanierung von Windschutzanlagen schwerpunktmäßig im Osten Niederösterreichs. Für 12 Projekte wurden ca. 0,5 Mio. ATS an EU, Bundes- und Landesmitteln vergeben. Für die Pflege von Windschutzanlagen wurde ein eigenes Förderungsmodell ausgearbeitet.

- 54 Neubewaldungsprojekte nach § 18 (3) FG 1975 mit insgesamt 1,7 Mio. ATS wurden gefördert – Gesamtfläche ca. 104 ha; 2 Projekte wurden neu erstellt, 9 Projekte wurden kollaudiert.
- Förderung von Einzelschutzmaßnahmen zur Mischwaldbegründung aus Mitteln des NÖ Landesjagdverbandes
- Wiederholungsaufnahmen des Verjüngungskontrollzaunnetzes
- Kontrolle von Forstgärten gem. Forstlichem Vermehrungsgutgesetz 1997

### **Waldwirtschaftsgemeinschaften für Ziel 5b – EAGFL**

Die Förderung von Projekten im Rahmen der EU-Strukturförderung, Ziel 5b-EAGFL, Maßnahme 4, Forstwirtschaft (Waldwirtschaftsgemeinschaften, Eichenentmistung) wurde mit dem Jahr 2001 abgeschlossen.

Es wurden 50 Projekte gefördert, wodurch 2.361 Waldeigentümer mit einer Waldfläche von 117.286 ha abgedeckt wurden.

Die zur Verfügung stehenden Fördermittel in der Höhe von 36.948.787 ATS, das entspricht Gesamtkosten von 87.518.806 ATS waren in voller Höhe in den Projekten gebunden.

Von den Förderungswerbern wurden 34.474.618 ATS an Fördermitteln in Anspruch genommen, das sind Gesamtkosten von 82.869.759 ATS. Das entspricht einem Fördersatz von 41,6 %.

Zusätzlich wurden 454.154,50 ATS an Landesmitteln ausgeschüttet.

In Summe konnten die Förderungswerber daher 34.928.772,50 ATS an Fördermitteln in Anspruch nehmen.

## **ABTEILUNG LAND – UND FORSTWIRTSCHAFTS- INSPEKTION (LF 7)**

Die Abteilung Land- und Forstwirtschaftsinspektion, LF 7, beim Amt der NÖ Landesregierung hat die Vollziehung der NÖ Landarbeitsordnung 1973, LGBl. Nr. 9020-18 und des Gesetzes über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft, LGBl.Nr.6170-0, durchzuführen.

Im Rahmen dieser Tätigkeit, durch fortlaufende Betriebskontrollen in den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft, werden neben den Bereichen auch folgende Maßnahmen betreffend Umweltschutz gesetzt:

- Lagerung und Aufbewahrung von Pflanzenschutzmitteln
- Lagerung von Dieselöl und sonstigen Ölen

# ERRICHTUNGSGESSELLSCHAFT MARCHFELDKANAL

## Marchfeldkanalsystem

### Wasservorsorge und ökologische Verbesserung im Marchfeld

Die Errichtung des Marchfeldkanalsystems als wasserwirtschaftliches Sanierungs- und Vorsorgeprojekt dieses komplexen Systems ist ein gemeinsames Vorhaben von Bund, Land Niederösterreich und Region Marchfeld. Die Realisierung erfolgt seit 1986. Die gesetzlichen Grundlagen bilden das BGBl.507/85 bzw. 508/86 und LGBl.6961.

Ziele des Marchfeldkanalsystems sind im Wesentlichen die Wiederherstellung eines ausgeglichenen Wasserhaushaltes durch Zuleitung von Donauwasser, die Erhaltung und qualitative Verbesserung der Grundwasservorräte und die Verbesserung des Landschaftsgefüges:

- Dauerhafter **Ausgleich des Wasserhaushaltes** und Sicherung der regionalen Wasserversorgung (Trinkwasser, Bewässerungswasser) im pannonischen Trockengebiet und Wasserdefizitgebiet.
- **Erhaltung der Grundwasservorräte** ( eines der größten Grundwasservorkommen Österreichs!) und Verbesserung der Grundwasserqualität. Nachhaltige Sicherung der Grundwassernutzung durch Kompensation von Defiziten mittels Grundwasseranreicherung.
- Ermöglichung der **Direktwasserentnahme** für die Feldberegnung aus dem Verteilungsnetz
- **Verbesserung der Wasserqualität** der vorher verödeten Gewässer Rußbach und Stempfelbach, Verbesserung der Vorflutbedingungen für die Gemeinden des Marchfeldes.
- **Verbesserung des Naturhaushaltes und des Landschaftsgefüges** im an natürlichen Strukturen armen Marchfeld.
- Verbesserung des Hochwasserschutzes **am Rußbach und im March-Donau-Dreieck.**
- **Schaffung von Naherholungsgebieten, Steigerung des Freizeit- und Erholungswertes**

### Stand der Realisierung

Seit 1995 ist das ca. 100 km lange Oberflächengewässer, bestehend aus Marchfeldkanal, Rußbach, Obersiebenbrunner Kanal, Stempfelbach, fertiggestellt und in Betrieb genommen.

Die Realisierung als **naturnahes Gewässernetz** beinhaltet sowohl die morphologische Ausgestaltung entsprechend dem in diesem Naturraum vorherrschenden Gewässertyp, die landschaftsgerechte Bepflanzung sowie die durchgängige Passierbarkeit des Gewässerverbundes für wassergebundene Organismen. Der Charakter eines künstlich hergestellten Gewässers ist aufgrund der landschaftsgerechten Gestaltung und Gewässerpflege nicht (mehr) erkennbar.

Das Gewässersystem stellt heute aufgrund seiner Vielfalt und ökologischen Attraktivität einen wichtigen Lebensraum sowie ein bedeutendes Strukturelement dar. Die naturnahe Gestaltung und der ökologische Wert des Gewässersystems finden in der Bevölkerung große Anerkennung.



*Abbildung: Der Marchfeldkanal ist der wichtigste Naherholungsraum des neuen Siedlungsgebietes entlang der Brünner Straße mit etwa 15.000 Bewohnern geworden.*

Die neuen Gewässer werden von insgesamt 39 neu errichteten Brücken überspannt. Das gesamte Gewässersystem wurde so ausgeführt, dass eine unkontrollierte Versickerung und somit eine allfällige Vernässung von Nutzflächen oder Objekten hinten gehalten wird.

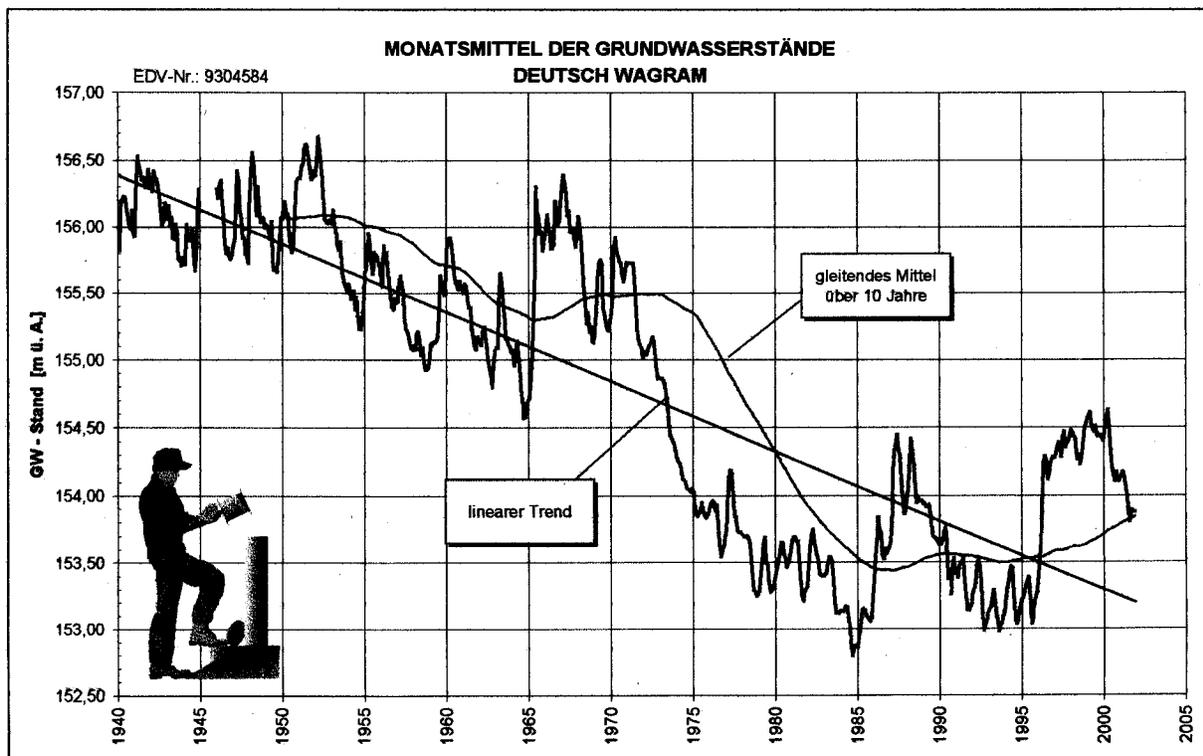
Die **technische Ausstattung** des Systems hängt im wesentlichen mit den Erfordernissen zur Steuerung der Wasserstände und Zuflüsse im System sowie mit der zeitweiligen Hochwasserführung der Donau und des Rußbaches zusammen. Insgesamt wurden 8 Wehre (hydraulisch betriebene Doppelklappenwehre) errichtet, mit denen die erforderlichen Steuerungsprozesse vorgenommen werden können. Darüber hinaus war die Errichtung von 4 Pumpwerken am unteren Rußbach notwendig, um den sensiblen Grundwasserhaushalt zu regeln. Mit diesen Anlagen sind zahlreiche Mess-, Kontroll-, Steuer- und Kommunikationseinrichtungen verbunden, die in der Steuerzentrale des Betriebshofes in Deutsch-Wagram zusammengeführt werden. Die angeführten Anlagen gewährleisten eine weitgehende Automatisierung des Betriebes sowie ein hohes Maß an Sicherheit auch in den kritischen Situationen von Hochwasserabflüssen an Donau und Rußbach sowie bei unerwünschten Grundwasserhochständen im unteren Marchfeld (March-Donau-Dreieck).

Die **Grundwasseranreicherung**, die direkten Einfluss auf den Grundwasserhaushalt nimmt und in dieser Form Neuland in Österreich darstellt, wurde konzeptiv und verfahrensrechtlich in mehreren Stufen abgewickelt. Drei Versickerungsstandorte übernehmen die Aufgabe, den Grundwasserhaushalt im Fall von Grundwasserdefiziten auszugleichen. Zwei Standorte sind in Betrieb, der dritte Standort wird bis Ende 2003 aufgebaut und in Betrieb genommen.

### Grundwasseranreicherung - der Natur nachgebildet

Die Grundwasseranreicherung ist eine wesentliche Säule im wasserwirtschaftlichen Konzept des Marchfeldkanalsystems. Die Konzeption der Grundwasseranreicherung wurde so gewählt, dass zugeleitetes, qualitativ hochwertiges Donauwasser nach einfachen Aufbereitungsschritten in kontrollierter Form in den Untergrund versickert

wird und dabei längerfristig ein Ausgleich des Grundwasserhaushaltes erreicht werden kann. Das bedeutet, dass in Jahren mit hohem Grundwasserverbrauch die Defizite durch hohe Versickerungsleistung kompensiert werden; in Jahren mit ausgeglichenem Grundwasserhaushalt wird die Anreicherung eingestellt oder nur in dosiertem Umfang betrieben. Dieses Betriebskonzept soll sicherstellen, dass ein weiteres Absinken des Grundwasserspiegels längerfristig vermieden wird, andererseits aber keine unerwünschten Anhebungen über das Ausmaß, das durch die Raumnutzung vorgegeben wird (vor allem tiefe Kellerlagen) erfolgt.



Bei der Wahl des Anreicherungsverfahrens wurde auf die Verwendung von robusten und wartungsarmen Systemen großer Wert gelegt.

Da in Österreich keine Grundwasseranreicherung in dieser Form existiert, mussten die einzelnen Projekte für die österreichischen (vor allem Technik der Grundwasseranreicherung sowie Verwaltungsverfahren) bzw. regionalen Anforderungen (vor allem Hydrogeologie und Wasserwirtschaft) neu aufgebaut werden.

Die Neuentwicklung dieser komplexen Projekte stellte höchste Anforderungen an Planer, Begutachter sowie Behörden.

Dies betrifft sowohl die Technik (gefragt sind robuste und wartungsarme, naturnahe Verfahren die sich optimal an die gegebenen natürlichen Verhältnisse anpassen – und auch im europäischen Kontext erst in einer ersten Versuchsgeneration entwickelt werden), die Arbeitsinstrumente (vor allem Grundwassermodell), die künftige Betriebsordnung (Steuerungsmöglichkeiten des "trägen Systems" Grundwasser) und die begleitenden Untersuchungen/Beweissicherungen (Qualität, Quantität). Es hat sich gezeigt, dass gerade die Festlegung des Steueralgorithmus für die Grundwasseranreicherung besonders aufwendig ist, da hier einerseits Neuland betreten wird, andererseits der Steuerungsspielraum gering ist.

Von den **Standorten Rußbach-Mühlbach** und **Deutsch-Wagram/Stallingerfeld** liegen bereits Betriebserfahrungen vor. Baulich sind beide Standorte weitgehend hergestellt. Wesentliche Voraussetzung für lange, ungestörte Betriebsperioden ist ein geeignetes Schwebstoffmanagement (Rückhalt der Schwebstoffe vor Erreichen der Filteranlagen) sowie die Vermeidung der Algenbildung.

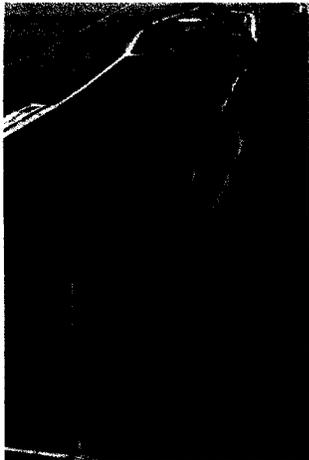
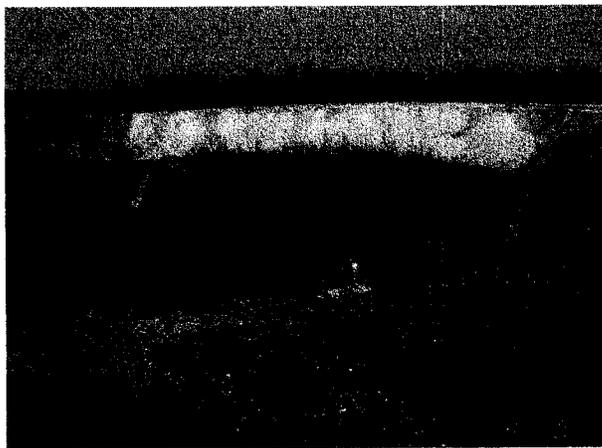


Abbildung: Naturnahe Grundwasseranreicherung im Bereich Rußbach-Mühlbach. Blickrichtung Parbasdorf.

Die Wasserrechtsbehörde hat ein umfassendes Messprogramm vorgeschrieben, das die Oberflächengewässer und das Grundwasser betrifft und eine gute Nachvollziehbarkeit der Auswirkungen und Veränderungen des Grundwasserhaushaltes infolge der Anreicherung ermöglicht.

An den Grundwasser-Steuersonden wird laufend der aktuelle Grundwasserstand beobachtet. Die Messwerte sind ausschlaggebend für die Einstellung der Versickerungsleistung.

Ein besonders hoher Stellenwert wird der Wasserqualität bei diesem sensiblen Wasservorkommen eingeräumt. Laufende Analysen des Oberflächenwassers sollen die gute Wasserqualität für die Grundwasseranreicherung sicher stellen. Für den Fall von Verunreinigungen, z.B. bei Unglücksfällen an der Donau übernimmt ein Online-Messsystem die automatische Warnung und Unterbrechung der Grundwasseranreicherung.



Grundwasseranreicherungsanlage Stallingerfeld/Deutsch-Wagram

## Online-Messung

(ein gemeinsames LIFE-Forschungsprojekt von BOKU, Marchfeldkanalgesellschaft und MA 31).

An Donau und Marchfeldkanal soll es künftig möglich sein, rund um die Uhr die Wasserqualität automatisch zu messen. Diesem Ziel dient ein EU-gefördertes Projekt, an dem die Wiener Wasserwerke, die Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal und die Universität für Bodenkultur beteiligt sind. Zunächst wurden Prototypen der automatischen Messeinrichtungen entwickelt und zu einem Netzwerk verbunden. Derzeit finden an mehreren Stellen im Wiener Raum intensive Tests statt.

Das Wassergütemessnetz dient einerseits dem vorsorgenden Schutz neuer Trinkwasserquellen für Wien und andererseits der Sanierung des Grundwassers im Marchfeld. In beiden Fällen besteht eine enge Bindung an die Wasserqualität der Donau.

In beiden Fällen ist es notwendig die Verwendung des Donauwassers einzustellen, wenn plötzliche Verunreinigungen der Donau auftreten. Unzureichende Qualität des Donauwassers soll automatisch erkannt und gemeldet werden, damit ausreichend Zeit für Abhilfemaßnahmen bleibt.

Neben handelsüblichen Messgeräten, kommt in diesem Projekt ein neuer elektrooptischer Sensor zum Einsatz. Dieser misst, wie stark ein Lichtstrahl durch die Wasserprobe abgeschwächt wird. Daraus kann man wichtige Aspekte der chemischen Zusammensetzung und Qualität des Donauwassers erkennen.

Neben der Funktion als Frühwarnsystem können die Ergebnisse auch für die Anlagensteuerung im laufenden Betrieb verwendet werden. Dadurch kann dem Sensorsystem neben der Risikominimierung auch ökonomischer Nutzen zugeordnet werden.

Die Besonderheit besteht darin, dass mit dem elektrooptischen Sensor mehrere Qualitätsparameter gleichzeitig und in Echtzeit erfasst werden und darin, dass keine Kosten und Fehler durch Probenahmen entstehen. Mehrere Messstationen an Donau und Marchfeldkanal sind miteinander verbunden und können laufend einen Messwertevergleich herstellen, um Veränderungen identifizieren zu können (<http://life99.boku.ac.at>).

## Aktueller Nutzen

Mit der Inbetriebnahme des Marchfeldkanalsystems konnte eine signifikante **Verbesserung der Gewässergüte an Rußbach und Stempfelbach** erzielt werden. Gegenüber der ursprünglichen Situation, die von geringsten Abflüssen und hohen Abwasserbelastungen sowie verödeten Gewässerabschnitten gekennzeichnet war, liegt nunmehr ein ökologisch hochwertiges Gewässer vor, das auch aufgrund der gestiegenen Selbstreinigungskapazität als Vorflut für gereinigte Abwässer bestens geeignet ist. Davon profitieren die Gemeinden des Marchfeldes, die ihre gereinigten Abwässer in den Rußbach bzw. Stempfelbach ableiten können. Nutznießer sind 14 Gemeinden des Marchfeldes mit rd. 27.000 Einwohnern.

Finanzielle Einsparungen ergeben sich sowohl auf der Investitionsseite als auch auf der Betriebsseite der Abwasserreinigungsanlagen.

Zur Zeit sind **rd. 1.000 ha landwirtschaftlicher Fläche** hinsichtlich der **Wasserversorgung** an das Marchfeldkanalsystem angebunden. Damit erfolgt bereits eine Entlastung des Grundwassers um rd. 0,5 Mio. m<sup>3</sup> jährlich. Es besteht die Möglichkeit noch weitere Flächen, die unmittelbar an die Gewässer des

Marchfeldkanalsystems angrenzen, für die Direktentnahme vorzusehen. Das Schwergewicht des Wasserausgleichs wird aber auf die Grundwasseranreicherung gelegt, die wesentlich sensibler auf die aktuelle Situation (Defizit oder Überschuss des Grundwasserhaushaltes) eingehen kann.

Zur Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens bei der Direktentnahme von Oberflächengewässern aus dem Marchfeldkanalsystem wurde im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft eine Arbeitsgruppe gebildet, die zur Zeit an einer „Marchfeldkanal-Verordnung“ arbeitet. Diese Verordnung soll von der Bewilligungspflicht auf die Anzeigepflicht umstellen und somit eine Vereinfachung des Verfahrensablaufes mit sich bringen.

Das gesamte rd. 100 km lange Gewässersystem stellt eine **Aufwertung und ökologische Neustrukturierung** der Region dar. Insgesamt wurden auf einer Fläche von etwa 330 ha neue Lebensräume initiiert, die mittlerweile schon zu einer Besiedlung durch zahlreiche Rote-Liste-Arten geführt haben. Im Laufe der Jahre fanden sich zahlreiche zum Teil sehr seltene Arten der Tier- und Pflanzenwelt ein. Beispielhaft seien hier die Gottesanbeterin, der Wachtelkönig, die blauflügelige Sandschrecke oder der Österreichische Ginster erwähnt. Besondere Bedeutung kommt der Verbundwirkung des Systems zu.

Die attraktive Gewässerlandschaft ist zu einem beliebten und anerkannten **Naherholungsgebiet**, besonders in den dichter verbauten Abschnitten (Wien-Floridsdorf, Langenzersdorf, Gerasdorf) geworden. Besonders an schönen Wochenenden können mehr als 2.000 Fußgänger und Radfahrer in einzelnen Abschnitten gezählt werden. Die besondere Attraktivität liegt in den durchgehenden Begleitwegen, die kreuzungsfrei über den gesamten Gewässerzug errichtet wurden. Der Marchfeldkanal hat eine wichtige Verbindungsfunktion zwischen den großen Erholungsgebieten Donauinsel und Bisamberg.

Die **Hochwassersicherheit** – speziell im unteren Rußbachabschnitt – hat durch die Errichtung des Drainagesystems sowie der zugehörigen Pumpwerke deutlich zugenommen. Dies ist insbesondere in den niederschlagsreichen Jahren evident geworden, wo Grundwasserspiegelanstiege im March-Donau-Winkel zu einer Gefährdung von Objekten geführt haben. Der Ausgleich des Grundwasserhaushaltes kann hier mit den erwähnten Einrichtungen wesentlich besser herbeigeführt werden als dies ursprünglich der Fall gewesen ist.

Die **Grundwasseranreicherungen** führen neben der langfristigen Stabilisierung des Grundwasserspiegels im Umfeld der Standorte auch zu einer deutlichen Verbesserung der Grundwasserqualität. Die Grundwasseranreicherung kann somit als potentes wasserwirtschaftliches Vorsorge- und Kompensationsinstrument der Region in Zukunft eingesetzt werden.

Mit der Verbesserung der Grundwasserqualität ist natürlich auch eine Erleichterung der Grundwasseranreicherung im Hinblick auf die Erreichung der Trinkwasserqualität im Marchfeld gemäss § 33 f WRG verbunden.

# NATIONALPARK DONAU-AUEN-GmbH

## Umweltschutzmaßnahmen 2001

### Rahmenbedingungen



Durch die Erklärung der Donau-Auen zum Nationalpark wurde das Gebiet wirtschaftlich außer Nutzung gestellt und kann großräumig einer sehr freien Entwicklung überlassen werden.

Manche nachteiligen menschlichen Eingriffe können jedoch von der Natur auch langfristig nicht selbsttätig bewältigt werden: dazu zählen insbesondere wasserbauliche Eingriffe, Artenverluste oder das Einbringen neuer Arten. Hier muss der Mensch die Folgen seines Jahrhunderte langen Wirkens selbst regulieren.

Die Nationalpark Donau-Auen GmbH setzt in zahlreichen Bereichen Managementmaßnahmen zur Erhaltung und Förderung von Arten und zur Sicherung und Verbesserung von Lebensräumen.

Nicht zuletzt kann auch die Bildungs- und Besucherbetreuungsarbeit als aktiver Umweltschutz bezeichnet werden – das Vermitteln von Naturthemen und das Erlebbar-Machen des Nationalparks und seiner Kostbarkeiten schafft Akzeptanz und Umweltbewusstsein in der Bevölkerung.

### LIFE Projekte



Ein wesentlicher Teil der erforderlichen Wasserbau- und Artenschutzmaßnahmen konnte 2001 durch finanzielle Förderung der EU im Rahmen des mehrjährigen LIFE-Projektes „Gewässervernetzung und Lebensraummanagement Donauauen“ ermöglicht werden.

Die Teilprojekte umfassten:

**Gewässervernetzungsmaßnahmen** – diese sollen eine Wiederanbindung von Altarmen an die Donau und ihr Hochwassergeschehen ermöglichen. 2001 wurden Maßnahmen in den Bereichen Regelsbrunn-Maria Ellend, Orth, Gänshaufentraverse und Untere Lobau gesetzt.

**Strukturverbesserung der Donauufer** – zur Bereicherung der hart verbauten Donauufer wurde durch Baggerungen vorhandenes Kiesmaterial für Aufschüttungen verwendet.

**Lebensraumsicherung Hundsfisch** – im Bereich Orth und Eckartsau wurden gewässerbauliche Maßnahmen am Fadenbach gesetzt, um den Fortbestand des Europäischen Hundsfisches *Umbra krameri* zu sichern. Ein Nachzucht- und Wiederansiedlungsprogramm ergänzt das Projekt.

**Mahdmanagement Hochwasserschutzdamm** – zur Sicherung und Förderung der wertvollen Vegetation des Schutzdammes, unter anderem der Orchideenflora, wurde ein Mahdkonzept erarbeitet und 2001 erfolgreich betrieben.

**Überschwemmungswiesen** – der extrem spät brütende Wachtelkönig wird durch ein spezielles Mahdkonzept im Rahmen des LIFE-Projektes gefördert.

**Heißländer** - im März 2001 wurden in einem Pilotprojekt auf Heißländer in der Unteren Lobau erste Pflegemaßnahmen erprobt. Weitere Maßnahmen sollen folgen, auch eine begleitende Erfolgskontrolle ist geplant.

Dieses LIFE-Projekt läuft noch bis Juli 2002, das Folgeprojekt „Gewässervernetzung Donauauen“ wurde im Herbst 2001 eingereicht. Es soll den Rückbau der hart verbauten Donauufer gegenüber von Hainburg, den Rückbau von Grabenquerungen der Forstwege in den Orther Auen und den Seeadlerschutz umfassen.

## **Lebensraummanagement Wald**



Prinzipiell erfolgt auf den Nationalparkflächen keine forstwirtschaftliche Nutzung mehr. Jedoch werden Fremdarten, die sich zu Ungunsten der heimischen Arten stark ausbreiten (Götterbaum, Robinie, Eschenahorn), selektiv entnommen. Die ehemaligen Forstbestände werden hinsichtlich Artenzusammensetzung und Struktur wieder zu einem natürlichen Waldbild hin verändert. Dies erfolgt durch Nachpflanzen standortheimischer Arten und Verjüngung.

Bäume, die aus Sicherheitsgründen gefällt werden müssen, sollen hinkünftig zur Totholzanreicherung in den Beständen verbleiben.

Für das gesamte Nationalpark-Gebiet liegt ein digitales waldbauliches Kartenwerk vor, flächendeckende Walderhebungen (Taxation), und die Erarbeitung eines „Waldpflegewerkes“ mit einer waldbaulichen Maßnahmenplanung wurden im Winter 2001/2002 fertiggestellt. Diese Grundlagen sollen den Ablauf der Forstbegehungen und die Entscheidungsfindung wesentlich erleichtern.

Zur Sukzessionsforschung konnte im Sommer 2001 die Untersuchung der „Dirndlwiese“ abgeschlossen werden, die vor 25 Jahren versuchsweise der natürlichen Entwicklung überlassen wurde und auf der sich nach langjähriger Dominanz von Sträuchern nunmehr langsam Wald entwickelt.

## **Wiesen**

Für ein effizientes Wiesenmanagement wird ein „Wiesenkataster“ erstellt. In Verbindung mit genauen Wiesenkartierungen soll er als Grundlage für ein Pflegekonzept dienen.

## **Artenschutz**

Die Maßnahmen für den Artenschutz konzentrierten sich auch 2001 auf:



**Europäische Sumpfschildkröte** – im Frühjahr 2001 Errichtung eines „Schildkröten-Zentrums“, welches interessierten Besuchern auf geführten Touren die Möglichkeit zur Beobachtung bietet

**Seeadler** – Versuch der Wiederansiedlung

**Wachtelkönig** - Förderung der Brut auf den Überschwemmungswiesen der Unteren Lobau (Durch die geringen Niederschläge im Frühjahr konnten die Überschwemmungswiesen 2001 aber keine ausreichende Vegetationsentwicklung gewährleisten und dadurch keine Brut verzeichnet werden).

## Hundsfisch – Lebensraumsicherung und Vermehrung



**Sterlet** - Wiedereinbürgerungsprogramm mit Beginn im Herbst 2001

**Wildkarpfen** - Förderung der Wildform anstelle der Zuchtformen

**Urzeitkrebse** - Anfang 2001 Untersuchung zum historischen und aktuellen Vorkommen im Nationalpark-Gebiet und im nahen Umland, Schutzvorschläge bezüglich eventueller Bodenvertiefungen, Mahdterminen und anderen Pflegemaßnahmen

**Diverse Orchideen** – Spezielle Förderung im Rahmen des Mahdmanagements



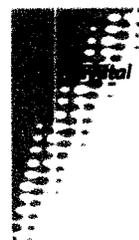
**Schwarzpappel** – gezielte Förderung durch Waldverjüngung und Verpflanzung

Förderungsmaßnahmen gab es auch für **Wildbirne** (*Pyrus pyraeaster*) und **Wildrebe** (*Vitis vinifera* ssp. *sylvestris*)

## Wildökologische Raumplanung

Eine im Managementplan vorgesehene und von der Nationalpark-Gesellschaft in Auftrag gegebene wildökologische Raumplanung für den Nationalpark Donau-Auen und das wildökologisch relevante Umfeld konnte 2001 fertig gestellt werden. Wichtigste Ziele sind die nachhaltige Lebensraumsicherung für autochthone Schalenwildarten bei gleichzeitiger Vermeidung untragbarer Vegetationsbelastungen durch Schalenwild sowie die Konfliktminimierung zwischen verschiedenen Interessensgruppen. Mit Winter 2000/01 konnten auch deutliche Reduktionen der Fütterungsstandorte umgesetzt werden.

# NATIONALPARK THAYATAL



Nationalparks sind hochrangige Naturschutzprojekte im Spannungsfeld zwischen Naturschutz und einem naturverträglichen Tourismus. Unter diesen Zielsetzungen hat der Nationalpark Thayatal 2001 eine Informationsoffensive gestartet, im Rahmen derer zahlreiche Broschüren und Informationsblätter über den Nationalpark entstanden sind.

Dem Gedanken der Zusammenarbeit mit dem angrenzenden tschechischen Nationalpark Podyjí und dem internationalen Interesse an diesem grenzüberschreitenden Schutzgebiet Rechnung tragend, wurden die Broschüren des Nationalparks auch in englischer und tschechischer Sprache produziert.

## **Besucherprogramm der Umweltbildung**



Ein umfangreiches Besucherprogramm mit regelmäßigen Führungen und Exkursionen und speziellen Angeboten für Schulen in Form von Projekttagen und Projektwochen versucht der Nationalpark, Wissen über Ökologie, Biodiversität und natürliche Kreisläufe anhand dieses schützenswerten Naturraumes zu vermitteln.

Den Anforderungen eines Nationalparks Rechnung tragend, hat der Nationalpark die Nutzung natürlicher Ressourcen weiter eingeschränkt. Wo es notwendig war, wurde versucht, dies in Abstimmung mit den tschechischen Partnern grenzüberschreitend zu regeln, so dass beispielsweise für die Fischerei in der gemeinsamen Grenzstrecke nun gleiche Regeln auf beiden Seiten der Grenze gelten.

## **Maßnahmen 2001**



Ebenfalls grenzüberschreitend geregelt wurde die Bekämpfung von Neophyten, also Pflanzen, die sich, obwohl nicht standortheimisch, auch im Nationalpark Thayatal immer mehr verbreiten. Durch abgestimmte Bekämpfungsmaßnahmen beiderseits der Grenze konnten erste Erfolge erzielt werden, was wesentlich zur Erhaltung der besonderen Charakteristik der Vegetation im Thayatal beiträgt.

## **Nationalparkzentrum Thayatal**

Der Nationalpark hat aber auch einen Bildungsauftrag zu erfüllen. Im Jahre 2001 konnten nunmehr die notwendigen Schritte zur Errichtung des Nationalparkzentrums gesetzt werden. Nach Sicherung der Finanzierung für das Zentrum wurde mit der Planung des Gebäudes begonnen, sodass das Ziel, mit der Saison 2003 das Nationalparkzentrum zu eröffnen mit ziemlicher Sicherheit eingehalten werden kann.

Dieses Nationalparkzentrum soll der Information der Besucher über die Entstehung der Landschaft dienen, gleichzeitig bietet es die Möglichkeit, Veranstaltungen abzuhalten, wobei die Themen Umwelt, Naturschutz und Umweltinformation im Vordergrund stehen soll.

In diesem Sinne ist auch das Seminar „*Gemeinsam die Natur erleben*“ zu verstehen, das im September 2001 stattfand und großes Interesse erweckte. Über dieses Seminar, das vom Regionalverband Weinviertel Südmähren Westslowakei (EUREGIO) gefördert wurde, liegt eine detaillierte Publikation vor, die bei der Nationalparkverwaltung erhältlich ist.

### **Regionale Kooperationen**

Gemeinsam mit den Tourismusverbänden und dem Retzer Land wurden Überlegungen angestellt, wie die Region Thayatal auch grenzüberschreitend besser präsentiert und vermarktet werden kann. Diese Überlegungen sollen in der Folge in ein EU-gefördertes Projekt münden.

Der Nationalpark Thayatal und der Nationalpark Podyjí sind bemüht, künftig verstärkt als ein Schutzgebiet mit gemeinsamen Interessen in der Öffentlichkeit aufzutreten. Damit soll auch die Akzeptanz für dieses Schutzgebiet und für Umweltfragen im Allgemeinen deutlich erhöht werden.



# NÖ ABFALLWIRTSCHAFTSVEREIN



## Einleitung

In NÖ ist die Abfallwirtschaft laut Landesgesetz zwar Aufgabe der einzelnen Gemeinden, das Land NÖ hat jedoch vorausschauend schon in den 80er und Anfang der 90er Jahre Abfallverbände geschaffen.

DIE NIEDERÖSTERREICHISCHEN  
ABFALLWIRTSCHAFTSVERBÄNDE



Diese übernehmen die Aufgaben der einzelnen Gemeinden deshalb, weil die heutigen Anforderungen an die Abfallwirtschaft die Möglichkeiten der einzelnen Gemeinden bei weitem übersteigen.

Mittlerweile gibt es in jedem Bezirk NÖ's einen Abfallverband. Alle Zusammenschlüsse erfolgten auf freiwilliger Basis. Mit Stand 31. 12. 2001 waren 530 von 573 Gemeinden, das sind 1.375.657 EW laut Volkszählung 1991 und somit 93,3% der NÖ Bevölkerung im NÖ Abfallwirtschaftsverein vertreten.

## Geschichte und rechtliche Grundlagen

Im Jahr 1972 wurde mit dem NÖ Müllbeseitigungsgesetz den Gemeinden die Aufgabe der geordneten Müllabfuhr und Abfallbeseitigung generell übertragen. Seither haben verschiedene Entwicklungen stattgefunden, die den drohenden Deponienotstand vermeiden wollten.

Mit der Entwicklung der Abfallwirtschaft auf bundesgesetzlicher und landesgesetzlicher Ebene wurden die Bestimmungen immer komplizierter. So wurden seit dem Bundesabfallwirtschaftsgesetz 1990 eine Fülle von Bestimmungen erlassen, die die Gemeinden belasten: zum Beispiel die Problemstoffverordnung, die Batterieverordnung, die Lampenverordnung, die Abfallnachweisverordnung, die Etikettenverordnung, die Schmiermittelverordnung, die Verordnung über gefährliche Abfälle, die Bauschuttverordnung oder die Kühlgeräteverordnung. Das im NÖ Abfallwirtschaftskonzept 1990 festgeschriebene Ziel der Gründung von Verbänden in jedem politischen Bezirk Niederösterreichs wurde erreicht. Auf Grund der Freiwilligkeit gelang es jedoch noch nicht, alle Gemeinden in Abfallverbänden zu vereinigen.

Das NÖ Abfallwirtschaftskonzept 2000 sieht in der Einbindung der letzten „Nichtverbandsgemeinden“ in die bestehenden Abfallverbände sowie in der weiteren Verbesserung und Angleichung der Organisationsstruktur die Hauptziele für die nächsten Jahre.

## Aufgaben

Die Mitgliedsgemeinden gründeten unter verschiedenen Randbedingungen die Verbände. Ihnen übertrugen sie die „Besorgung der Aufgaben der Abfallwirtschaft“ oder die „Vollziehung des NÖ AWG 1992“.

Die Gemeinden sollten damit sowohl organisatorisch als auch von der politischen Verantwortung entlastet werden. Dies wurde dadurch erreicht, dass die Abfallverbände folgende Aufgaben übernommen haben:

- Organisation der Restmüllentsorgung
- Organisation der Altstoff- und Problemstoffsammlung
- Festsetzung und Vorschreibung der Müllgebühren
- Informations- und Motivationsarbeit
- Durchführung verschiedener NÖ-weiten Aktionen:
  - Elektroaltgeräte- und Elektronikschrottsammlung
  - Altspeiseöl- und –fettsammlung (NÖLI)



NÖLI – das neue Sammelgefäß für Altspeiseöle- und fette

In systematischer Weise wurden Sammelsysteme für die getrennte Einsammlung von Altstoffen sowie Sperr- und Restmüll eingerichtet. Mit verschiedenen Abfuhrhäufigkeiten durch die getrennte Abfuhr – zumindest folgender Altstoffe – konnte eine 50%ige Reduktion der zu deponierenden Abfallmengen erreicht werden.:

- Altpapier
- Kompostierbare Abfälle
- Altglas
- Verpackungsmetalle
- Kunststoff- und Verbundverpackungen
- Sperriges Altmetall
- Alttextilien
- Altreifen
- Kartonagen u. a. mehr



Altstoffsammelstelle im Bezirk Schwéchat

Daneben gibt es noch die Sammelsysteme für

- Restmüll
- Sperrmüll
- Problemstoffe
- Altspeiseöl- und –fettsammlung (NÖLI)
- Elektroaltgeräte- und Elektronikschrottsammlung

**Handy weg  
vom Müll!**

Des kann ja ka  
Mirakel net sein!  
... Kluge Köpfe  
machen mit ...



Bei der Gestaltung der Sammelsysteme konnte auf die verschiedenen regionalen Bedürfnisse in den Bezirken eingegangen werden, so dass sich die derzeit vorhandenen Sammelsysteme in ihrer konkreten Ausformung durchaus voneinander unterscheiden. Die Verbände schlossen mit privaten Frächtern mittelfristige Entsorgungsverträge ab. Dabei zeigte sich der Vorteil einer gewissen Nachfragegröße, der zu niedrigeren Preisen als bei Einzelgemeinden führte. Ebenso konnten mit den Verwertungsbetrieben für Altpapier und Altmetall günstigere Verträge abgeschlossen werden, als dies einzelne Gemeinden erreicht hätten. Beim Aufbau des ARA (Altstoff-Recycling-Austria AG)-Systems wurden auf NÖ-weiter Ebene Musterleistungsverträge ausverhandelt. Dabei zeigte sich der Vorteil des Zusammengehens auf einer noch größeren Ebene zum Zwecke der Verhandlung. Die einzelnen Verträge wurden vom NÖ Abfallwirtschaftsverein ausverhandelt und vom jeweiligen Verband abgeschlossen, der die Verpackungssammlung in sein bestehendes Sammelsystem integrierte.

### **Festsetzung/Vorschreibung der Müllgebühren**

Die Verbände setzen die Müllgebühren aufgrund einer verbandsweiten Kostenrechnung fest. Die tatsächliche Gebühreneinhebung erfolgt entweder durch die Mitgliedsgemeinden im Auftrag des Verbandes (z.B. Verbände Tulln und Schwechat) oder die Verbände schreiben die Gebühren selber vor (z.B. Verbände Baden, Melk, Gänserndorf, Hollabrunn, Zwettl). Die Verbände müssen die Müllgebühren kostendeckend kalkulieren und vorschreiben, weil sie keine Möglichkeit haben, Quersubventionen aus anderen Budgetteilen, wie dies bei vielen Gemeinden in der Vergangenheit der Fall war, vorzunehmen. Sie realisieren daher die Kostenwahrheit.

### **Synergie- und Rationalisierungseffekte**

Die Verbände konnten durch Synergie- und Rationalisierungseffekte die Kostenentwicklung der Abfallwirtschaftsinfrastruktur stabil halten, obwohl ihnen vom Gesetz her laufend zusätzliche Aufgaben übertragen wurden.

Im Jahre 2001 wurde mit Überlegungen zum Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung begonnen. Nach einer entsprechenden Entwicklungs- und Testphase in den „Modellverbänden“ Baden, Krems/Land und Melk ist daran gedacht, dieses System nach und nach in allen Abfallverbänden einzuführen.

### **Informations- und Motivationsarbeit**

Die Verbände klären die Bevölkerung durch intensive Öffentlichkeitsarbeit auf und motivieren sie auf breiter Basis, die Altstoff- und Abfallsammelsysteme zu nutzen. Einige Instrumente dazu sind:

- Abfalltelefon
- Abfallberatung (in Schulen, Kindergärten)
- Exkursionen
- Ausstellungen (auf Messen und Märkten, in Schulen)
- Verbandszeitungen
- Inserate in Lokalzeitungen
- Abfuhrkalender
- Informationsveranstaltungen
- Kompostparties
- Informationen für Mitgliedsgemeinden (Gemeindeinfos, Sekretärssitzungen, Umweltgemeinderätetreffen)
- Schulung von Gemeindemitarbeitern

## **NÖ Abfallwirtschaftsverein**

Anlässlich des Inkrafttretens der österreichischen Verpackungsverordnung wurde am 27. August 1993 der NÖ Abfallwirtschaftsverein (NÖ AWW) konstituiert. Gemeinsam mit dem Amt der NÖ Landesregierung wird seither an der Umsetzung und Verbesserung der abfallwirtschaftlichen Belange gearbeitet.

Die Aufgaben des NÖ Abfallwirtschaftsvereines umfassen viele Bereiche

- Interessensvertretung der Mitglieder
- Informationsplattform für die Mitglieder
- Betreuung der Mitglieder
- Abwicklung der mit der ARA und den Branchenrecycling Gesellschaften bestehenden vertraglichen Regelungen
- Konzepte und Lösungen für anstehende abfallwirtschaftliche Probleme
- Koordination der gemeinsamen NÖ-weiten Öffentlichkeitsarbeit der NÖ Abfallverbände und des Landes Niederösterreich unter dem Slogan
- Koordination verschiedener landesweiter Projekte und Aktionen, zum Beispiel:  
Die Einführung der Sammlung von Elektroaltgeräten und Elektronikschrott sowie die Altspeiseöl- und -fettsammlung (NÖLI) wäre ohne die Mitwirkung und Koordination durch den NÖ Abfallwirtschaftsverein nicht umsetzbar gewesen.



# NÖ BAWU

## Bewusst und Aktiv handeln – Wirtschaftlich und Umweltgerecht gestalten



Das Land Niederösterreich hat sich laut Landtagsbeschluss vom 18. Mai 1995 grundsätzlich dazu bekannt, die thermische Restabfallbehandlung als den in Niederösterreich zu verfolgenden Weg der Restmüllentsorgung einzuschlagen. Für diese Aufgabenstellung hat die NÖ BAWU als zentrales Organ vieler niederösterreichischer Abfallverbände die Verantwortung übernommen.

Die Abfallwirtschaftsverbände und Gemeinden sind per Gesetz verpflichtet, den effizientesten und ökologisch sinnvollsten Weg einer nachhaltigen Abfallbehandlung einzuschlagen. Aus diesem Grund ist es ab 1. Jänner 2004 untersagt, Abfälle unbehandelt zu deponieren. Das Land Niederösterreich hat auch in seinem NÖ-Abfallwirtschaftskonzept 2000 die gemeinsame NÖ-weite Lösung der thermischen Restabfallbehandlung durch die am 26. Juni 1996 gegründete NÖ BAWU als Ziel festgeschrieben.

### Effizienz durch Gemeinsamkeit - Struktur und Finanzierung

Die an der NÖ BAWU Ges.m.b.H. beteiligten 20 Abfallverbände und Statutarstädte, die Interessen von über 70 % der Einwohner Niederösterreichs vertreten, arbeiten gemeinsam an der Umsetzung einer effizienten Restmüllbehandlung. Die Aktivitäten der NÖ BAWU für diesen Zweck finanzieren sich aus Stammeinlagen und Kostenbeiträgen der Gesellschafter, die nach Einwohnerzahlen gestaffelt sind.

Die beteiligten Gesellschafter der NÖ BAWU:

- Gemeindeverband für Umweltschutz in der Region **Amstetten**
- Gemeindeverband für Abfallwirtschaft und Abgabeneinhebung im Verwaltungsbezirk **Baden**
- Gemeindeverband für Abfallbehandlung Bezirk **Bruck an der Leitha**
- Gemeindeverband für Aufgaben des Umweltschutzes im Bezirk **Gänserndorf**
- Gemeindeverband für Aufgaben des Umweltschutzes im Bezirk **Gmünd**
- Gemeindeverband für Abfallwirtschaft und Abgabeneinhebung im Verwaltungsbezirk **Hollabrunn**
- Gemeindeabfallwirtschaftsverband **Horn**
- Gemeindeabfallwirtschaftsverband des Verwaltungsbezirkes **Korneuburg**
- Gemeindeverband für Umweltschutz für den Bezirk **Krems**
- **Statutarstadt Krems**
- Gemeindeverband für Aufgaben des Umweltschutzes im Gerichtsbezirk **Laa an der Thaya**

- Gemeindeverband für Umweltschutz und Abgabeneinhebung im Bezirk **Melk**
- Gemeindeverband für Aufgaben des Umweltschutzes im Bezirk **Mistelbach**
- Gemeindeverband für Umweltschutz im Bezirk **Scheibbs**
- Gemeindeverband für Abfallwirtschaft im Raum **Schwechat**
- Gemeindeverband für Abfallbeseitigung im Bezirk **Tulln**
- Gemeindeverband für Aufgaben des Umweltschutzes im **Verwaltungsbezirk Waidhofen an der Thaya**
- Gemeindeabfallwirtschaftsverband des Gerichtsbezirkes **Wolkersdorf**
- Abfallwirtschaftsverband **Wr. Neustadt**
- Gemeindeverband für Abgabeneinhebung und Müllbeseitigung Bezirk **Zwettl**

Über 70 Prozent der NÖ Bevölkerung von 1.549.640 Einwohnern sind durch die oben angeführten Abfallverbände in der NÖ BAWU vereint.

### Die Aufgabenstellungen der NÖ BAWU

Die NÖ BAWU erfüllt seit Gründung die Umsetzung der ihr gestellten Aufgaben mit einem kompetenten Team, das alle Maßnahmen zur fachgerechten Entsorgung und Verwertung von Altstoffen einer eingehenden Prüfung und Evaluierung unterzog.

Die Expertenanalysen ergaben eindeutige Umwelt- und Kostenvorteile beim Einsatz der thermischen Restabfallbehandlung nach dem modernsten Stand der Technik. Das Bekenntnis zur Müllverbrennung in Niederösterreich erfolgte einstimmig mittels Generalversammlungsbeschluss in der NÖ BAWU.

Die europaweite Ausschreibung der thermischen Abfallbehandlung inklusive Transportlogistik und Reststoffentsorgung im Februar 2001 fiel ebenso in den Verantwortungsbereich der NÖ BAWU wie die anschließende Umsetzung der Auftragsvergabe an den Bestbieter AVN Abfallverwertung NÖ GesmbH, einer Tochterfirma der EVN. **Heute können die 20 Gesellschafter der NÖ BAWU auf den erfolgreichen Abschluss der EU-weiten Ausschreibung verweisen. Niederösterreich ist damit das erste Bundesland, das sich zeitgerecht und erfolgreich auf die Anforderungen der ab 2004 gesetzlich vorgeschriebenen Restmüllbehandlung vorbereitet hat.**

Damit tritt die NÖ BAWU in eine neue, operative Phase ein, die im Zeichen der konkreten Umsetzung der zukunftsorientierten Abfallbehandlung steht. Modernste Technologien, hohe Umweltstandards und ein effizientes Logistiksystem unter Einbeziehung der Transportkapazitäten der Bahn kennzeichnen das angepeilte Gesamtkonzept.

Gemeinsam mit den Gesellschaftern und Partnern setzt die NÖ BAWU auf Transparenz und Information.

## **Die Zukunftsaspekte – NÖ BAWU im Zeichen einer langfristigen Zusammenarbeit**

Die kontinuierliche Mengenauslastung der ab dem Jahr 2004 zu betreibenden Müllverbrennungsanlage in Dürnrohr garantiert effiziente Stoffkreisläufe. Die Vorteile der NÖ BAWU für die Bürger liegen in der zu gewährleistenden nachhaltigen Effizienz des Gesamtsystems der Abfallbehandlung und in den niedrigen Müllgebühren, die durch die gemeinsame Verbrennungsmenge erreicht werden.

Zu den operativen Aufgaben der NÖ BAWU zählt unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Mengenbündelung. Zentrale Herausforderung wird der Aufbau der Transportlogistik und das effiziente und wirtschaftliche Management der Abfallmengen und ihres Heizwertes sein.



Die NÖ BAWU wird auch in anderen Bereichen tätig sein, wenn ihr die NÖ Abfallverbände weitere Aufgaben übertragen. Bei der Einführung eines neuen, komfortableren Altspeiseöl- und -fettsammelsystems durch die Abfallverbände hat die NÖ BAWU ebenfalls Aufgaben übertragen bekommen: auch hier war es sinnvoll, die Mengen NÖ-weit zu bündeln. Sodann wurde mit den Firmen Baier und Brantner ein Partner gefunden, der die Reinigung der NÖLI-Kübel sowie die Aufbereitung des Altspeisefetts durchführen wird.

NÖ BAWU Ges.m.b.H.  
Tor zum Landhaus  
Rennbahnstraße 29 B  
Postfach 37  
3109 St. Pölten  
Telefon 02742 / 23 00 60  
Telefax 02742 / 23 00 60 28  
E-Mail: [office@bawu.at](mailto:office@bawu.at)  
<http://www.bawu.at>

# **NÖ LANDESJAGDVERBAND**

## **Einleitung**

Alle 34.000 Jäger, die Inhaber einer nö. Jagdkarte sind, werden im Nö. Landesjagdverband zusammengefasst. Aufgabe des Verbandes ist die Pflege und Förderung der Jagdwirtschaft, die Sicherung einer gesunden Umwelt als Lebensraum der freilebenden Tierwelt, die Hebung und Erhaltung eines der land- und forstwirtschaftlichen Bodenkultur angemessenen, artenreichen und gesunden Wildstandes, und schließlich die Vertretung der jagdlichen Interessen.

## **Wildökoland-Aktion**

Ziel dieser Aktion ist es, eine Lebensraumverbesserung – das heißt die Schaffung von Deckung und Äsung sowie Setz- und Brutgelegenheiten – für die Wildtiere langfristig herbeizuführen und zu sichern. Insbesondere wird die Auspflanzung von Hecken und Feldgehölzen sowie die Einbringung von fruchttragenden Bäumen gefördert. Die Förderung umfasst 100 % der Beratungs- und Planungskosten und 70 % der Pflanzgutkosten. Im Jahr 2001 wurden im Rahmen von 89 Projekten im Gesamtausmaß von 22 ha insgesamt 48.890 Sträucher und 22.134 Bäume einschließlich der dazugehörigen Schutzmaßnahmen ausgepflanzt und mit einer Förderungssumme von € 51.869,-- unterstützt.

## **Mischwaldbegründung**

In Zusammenarbeit mit den Forstabteilungen der Nö. Landeslandwirtschaftskammer und den Bezirksverwaltungsbehörden wird die Wiederbewaldung von stabilen und standortgemäßen Mischwäldern auf Schadensflächen nach biotischen und abiotischen Schäden als Beitrag zur langfristigen Lösung der Wald- Wild- Frage gefördert. Unterstützt werden Bestandesbegründungen zu einem autochthonen Mischwald ohne Gastbaumarten (Douglasie, Riesentanne usw.) durch die Einbringung von mindestens 150 Laubholzpflanzen pro Hektar. In jede geförderte Mischwaldbegründung sind pro angefangenem Hektar mindestens 15 fruchttragende Bäume (Wildapfel, Wildkirsche, Eberesche) einzubringen. Im Jahr 2001 wurden Förderungen für 50 Hektar ausbezahlt.

## **NÖ Niederwild-Monitoring**

Das Ziel des Niederwild-Monitorings ist eine großräumige Erfassung von Niederwildbesätzen und deren Veränderungen im Hinblick auf die Ausarbeitung regionaler bzw. lokaler Empfehlungen bezüglich Hege und Bejagung. Durch die ständige Beobachtung und Erfassung von Daten über Lebensraum, Niederwild- und Raubwildpopulationen und deren Dynamik sowie auch über den jagdlichen Einfluss durch Hege und Nutzung soll ein landesweiter Überblick über die Niederwildsituation und die laufenden Veränderungen geschaffen werden. Wichtig erscheint hier vor allem die Stärkung der Kompetenz der Jägerschaft bezüglich Wildtier und Umwelt durch die Schaffung einer Datensammlung. Diese dient als Grundlage zur objektiven Gesprächsbasis gegenüber einer ständig wachsenden Zahl von Naturnutzern und für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit. Nicht zuletzt soll das Niederwildinformationsnetz als Arbeits- und Argumentationsinstrument zur Objektivierung von Sachverhalten und Fragen der nachhaltigen Niederwildbewirtschaftung herangezogen werden können. Aus über 230 Revieren (Eigen- und Genossenschaftsjagden) wurden Datenblätter eingesandt. Die Gesamtfläche von 147.081 ha stellt einen Anteil von rund 30 % des

typischen Niederwildlebensraumes in Niederösterreich dar. Damit konnte bereits im ersten Jahr eine hervorragende Teilnahme erzielt werden, die repräsentative Auswertungen in Zukunft ermöglichen wird.

Durch Vergleich der Herbsthasendichte vom aktuellen Jahr mit dem Vorjahr können Bejagungsempfehlungen abgegeben werden.

Weiters unterstützt der NÖLJV Artenschutzprogramme für die Großtrappe und den Luchs.

# **NÖ UMWELTANWALTSCHAFT**

## **Naturschutz**

Einen maßgeblichen Schwerpunkt der Tätigkeit der NÖ Umweltschutzbehörde bilden auch im Berichtsjahr die Angelegenheiten des Naturschutzes. Da mit dem NÖ Naturschutzgesetz 2000 der NÖ Umweltschutzbehörde das Antragsmonopol zur Einleitung von Naturverträglichkeitsprüfungen für Vorhaben in nach Brüssel gemeldeten Natura 2000 - Gebieten eingeräumt wurde, ergibt sich aus dieser neuen Gesetzeslage für die NÖ Umweltschutzbehörde die Verpflichtung, alle Vorhaben, die in einem derartigen Gebiet verwirklicht werden sollen, zunächst im Hinblick auf die Beurteilungsparameter in § 10 NÖ NSchG 2000 (Art. 6 FFH – RL) daraufhin zu prüfen, ob das Projekt zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines als künftiges Europaschutzgebiet vorgeschlagenen Lebensraumes führen kann. Aufgrund des Ergebnisses dieser Vorbeurteilung, die häufig unter Beziehung von Naturschutzsachverständigen erfolgt, wird in der Folge die Einleitung eines Naturverträglichkeitsprüfungsverfahrens (NVP) bei der zuständigen Naturschutzbehörde beantragt. Im Hinblick auf den relativ hohen Flächenanteil von gemeldeten Natura 2000 – Gebieten fielen im Berichtszeitraum mehr als 100 Vorhaben an, die einer Vorprüfung durch die NÖ Umweltschutzbehörde unterzogen wurden, wobei für rd. zwei Drittel dieser Vorhaben die Einleitung einer NVP beantragt wurde. In erster Linie handelte es sich dabei um Verkehrsinfrastrukturprojekte, aber auch um geplante Betriebsanlagen, Wasserkraftwerke, Materialgewinnungen, Abfallbehandlungsanlagen und Abfalldeponien. Im Jahr 2001 wurden auch die ersten, aufwändigen NVPs abgeschlossen (z.B. Pferdesportpark Ebreichsdorf, Wienerwaldtunnel).

## **Materialgewinnungen**

Auch im Jahr 2001 wurden die Bemühungen der NÖ Umweltschutzbehörde fortgesetzt, bei den einzelnen Abbauvorhaben einen möglichst optimalen Ausgleich zwischen den Nutzungsansprüchen des Bergbaus und den damit konkurrierenden Interessen der Raumordnung, des Naturschutzes, des Forstwesens, der Wasserwirtschaft und der betroffenen Anrainer herbeizuführen. Die Erfüllung dieser Konfliktlösungsfunktion der NÖ Umweltschutzbehörde ist durch die Änderung des NÖ NSchG und durch das Min ROG nicht unbedingt leichter geworden. So sieht das NÖ NSchG 2000 nach dem sog. „Semmerringbasistunnel“ – Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes in seinem § 4 eine Interessensabwägung hinsichtlich berührter Bundesinteressen vor, zu denen auch der Bergbau gehört. Zum anderen enthält das MinROG rigide Abbauverbotszonen, die der Erteilung einer Gewinnungsbewilligung entgegenstehen. Die geplante Erweiterung des Kowall – Steinbruches in Gaaden soll dies verdeutlichen:

Von der NÖ Umweltschutzbehörde wurde im Hinblick auf den bestehenden Abbaukonsens, bei dessen Ausnützung schwerwiegende ökologische Folgen zu besorgen waren, der Weg gewählt, einvernehmlich mit dem Betreiber ein neues Abbaukonzept zu entwickeln, das den heutigen Umweltauforderungen entspricht. Zur Realisierung dieses neuen Abbauvorhabens war es zunächst notwendig, die im überörtlichen Raumordnungsprogramm festgelegte Eignungszone neu zu definieren. Nach dem Inkrafttreten des MinROG konnte der beantragte Abbau im Hinblick auf seine Lage in einer Verbotszone (Naturpark Föhrenberge) zunächst nicht bewilligt werden. Erst durch eine Änderung der Naturparkverordnung wurde der umweltfreundlichere Abbau ermöglicht.

## **Mobilfunkanlagen**

Der fortschreitende Ausbau des Mobilfunknetzes wurde durch das Hinzutreten weiterer Netzbetreiber noch beschleunigt und potenziert. Von der NÖ Umweltanwaltschaft wurde der schon bisher eingeschlagene Weg, bezirksweise im Rahmen von „runden Tischen“ unter Beteiligung aller Netzbetreiber eine möglichst umweltgerechte und koordinierte Standortplanung zu erreichen, weiter fortgesetzt.

## **Verkehrsinfrastruktur**

Bei der Planung der A5 – Nordautobahn wurde erstmals der Weg beschritten, bereits zum Zeitpunkt der Erkundung möglicher Trassenvarianten auch die NÖ Umweltanwaltschaft einzubinden. Mit dieser Vorgangsweise konnte erreicht werden, dass schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt Variantenüberlegungen ausgeschieden wurden, die mit den Zielen des Umweltschutzes nicht in Einklang gebracht werden konnten. In weiterer Folge wurde die NÖ Umweltanwaltschaft auch an den Vorprojektsstudien beteiligt und ist auch in die nunmehrige Detailplanung für die dem Infrastrukturministerium vorzulegenden Trassenvarianten und deren Optimierung eingebunden. Im Hinblick darauf, dass für diese Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, konnten so bereits vor Erstellung des Detailprojektes die wesentlichen Beurteilungskriterien nach dem UVP-G 2000 bei der Variantenauswahl berücksichtigt werden.

Darüber hinaus erstreckte sich die Tätigkeit der NÖ Umweltanwaltschaft im Berichtszeitraum auf die umweltrelevante Beurteilung von Großprojekten, bei denen etwa auf das für den geplanten Ausbau des Flughafens Wien – Schwechat erfolgreich laufende Mediationsverfahren hinzuweisen ist.

Selbstverständlich bildeten auch die durch die Einzelfallbeurteilung nach der UVP – Gesetznovelle 2000 wieder im Ansteigen begriffenen Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren einen weiteren Arbeitsschwerpunkt.

Abschließend soll auch noch die Teilnahme der NÖ Umweltanwaltschaft an zahlreichen Veranstaltungen hervorgehoben werden, an denen der Umweltanwalt und seine Mitarbeiter als Vortragende und Diskussionsteilnehmer mitgewirkt haben wie etwa an Veranstaltungen der NÖ Landesakademie, der Gemeindevertreterverbände und des Militärkommandos Niederösterreichs.

## „die umweltberatung“ NÖ

„die umweltberatung“ ist eine Bildungs- und Beratungsorganisation im ökologischen Bereich. In Niederösterreich gibt es eine Geschäftsstelle (St. Pölten) und insgesamt 7 Beratungsstellen (St. Pölten, Mödling, Wr. Neustadt, Pöchlarn, Amstetten, Zwettl, Hollabrunn). Das Leitmotiv ist der vorsorgende Umweltschutz: Um den nachkommenden Generationen die gleichen Chancen und eine lebenswerte Erde zu hinterlassen, tritt „die umweltberatung“ für eine nachhaltige und ökologische Lebens- und Wirtschaftsweise ein.



Alle Fachbereiche bieten firmenunabhängig und praxisorientiert, telefonische und persönliche Beratung, Vorträge, Seminare, Exkursionen, Workshops etc. für private KundInnen, aber auch für Gemeinden, Schulen und bestimmte Berufsgruppen.

### Folgende Fachbereiche werden bearbeitet:

#### Bauen-Wohnen-Energie

„Richtige Planung und Baustoffauswahl entscheiden über Behaglichkeit, gesundes Raumklima und Energiebedarf eines Hauses.“ Förderung eines konsequenten ökologischen Wohnbaues unter Einsatz erneuerbarer Energieträger und Rohstoffe.

- **Althausanierung**

- Neben der immer aktuellen Beratung im Neubaubereich wurde ein Schwerpunkt auf die ökologische Althausanierung gelegt, denn hier liegen sehr große Einsparpotenziale z.B. was CO<sub>2</sub> betrifft (gute Wärmedämmung spart CO<sub>2</sub> und Geld); Sanierungsberatung zur Nutzung von erneuerbaren Energien und Rohstoffen, umweltfreundliche Baustoffe.

„Vom Althaus zum Traumhaus“: neue Wanderausstellung von „die umweltberatung“ in Zusammenarbeit mit Land NÖ und Bausparkasse, Neuauflage der Broschüre „Althausanierung“

- **Holzbauweise bei Ein- und Zweifamilienbauten**

Schwerpunkt Niedrigenergiehausstandard im Neubau, Forcierung der Holzbauweise: Schwerpunkt in allen Hausbauseminaren, eigene Seminare und Exkursionen zum Thema „Bauen mit Holz“, Aktionen zum Welt-Umwelttag 2001,...

- **Berechnung der Öko- Eigenheimförderung und des EU-konformen Energieausweises**

#### Chemie im Haushalt

„Sanft reinigen schont Umwelt und Gesundheit. Eine glänzende Idee!“ Beratungen zum umweltfreundlichen Waschen, Putzen, über Textilien, sanfte Schädlingsbekämpfung,...

- **Aktion "Das Waschjahr - weniger ist mehr"**

Im Jahr 2000 wurden die „Wäsche-Wasch-Gewohnheiten“ in NÖ Haushalten erhoben, im Jahr darauf die Auswertungen abgeschlossen. Die Ergebnisse wurden, versehen mit vielen Tipps zum wasser- und chemiesparenden

Wäschewaschen, in einem neuen Folder „Das Waschjahr – weniger ist mehr!“ zusammengefasst und neu aufgelegt.

- **ÖKO-logisch Reinigen in den Gebäuden des Landes NÖ**

Viele öffentliche Gebäude in NÖ stellen bereits auf ÖKO-logische Reinigung um. Seit Herbst 1998 arbeitet "die umweltberatung" NÖ gemeinsam mit der Abteilung G7/Heime des Landes Niederösterreich und den LeiterInnen der Heime an dem Ziel, dass alle 51 NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime ökologisch gereinigt werden, führt Schulungen für BeschafferInnen und Reinigungspersonal durch, berät bei der Auswahl geeigneter Putzmittel etc. Im Jahr 2001 wurde das Projekt weitergeführt, und weitere 9 Heime konnten für den erfolgreichen Abschluss ihrer Umstellung auf ÖKO-logische Reinigung ausgezeichnet werden.

- **Einkaufsführer**

In Zusammenarbeit mit "die umweltberatung" Österreich wurde ein Einkaufsratgeber für umweltschonende Wasch- und Putzmittel für den Haushalt erstellt.

## **Ernährung-Garten-Landwirtschaft**

*„Unsere Lebensenergie bekommen wir von der Erde. Nachhaltiger Umgang mit der Natur ist ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz. – Vielfalt am Teller, im Garten und am Feld!“*

- **Projekt „Natur im Garten – gesund halten, was uns gesund hält!“**

Das umfassende Projekt von Umweltlandesrat Sobotka, Abt. RU3-Umwirtschaft, NÖ Agrarbezirksbehörde und "die umweltberatung" NÖ soll Niederösterreichs Gärten und Grünanlagen wieder umweltfreundlicher und natürlicher werden lassen.

Angebote von „die umweltberatung“: Beratung am Gartentelefon und vor Ort, Versand der Gartenratgeber (Sammelordner), Verleihung der Gartenplakette für Gärten, die den Kriterien der Aktion entsprechen, Diavorträge, Kompostparties, Gartenfeste, Schaugärten, Betreuung von Partnerbetrieben (Gärtnereien und Großbetriebe), Veranstaltung von Seminaren, Exkursionen, Kochkursen, Symposien „naturnahe Kindergärten“ im Herbst u.v.m.

- **Bio in der Großküche**

Die Projekte „**Ökoregionen im Mostviertel**“ und „**Bioregion NÖ-Süd**“ (Gemeinschaftsprojekte mit vielen Kooperationspartnern, gefördert von Bund, Land und EU) konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Gearbeitet wurde z.B. auch mit den Tourismusschulen BLT Semmering und der Landesberufsschule Waldegg, wo Aktionstage, Biokochkurse etc. durchgeführt wurden.

Im Frühjahr 2001 fand eine zweitägige **Fachtagung** zur „**Qualität biologischer Lebensmittel**“ in Waidhofen statt, zu Sommerbeginn wurde mittels **Rezeptwettbewerb** der „**Bio-Milchshake des Jahres**“ ausgewählt etc.

Im Mai 2001 wurde im NÖ Landtag der Beschluss gefasst, den Anteil an **Bio-Lebensmitteln in öffentlichen Großküchen auf mindestens 25% zu heben**. Mit der Umsetzung dieses Beschlusses und der Betreuung der Großküchen

wurden "die umweltberatung" NÖ und der Verband „Ernte für das Leben“ betraut.

Die jährliche Seminarreihe „**Wintertage**“ für Landwirte und Bäuerinnen stand unter dem Schwerpunkt „*Biolandwirtschaft – Ökologisierung der Landwirtschaft*“.

Neue bzw. Neuauflage von **Broschüren** (z. T. in Zusammenarbeit mit "die umweltberatung" Österreich): „*Kräuter – Aroma und Duft in Garten und Küche*“, „*Wildobst – Köstliche Früchte wiederentdecken und genießen*“, „*Naturnische Hausgarten – Naturnaher Pflanzenschutz und Nützlinge*“, „*BIO-logisch genießen in großen Küchen – Handbuch*“.

## **Klimabündnis**

„*Erhaltung unserer Lebensgrundlagen durch Klimaschutz!*“ Das Klimabündnis ist eine globale Partnerschaft zum Schutz des Weltklimas: in den Industriestaaten soll die CO<sub>2</sub>-Emission bis zum Jahr 2010 um 50% reduziert werden und der Regenwald in Amazonien aktiv geschützt werden.

- **Betreuung von Klimabündnis-Gemeinden**
- **CO<sub>2</sub>-Sparhaus – Mein persönlicher Beitrag zum Klimaschutz**  
Ausstellung und Rahmenprogramm

## **Umweltpädagogik**

„Kreativ und behutsam begreifen wir unsere Umwelt. Im Spiel entdecken wir die Natur – erleben Sie mit uns eine Entdeckungsreise der besonderen Art!“ Vermittlung von Fachwissen soll kombiniert werden mit direktem Erleben von Natur und Umwelt und spielerischem Erarbeiten von Fachinhalten.

- **Umweltpädagogik in NÖ Schulen**  
Angebote aus allen Fachbereichen speziell aufbereitet für Schulen und Jugendliche
- **Aus- und Weiterbildung von StudentInnen und LehrerInnen**
- **Erd & Herd Geschichten**  
Schulkoffer mit Unterrichtsmaterialien zu gesunder Ernährung, Landwirtschaft und Umweltschutz; Ausstellung mit Rahmenprogramm, Arbeitsunterlagen für den Unterricht, Elternabende und Vorträge in Kindergärten und Schulen, MultiplikatorInnenschulungen v.a. für Pflichtschul-LehrerInnen
- **ÖKOLOG Niederösterreich**  
"die umweltberatung" NÖ arbeitet in der Vernetzungsplattform ÖKOLOG, laufende Veranstaltungen.
- „**Alte Spiele – neu entdeckt!**“ Im Sommer veröffentlichte "die umweltberatung" NÖ eine Spielesammlung für Drinnen und Draußen, ohne PC und Video – diese Spielesammlung wurde hunderte Male von interessierten KundInnen bestellt.
- **KinderKunstProjekt** zum Welt-Umwelttag 2001: Über 100 Kinder aus verschiedenen Schulen Niederösterreichs malten und entwarfen Bilder zum Thema „Umweltschutz“. Die Ausstellung „*Lebenszellen*“ wurde am Welt-Umwelttag 2001 eröffnet und wandert seither durch die Schulen.

## Wasser

„Sauberes Wasser ist ein kostbares Gut. Verwenden wir es sparsam und halten wir unser Wasser rein!“ Wasser ist das Lebensmittel Nummer 1: "die umweltberatung" bietet Beratung und Information zu Trinkwasserversorgung, Abwasserreinigung und Regenwassernutzung.

- **Wassermessungen:** Nicht-amtliche Analysen zur Qualität von Brunnenwasser (Zusammenarbeit NÖ Umweltschutzanstalt), Probennahme vor Ort, falls nötig Sanierungsberatung.
- **Abwasserberatung im ländlichen Raum:** Neues Projekt mit dem Amt der NÖ Landesregierung, Abt. Wasserwirtschaft – Beratungen (planerische, technische und rechtliche Fragen bei der Errichtung) und kostengünstige Exkursionen zu Kleinkläranlagen – Angebot für Haushalte, die nicht an die öffentliche Kanalisation angeschlossen sind.
- **Begleitende Beratung** bei Planung und Errichtung von Regenwassersammelanlagen, Konzepte zur Öffentlichkeitsarbeit, Beratung bei der Erarbeitung von Kriterien für die Gemeindeförderung, Informationsveranstaltungen.
- **Schulen:** Naturkundliche Erlebniswanderungen, Workshops etc
- **Neue Broschüre:** „Vom Wert des Wassers – alles Wissenswerte zum Lebensmittel Nr. 1“. Überarbeitet und neu aufgelegt: „Regenwasser nutzen“.

### **Fachübergreifend:**

- Gemeinsam mit "die umweltberatung" Österreich wird die Monatszeitschrift "**die neue UMWELT**" – Zeitung für Umweltschutz und Lebensqualität herausgegeben.
- Gemeinsam mit "die umweltberatung" Österreich: Tagung zum **thema:umwelt** – neue Trends im Umweltbereich im Oktober 2001 in Wien.
- **Projekt „33 Ideen für die Umwelt“** – Gemeinsame Aktion mit LAK und ORF NÖ: Ideen und Tipps zum praktischen Umweltschutz gesammelt, TV-Spots, Vorträge, Aktionstage und Broschüre im Rahmenprogramm.
- In allen Büros wird selbstverständlich Wert auf **ökologische Beschaffung**, Mülltrennung, ethische und umweltfreundliche Produkte etc gelegt, alle Druckwerke auf Umweltschutzpapier und mit Pflanzenfarben gedruckt etc.
- 2001 wurde "**die umweltberatung**" NÖ **15 Jahre** alt! In diesem „**Jubiläumjahr**“ besuchten 93.869 Personen in NÖ einen Vortrag, eine Exkursion oder ein Seminar von "**die umweltberatung**". Zusätzlich nahmen 32.612 KundInnen das Angebot einer persönlichen Beratung in Anspruch, allein zum Thema „Natur im Garten“ gab es ca. 19.000 Anfragen. Insgesamt sind das über 125.000 Kundenkontakte!

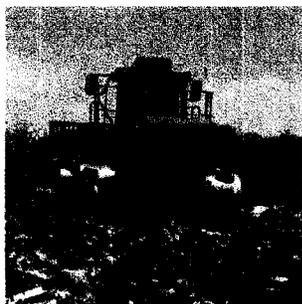
# **NÖ UMWELTSCHUTZANSTALT**

## **Bereich Abfallwirtschaft**

Durch den Betrieb von 5 Deponien und 2 Restmüllbehandlungsanlagen bzw. Umladestationen kann den Gemeinden auf Vertragsdauer die absolute Entsorgungssicherheit garantiert werden. Die NUA betreibt in Purgstall eine Sickerwasserreinigungsanlage, die monatlich 2.000m<sup>3</sup> Sickerwasser nahezu 100%ig reinigt. An den Standorten Pöchlarn, Krems, Hohenruppersdorf und Horn wird seit Jahren erfolgreich Bioabfall und Klärschlamm zu Kompost verarbeitet.

## **Abfallwirtschaft**

In der Abfallwirtschaft war und ist es das Ziel der NUA, ihre Deponien nach dem Stand der Technik zu errichten bzw. anzupassen (unter Erfüllung aller Gesetze, Verordnungen und Auflagen). Die NUA war und ist in der Lage, die Entsorgungssicherheit für ihre Vertragspartner zu gewährleisten. Die Kapazitäten der bestehenden Anlagen reichen bis ins nächste Jahrzehnt hinaus. Die NUA betreibt derzeit 5 Restmülldeponien in NÖ. In den letzten Jahren wurden einige Deponien verfüllt und geschlossen. Trotzdem wird es für die Kunden der NUA zu



keinen langen Anlieferungswegen kommen. Zum Beispiel werden in Pöchlarn und Traiskirchen Umladestationen betrieben, um die Transportwege zu optimieren.

Auch bereits verfüllte Deponien werden von der NUA mit besonderer Sorgfalt betreut. Die Oberfläche wird abgedeckt und abgedichtet. Rekultivierungsmaßnahmen machen aus einer Müllschüttung einen grünen Hügel. Die Nachsorge sieht regelmäßige Kontrollen stillgelegter Deponien vor. Sie umfasst die Überprüfung der Oberflächendichtheit (Gas - wie auch Wasserdichtheit), Kontrolle des Sickerwassers, der Entgasungsanlage und des umgebenden Grundwassers, sowie die Überprüfung der technischen Anlagenteile auf ihre Funktion.

Die NUA betreibt auch weiterhin eine Sortieranlage für Altstoffe aus kommunaler und gewerblicher Sammlung, drei Biomüllkompostieranlagen und eine Sickerwasserreinigungsanlage. In der Anlage Horn kann auch Klärschlamm verwertet werden.

Seit 1999 sind Versuche unter wissenschaftlicher Begleitung vom Institut für Abfallwirtschaft an der Universität für Bodenkultur zur Herstellung eines Oberflächensystems auf Kompostbasis im Gange. Die äußerst erfolgreich verlaufenden Untersuchungen konzentrieren sich auf den Wasserhaushalt und die Methanoxidation des Abfallkörpers und der Oberfläche.

Die NUA ist im Bereich Abfallwirtschaft in der Zentrale und an den Anlagen Hohenruppersdorf, Ameis, Pöchlarn und St. Valentin nach EN/ISO 14.001 und als Entsorgungsfachbetrieb zertifiziert.

## **Bereich Untersuchungsanstalten**

Die Untersuchungsanstalten arbeiten auf einem sehr breit gestreuten Gebiet der Umwelttechnik und Umweltanalytik. Dazu bedarf es erstklassiger Labors mit gut geschultem Fachpersonal. Die NUA investiert laufend in Maschinen und Geräte und

in die Weiterbildung ihres Personals. Die Kapazitäten an Infrastruktur und Personal ermöglichen den Untersuchungsanstalten Flexibilität und rasche Auftragsabwicklung.

## **Wasserreinhaltung und Trinkwasser**



Die autorisierte Untersuchungsanstalt für Trinkwasser bearbeitete im Jahr 2001 über 7000 Proben zum Schutze der Gesundheit der Bürger Niederösterreichs.

Als akkreditierte Versuchsanstalt für Wasserchemie hat die Abteilung Wasserreinhaltung die Fähigkeit und Befugnis, Trink- und Heilwasser, Grundwasser, sowie Badewasser auf höchstem technischen Niveau zu analysieren.

Auch von Mitarbeitern der NÖ Umweltberatung gezogene und überbrachte Proben werden seit Mitte des Jahres in den Labors der NUA auf ihre Wasserqualität untersucht.

EDV-technisch wurde an der Entwicklung und Einführung eines Laborinformationssystems (LIMS) gearbeitet, das unter anderem die Archivierung sämtlicher Labordaten und auftragsrelevante Angaben verarbeiten und verknüpfen kann. Dadurch wird die rasche Auftragsabwicklung gewährleistet.

## **Abfall - und Abwasseranalytik**

Die als Prüf- und Überwachungsanstalt akkreditierte Abteilung Abfall- und Abwasseranalytik der NÖ Umweltschutzanstalt beschäftigt sich vor allem mit der Fremdüberwachung von Kläranlagen, der Überprüfung der Gewässergüte Niederösterreichs, sowie der Durchführung von Gesamtbeurteilungen und Gutachten zur Ausstufung von Abfällen.

Auch auf internationaler Ebene ist das Knowhow dieser Abteilung gefragt. Im Jahr 2001 wurde ein wichtiges Projekt auf dem Gebiet der Validierung von europäischen Normen in der Abfallanalytik unter Mitarbeit der NUA abgeschlossen.

## **Abteilung Luftreinhaltung**

Die akkreditierte Prüf- und Überwachungsanstalt für Luftreinhaltung befasst sich mit den Bereichen Außenluftqualität, Abgasemissionsfragen, Innenraumluft, Bodengase, Gerüche und Stäube.

Ein Gebiet, das in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut wurde, ist die Immissionsmesstechnik. Der Containerbestand ist seit 1999 von 4 auf nunmehr 11 ausgerüstete Immissionsmessstellen gewachsen. Weiterhin wurde die Mehrzahl der Immissionsmesscontainer mit einer ONLINE-Fernübertragungseinrichtung über Mobiltelefon ausgerüstet, so dass nun eine Fernüberwachung der Immissionssituation und der Gerätefunktionen möglich ist.

Gemessen wird in ganz Österreich und – im industriellen Bereich – auch im benachbarten Ausland (Deutschland, CZ, HR, I).

Als einer der Schwerpunkte der Prüfanstalt für Luftreinhaltung hat sich in den letzten Jahren der Bereich der Entsorgungswirtschaft herauskristallisiert, wo inzwischen umfangreiche Daten über Emissionen aus Abfallbehandlungsanlagen, Deponien, Kompostieranlagen, Kläranlagen und Kanalsystemen gewonnen werden konnten. Die in diesem Bereich gewonnene Erfahrung bewirkt als Nebeneffekt eine besondere Kompetenz im Erstellen von Emissionsanalysen und Emissionsprognosen für

Anlagen aus dem Bereich der Entsorgungswirtschaft. Dort spielen diffuse und somit schwer quantifizierbare Emissionen eine erhebliche Rolle.

Der Bereich gewerblicher Strahlenschutz wurde 2001 in die Abteilung eingegliedert.

## **Lärmschutz**



Hauptaufgaben der Prüfanstalt für Lärmschutz sind Untersuchungen von Lärmbelastungen in der Nachbarschaft (vor der Errichtung von Betrieben oder Verkehrsträgern). Daneben haben auch Messungen nach dem Mineralrohstoffgesetz (MinRoG) stark an Bedeutung zugenommen.

Bei diesen Aufgaben und auch in den anderen Bereichen des Lärmschutzes hilft ein neues 3D-Simulations-Programm. Dadurch können Schallausbreitungsprognosen auch bei sehr komplexen Geländeformationen rasch und präzise erstellt werden.

## **ABTEILUNG RAUMORDNUNG UND REGIONALPOLITIK (RU2)**

Im Zuge der Erstellung und Änderung Örtlicher Raumordnungsprogramme gilt es für die Abteilung – als fachlich zuständige Stelle – auch die Einhaltung der Schutzbestimmungen gemäß Vogelschutz- bzw. Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (NATURA 2000) zu überprüfen. Diesbezüglich erfolgte auch eine Adaption des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976, LGBl.Nr. 8000.

Bei der Erarbeitung regionaler Raumordnungsprogramme (zuletzt Regionales Raumordnungsprogramm NÖ Mitte, LGBl.Nr. 8000/76) werden ebenfalls Umweltschutzaspekte besonders berücksichtigt. So werden etwa basierend auf landschaftsplanerischen Fachbeiträgen regionale Grünzonen und erhaltenswerte Landschaftsteile ausgewiesen. Weiters werden diese Programme auf ihre Wirkung bezüglich NATURA 2000-Schutzgebieten überprüft.

Nach dem NÖ ROG ist VOR der Widmung von Flächen für bestimmte Projekte (in der Regel Großprojekte, jedenfalls aber für Einkaufs- und Fachmarktzentren) eine Raumverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Die Raumverträglichkeitsprüfung soll umfassend und komplex die Auswirkungen der Verwirklichung eines Vorhabens auf die Raumstruktur im Lichte der Raumordnungsziele und der darin zum Ausdruck kommenden Umweltschutzabsichten überprüfen. Die fehlende oder nicht nachgewiesene Raumverträglichkeit führt dazu, dass Flächenwidmungen mit absehbaren Unverträglichkeiten von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt werden können. In der Novelle vom Dezember 2001 wurde vom niederösterreichischen Landtag eine Verordnungsermächtigung zur genauen Regelung der Inhalte einer Raumverträglichkeitsprüfung im NÖ ROG verankert.

# ABTEILUNG UMWELTWIRTSCHAFT UND RAUMORDNUNGSFÖRDERUNG (RU 3)



Die nachhaltige Sicherung und der Schutz unserer Umwelt ist ein wesentlicher Faktor zur Sicherung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Stabilität in Niederösterreich.

Eine wesentliche Aufgabe der Abteilung ist es daher, einen nachhaltigen Lebensstil in der Bevölkerung und den Gemeinden, aber auch als integratives Element in den Fachbereichen des Amtes der NÖ Landesregierung, zu verankern.

Im Einzelnen sind für das Jahr 2001 nachfolgende Projekte und Aktivitäten besonders erwähnenswert:

## **Natur im Garten**

### **Ziele:**

- Konkretes Umweltziel – Verringerung des Einsatzes von pro Jahr 3.000 t Mineraldünger, 5.000 t Torf und 70 t Pestizid-Reinwirkstoff in Niederösterreichs 326.000 Gärten und 15.000 ha Grünflächen um 30% bis 2004 /Basis 1999)
- Impulse für naturnahe Gartengestaltung
- Beeinflussung des Kaufverhaltens hin zu standortgerechten Pflanzen und umweltverträglichen Pflegemitteln bewirken

### **Gartentelefon – 02742/74333:**

*Im Jahr 2001 wurden 18.279 Anfragen beantwortet.*

### **Gartenberatung vor Ort:**

*Im Jahr 2001 wurden 2.199 Gestaltungs- und Bewirtschaftungsberatungen durchgeführt.*

**Plakettenvergabe:** *Im Jahr 2001 wurden 816 Plaketten verliehen, immer im Rahmen einer Beratung*

### **Die drei „*Musskriterien*“ für die Auszeichnung mit der Naturgarten-Plakette:**

- keine chemisch-synthetischen Pestizide
- kein Torf zur Bodenverbesserung
- keine leicht löslichen Mineraldünger

### **Gartenbus:**

Im Jahr 2001 58 Einsatztage des erdgasbetriebenen Busses in ganz NÖ.

### **Ratgebermappe:**

Abonnenntenstand mit Jahresende 2001: 27.500

Im Jahr 2001 sind fünf neue Ausgaben erschienen, insgesamt sind bis Ende 2001, 13 Ausgaben erschienen.

### **Bücher:**

- Im Jahr 2000 Gamerith-Buch, Brandstätter-Verlag, Preis ÖS 350,- erste Auflage 5000 Stück bereits ausverkauft
- Buchreihe „*Naturnah gärtnern*“ im Österr. Agrarverlag
- Buch 1: „*Gemüsebau im Hausgarten*“
- Buch 2: „*Bäume, Sträucher, Hecken*“
- Buch 3: „*Selbstgemachtes*“ sind erschienen

### **Studien:**

- NÖ Gartenerhebung 2001 durchgeführt
- Studie „*Bodenzustand und Bodenbewirtschaftung von Hausgärten in NÖ*“ publiziert

### **Spiel-T-Räume:**

Im Jahr 2001 konnten 3 gleichrangige Preisträger (Poysdorf, Wieselburg Land, Rossatz) mit je ATS 250.000.- für die Planung und Umsetzung eines naturnahen Spielraums ausgezeichnet werden.

### **Partnerbetriebe:**

Stand mit Jahresende 2001. 55 Partnerbetriebe (Gärtnereien und Betriebe des Garten- und Landschaftsbaus), Kooperationen mit Innung und Landwirtschaftskammer und Österreichischer Gartenbau Gesellschaft sind ausgehandelt.

### **Diavorträge, Gartenfeste:**

Es wurden 34 Diavorträge „Naturgarten – der sanfte Weg zum Gartenglück“ von Werner Gamerith sowie vier Gartenfeste veranstaltet, bei denen jede Menge Spiel, Spaß und Informationen geboten wurden.

### **Messen**

Insgesamt 23 Tage auf 6 Fachmessen (Tulln, Groß Schönau, Wieselburg, Wr. Neustadt, St. Pölten)

### **Fachtagung:**

„*Ein Garten für die Gesundheit*“ veranstaltet

### **Medienarbeit**

#### **NÖN:**

- Posterkalender-Beilage
- 13 Gartencorner im Großformat

#### **ORF:**

- 10 Beiträge „Der Naturgärtner“ mit Karl Merkatz

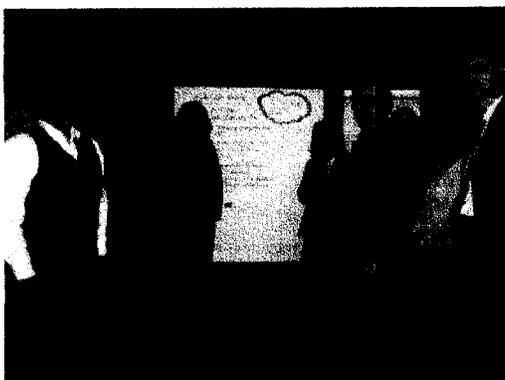
### **Regional- und Fachmedien sowie landesinterne Medien:**

- Ständige Präsenz der Aktion mit Fachartikeln sowie Inseraten

### **Regional- und Ereignispresse:** Mostviertel Basar, LHZ, Mostviertler Anzeiger

## Klimabündnis

- Koordination der Klimabündnis-Aktivitäten des Landes Niederösterreich, Vorsitz des Klimabündnis – Fachbeirates.

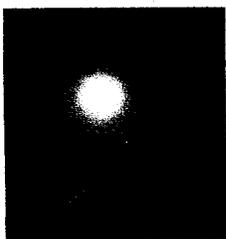


- Erstellung einer Klimabündnisbilanz  
<http://www.noel.gv.at/service/RU/RU3/Klimabuendnis/KBMaterial.htm>
- Leitung des Klimabündnis – Projektteams, fungierend als Informations- und Lenkungsrichtung für die Aktion „Klimabündnis in Niederösterreich“ mit den NGOs „Klimabündnis Niederösterreich“, „Südwind“ und „die umweltberatung“.
- Leitung des Klimabündnis-Arbeitskreises Entwicklungspolitik.
- Veranstaltungsreihe „Entwicklungspolitische Impulstage“,
- Mitarbeit im Klimabündnis-Arbeitskreis Land- und Forstwirtschaft, und Projektmanagement dessen Projektes



- „Klimabündnis, Schule und Region“, ein Projekt für Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren, zur kreativen, eigenständigen Realisierung von nachhaltigen Projekten in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden und regionaler Wirtschaft.  
<http://www.noel.gv.at/service/RU/RU3/Klimabuendnis/SchuleRegionIndex.htm>

- Ausstellung „Wir machen gutes Klima“  
<http://www.noel.gv.at/service/RU/RU3/Klimabuendnis/KBMaterial.htm>
- Neuauflage und Aktualisierung der Broschüre „-50% CO<sub>2</sub>, wir geben den Anstoß“
- Abwicklung der NÖ Sonderförderung für klimarelevante Projekte in Klimabündnisgemeinden.
- „Schwerpunkt Klimabündnis Bruck a. d. Leitha – Hainburg – Schwechat“.



Diese Initiative von Landesrat Mag. Sobotka hat mit einem ungestützten Bekanntheitsgrad von 14% die höchsten Wahrnehmungswerte seitens der Bevölkerung (Gallup Untersuchung 2001). Insgesamt wurden 2001 36 Umweltprojekte von den Regionsgemeinden ausgearbeitet, für 25 dieser Projekte konnte eine Landesförderung vergeben werden. 14 Gemeinden traten bis

Jahresende dem Klimabündnis bei.

- **Planungs- und Konzeptphase für den „Europäischen Klimabündnis-Wettbewerb“:**

Die 1.100 Klimabündnisgemeinden in 8 europäischen Staaten werden zu einer Präsentation ihrer besten Umweltprojekte eingeladen und die Siebergemeinden im Herbst 2002 im Rahmen einer Festveranstaltung in St. Pölten ausgezeichnet.

### **Klimabündnis Arbeitskreis Entwicklungspolitik**

Das Besondere am Klimabündnis ist, dass es neben der Umsetzung konkreter umweltpolitischer Ziele, wie der CO<sub>2</sub>-Reduktion, auch entwicklungspolitische Aspekte berücksichtigt.

### **Ziele und Aufgaben**

Im Jahr 1994 wurde daher ein eigener Arbeitskreis „*Entwicklungspolitik*“ geschaffen, der sich aus Vertreter/innen des Landes Niederösterreich und diverser NGOs (z. B. Südwind) zusammensetzt. Die Leitung des Arbeitskreises liegt bei der Abteilung RU3-Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung.

Der Arbeitskreis unterstützt durch gezielte Maßnahmen die Klimabündnisarbeit des Landes Niederösterreich. Zu den Schwerpunktaufgaben gehören Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, um einerseits ein breites Problembewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen und andererseits die Entwicklungszusammenarbeit verstärkt in die Landesverwaltung einzubinden. Zielgruppen sind daher Multiplikatoren/innen, (Klimabündnis)gemeinden, Pädagogen/innen und Landespolitiker/innen.

### **Maßnahmen und Aktivitäten 2001**

- ◆ 4 Entwicklungspolitische Impulstage:
  - 24. – 27. April in Schwechat mit Ausstellung für Schulen „*Eine Reise nach Lateinamerika*“
  - 24. April: Faires Frühstück und Seminar „*Weltsicht entwickeln - Reisen mit Respekt*“ (Zielgruppe: Multiplikatoren, Pädagogen).
  - 8.–11. Mai in Wr. Neustadt (s.o.)
  - 8. Mai: Faires Frühstück und Seminar (s.o.) mit Studenten und Studentinnen aus Bratislava.
- ◆ Aktion „*TransFair Kaffee im NÖ Landhaus*“ 14. – 25. Mai, Verkostung von fairem Kaffee, Fragebogen, Infolder (seit Juni 2002 wird in der NÖ Landhausküche nur noch fair gehandelter Biokaffee ausgeschenkt).
- ◆ Abschluss des Projektes „*Media Watch*“ (eine Analyse zur entwicklungspolitischen Berichterstattung im ORF), Pressekonferenz (12. Juni) und Formierung einer Arbeitsgruppe zur weiteren Umsetzung.
- ◆ Begleitende Öffentlichkeitsarbeit – z. B. regelmäßige Berichte zu entwicklungspolitischen Themen (Schwerpunkt fairer Handel) in der Zeitschrift *Umwelt & Gemeinde*.

## KYOTO

Vertretung des Landes Niederösterreich im Kyoto-Forum, Mitarbeit bei der Erarbeitung der „Strategie Österreichs zur Erreichung des Kyoto-Zieles“.

## NÖ Umweltkonferenz

Planung und Konzeptphase für die NÖ Umweltkonferenz im Oktober 2002, die unter dem Leitmotiv „Gesund leben in Niederösterreich“ stehen wird.

## Jahresumweltbericht 2000

Ausarbeitung des „Jahresumweltberichtes 2000“: Kurzgefasste Zusammenstellung der umweltrelevanten Projekte, Maßnahmen und Tätigkeiten der mit dem Umweltschutz in Niederösterreich befassten Abteilungen und Organisationen.

## Umweltmarktforschung

Repräsentiv – Erhebung der Einstellung der NÖ Bevölkerung zum Umweltschutz im Allgemeinen und zu den NÖ Projekten, Maßnahmen und Aktivitäten im Besonderen. Feststellung von Akzeptanz und Bekanntheitsgrad von Umweltprojekten.

## Umweltpädagogik/-bildung

Schulprojekt „Umwelt macht Schule“ begleitete Umweltprojekte für Volks- und Hauptschulen bzw. AHS Unterstufe und Kindergärten, großer Klimawettbewerb „Klimaspots“, LehrerInnenfortbildung „Klimaspots“ zu den Themen Werbung und Klimabündnis. Murlispektakel 2001 „Die Würmer sind los“ in Waidhofen/Ybbs.



Koordinierung des Programms „Ökologisierung von Schulen“ in NÖ, UmweltBildungsService für Schulen ab der 5. Schulstufe, Ergänzung des Lehrerserviceordners. Unterstützung der Umweltspürnasen in NÖ; Animationsprogramm „Murli kommt in die Schule“, Hörspiel-CDs für die Volksschulen, Kindertheater „Katertag“, Young Reporters - Jugendredaktion in „Umwelt & Gemeinde“, UW-Zeichen für Schulen, Fachausschuß, Klimaspiele für VS mit Umweltmusical, Ökolog-Ordnerserie für den Projektunterricht an VS, Jour-Fixe mit LSR, Gestaltung Projekt „Energiebonus für Schulen“, Projekt „Klimabündnis Schule und Region“ ab 7. Schulstufe, Biojause an Schulen – Pilotprojekt, Wurmkompostkisten in 40 Schulen, neue Ökopädagogiklinie des Landes unter dem Titel „Umwelt macht Schule“-Koordinierung.

## ENCORE

Environment Conference of Regions of Europe; gemeinsame Ländervertretung in der Steuerungsgruppe; Ausstellung und Teilnahme an ENCORE 2001 in Villach.

## Bio-Jause an Niederösterreich's Schulen

In 3 Pilotschulen in Spitz und Krens wurde ein Bio Schulbuffet inklusive Bewusstseinsbildung bei Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen eingerichtet.

## Zeitschrift Umwelt & Gemeinde

Um die umweltpolitischen Ziele des Landes NÖ zu unterstützen und die Bevölkerung verstärkt für Umweltthemen zu sensibilisieren gibt die Abt. RU3 die Zeitschrift

„Umwelt & Gemeinde“ heraus. Zielgruppen sind Gemeinden, Schulen, Kindergärten und alle umweltinteressierten Bürger und Bürgerinnen. Die Zeitschrift wird kostenlos versandt. Die Auflagenhöhe beträgt 29.000 Stück.

Im Jahr 2001 wurden vier Ausgaben (Frühling, Sommer, Herbst, Winter) zu den Schwerpunktthemen „Natur im Garten“, „Wasser“, „Gesunde Ernährung“ und „Abfall“ sowie eine Sonderausgabe zum Thema Verkehr publiziert.

## **Ökomanagement -**

### **Das NÖ Umweltsystem für Wirtschaft und Verwaltung**

Mit Ökomanagement, dem auf einer Initiative der beiden Landesräte Ernest Gabmann und Mag. Wolfgang Sobotka basierenden und im Jahre 1998 ins Leben gerufenen NÖ Umweltsystem, fördert die NÖ Landesregierung die Einführung und Vernetzung von Umweltmanagementsystemen in einer Vielzahl von Betrieben und öffentlichen Einrichtungen (Gemeinden, Behörden, Krankenhäuser etc.).

Ziel dieser Aktivitäten ist ein landesweiter kontinuierlicher Verbesserungsprozess, der Niederösterreich gemäß den Prinzipien der Nachhaltigkeit (Ressourcenschonung, Weiter- bzw. Wiederverwertung etc.) unter die Top Ten-Regionen der EU führen soll.

Folgende Aktivitäten im Rahmen des Ökomanagement wurden bzw. werden 2001/2002 gestartet:

- 3 Workshopreihen für Klimabündnisgemeinden
- 2 Workshopreihen „Ökomanagement für Tourismusbetriebe“
- 4 Workshopreihen „Ökomanagement START“
- Die Einführung von Umweltmanagementsystemen in den Stadtgemeinden Tulln und Mödling und im NÖ Landes-Schwerpunkt Krankenhaus Krems
- Pilotprojekt: HTL St. Pölten (Einführung eines Umweltmanagementsystems)
- Weiters werden in NÖ Betrieben laufend Beratungen durch Mitglieder des Beraterpools mit dem Ziel durchgeführt, eine Zertifizierung nach ISO 14001 bzw. eine Validierung nach EMAS für die Teilnehmer am Ökomanagement zu erreichen.

## **NÖ Abfallwirtschaftskonzept:**

Das gemäß § 4 NÖ Abfallwirtschaftsgesetz erstellte Konzept ist alle drei Jahre fortzuschreiben. Die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes (NÖ AWK 2000) wurde in der Sitzung der NÖ Landesregierung vom 5. September 2000 beschlossen und darauf hin veröffentlicht. Darin werden die Ziele und Maßnahmen der NÖ Abfallwirtschaft und deren Abweichungen vom vorhergehenden Konzept (NÖ AWK 1992) festgeschrieben.

## **NÖ Abfallwirtschaftsbericht 2000**

Aufgrund der Bestimmungen des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes 1992 werden die Abfallwirtschaftsberichte der Gemeinden ausgewertet. Die Berichte beschreiben die abfallwirtschaftliche Situation im jeweiligen vorhergehenden Berichtsjahr, vor allem im Bereich der getrennten Sammlung und auf dem Deponiesektor, sowie abfallwirtschaftliche Mengenentwicklungen. Weitere Angaben beziehen sich auf die Kompostierung biogener Abfälle, auf die Öffentlichkeitsarbeit der NÖ Abfallwirtschaftsverbände sowie auf die Müllgebühren und die Kosten der

Abfallentsorgung. Der Bericht wird vollständig im Internet unter <http://www.noel.gv.at/umwelt/abfall.htm> zum download angeboten.

## **Müllometer**

Der "Müllometer" zieht jährlich einen anschaulichen grafischen Vergleich zwischen abfallwirtschaftlichen Kennzahlen des Vorjahres zwischen den einzelnen NÖ Abfallverbänden, dem Land Niederösterreich und Österreich. Im Rahmen der Abfallwirtschaftsenquete am 30. November 2001, wurden „Müllometerurkunden“ als Dokumentation und Auszeichnung der Leistungen der Verbände überreicht.

## **NÖ Restmüllanalysen 2001/2002**

2001 ist der Auftrag zur Durchführung von Restmüllanalysen erteilt worden. Die Ergebnisse der Analysen sollen u.a. eine Beschreibung des IST-Zustandes und eine Vergleichbarkeit mit den Restmüllanalysen 1994/95 und den Müllanalysen 1998 erzielen. Wesentliche Vorgaben der Analysen sind die bezirksweisen Vergleiche der Restmüllzusammensetzung, die vor allem als Planungsgrundlage für abfallwirtschaftliche Maßnahmen, zugeschnitten auf die notwendigen Umstellungen im Jahr 2004 (VO über die Ablagerung von Abfällen – DeponieVO, BGBl Nr. 164/1996), notwendig sind.

## **Müllanalysen in Wohnhausanlagen**

Forschungsprojekt "Optimierung der getrennten Sammlung in Wohnhausanlagen". Müllanalysen in Wohnhausanlagen haben gezeigt, dass ca. 50–70 Gewichtsprozent des Restmülls bei getrennter Sammlung verwertbar wären. Diese Potentiale sollen durch die im Projekt gewonnenen Erkenntnisse zur Verbesserung der getrennten Sammlung genutzt werden. Ein Maßnahmenkatalog wurde zur Verbesserung der getrennten Sammlung erarbeitet. An dem Projekt beteiligten sich die Verbände Schwechat, Baden, Bruck/Leitha und Tulln. Aufbauend auf den Ergebnissen wurde ein Leitfaden für die Planung und Gestaltung von Altstoffsammelstellen bei Wohnhausanlagen erstellt und versandt.

## **Elektroschrottsammlung (Elektro- Elektronikaltgeräte – EAG)**

Im Jahr 2001 wurde die flächendeckende Elektro- und Elektronikaltgerätesammlung aufgebaut. Ziel ist die Schadstoffentfrachtung, Verwertung, Wiederverwendung bzw. Recycling mit gleichwertigen Behandlungs- und Verwertungsgrundsätzen unter Einhaltung ökologischer Gesichtspunkte. Das vom Land Niederösterreich geförderte Projekt wird 2002 und 2003 fortgesetzt.

## **Sperrmüllkonzept und -projekte**

Als Reaktion auf die Studienergebnisse "Möglichkeiten der Verringerung des Sperrmüllaufkommens in NÖ" 1999 und als Vorarbeit zu einer flächendeckenden Lösung zur Sperrmüllreduktion wurde im Jahr 2001, unterstützt durch die Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung, durch die Gesellschaft VISP-Verwertungsinitiative Sperrmüll/GVU Tulln ein Pilotprojekt zur Sperrmüllsammlung, Schadstoffentfrachtung, Reparatur und Wiederverwendung durchgeführt.

## **Altstoffsammelzentren (ASZ)**

Altstoffsammelzentren stellen einen wesentlichen Bestandteil der abfallwirtschaftlichen Infrastruktur in NÖ dar – z.B. zur Erfassung definierter Abfall/Altstoffgruppen im Bringsystem, zur stationären Problemstoffsammlung sowie als zentraler Faktor für die Abfallöffentlichkeitsarbeit. Daher ist laut NÖ Abfallwirtschaftskonzept 2000 vorgesehen, bis zum Jahr 2004 ein flächendeckendes Angebot von Altstoffsammelzentren für die NÖ BürgerInnen zu schaffen. Die Errichtung von Altstoffsammelzentren wurden/werden für den Zeitraum 2001/2002 (abfallwirtschaftlicher Förderungsschwerpunkt) gefördert.

## **NÖ Kompostaktivitäten**

Neben zahlreichen niederösterreichweiten Aktivitäten und Projekten zur Vermeidung von „Biomüll“ im Hausmüll wurde zudem, unter Federführung der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung, gemeinsam mit dem Land Wien, der ÖGUT, dem Städtebund und der ARGE Donauländer eine Tagung für die Beitrittsländer der MOEL-Staaten, die "Biowaste Conference 15.–17. Mai 2001 in St. Pölten und Wien" zum Thema "Kompostierung von biogenen Abfällen dezentral – flexibel – natürlich – sparsam, vom Dorf zur Großstadt, von der Sammellogistik zur Kompostanwendung", mit Erfolg durchgeführt.

## **Mehrwegwindel-Förderungsprojekt**

Mit dieser gezielten Förderungsaktion soll ein Anreiz für den Ankauf von Mehrwegwindeln geschaffen werden. Konkretes Ziel ist die Reduktion des durch die Einwegwindeln verursachten hohen Hygieneartikel-Restmüllmengenanteiles (beträgt lt. Restmüllanalyse 1994/95 ca. 13 Masse-%, davon Einwegwindeln ca. 8%). Eltern von Wickelkindern erhalten in den Gemeindeämtern Gutscheine, die beim Kauf von Mehrwegwindeln eingelöst werden.

## **Aktion "Sei g'scheit – vermeid'!"**

Zur Abfallvermeidung wurde eine gemeinsame PR-Aktion der NÖ Abfallwirtschaftsverbände, der NÖ Landesregierung und des NÖ Abfallwirtschaftsvereins "Sei g'scheit – vermeid'!" weitergeführt. Ziel dieser Aktion ist es, Vermeidungsmaßnahmen anhand eines Maßnahmenkatalogs durchzuführen. Als Arbeitsschwerpunkt für 2001 wurde das Thema Altelektrogeräte (E-Schrott) öffentlichkeitsarbeitsmäßig aufbereitet. 2002 folgen die Sammlung biogener Materialien und die Altfettsammlung.

## **Schulaktionen: NÖ Wurmkompostsystem und E-Schrott**

Als Ergänzung zu "Sei g'scheit – vermeid'!" wurde im Jahr 2001 die Schulaktion "E-Schrott" - in Zusammenarbeit mit der HBLA Ysper in den NÖ Schulen Musterzerlegungen von E-Schrott durchgeführt. Im Rahmen der Aktion: "Das NÖ Wurmkompostsystem" (Wurmkompostkisten zur Kompostierung im Innenraum) sollen Schüler lernen, Verantwortung für 500 Kompostwürmer für ein Jahr zu übernehmen. Ein Diskussionsforum auf Internetbasis erleichtert den gemeinsamen Ideenaustausch. Diese Aktion wird von Niederösterreich finanziell und organisatorisch unterstützt (Umweltlandesratbüro, Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung) und ist in 57 Schulen umgesetzt. Die beiden Aktionen sollen im Jahr 2002 weitergeführt werden.

## **NÖ Wegweiser zum Reparieren, Verleihen und Secondhandkauf**

Um die Aktivitäten im Bereich der Abfallvermeidung weiter zu forcieren, wurde für das Land Niederösterreich ein Nachschlagewerk mit Adressen und Konsumententipps ausgearbeitet. Dieses Nachschlagewerk soll anregen, wieder mehr zu reparieren, Sachen wiederzuverwenden, eventuell nur auszuleihen oder zu tauschen. Adressen und Tipps sind auf der Niederösterreich-Homepage unter <http://www.noel.gv.at/umwelt/abfall.htm> zu finden. Die Adressen und Tipps wurden auch in Form von Broschüren im Frühjahr 2000 zur Verfügung gestellt.

## **Strukturoptimierung der Niederösterreichischen Abfallwirtschaft**

Mit dem Aufzeigen der Möglichkeiten zur Erreichung einer flächendeckenden Verbände- und Leistungsstruktur, siehe Studie "Strukturoptimierung der Niederösterreichischen Abfallwirtschaft" 2000, wurden im Jahr 2001 entsprechende Umsetzungsmaßnahmen erarbeitet und umgesetzt. Schwerpunkt dabei waren die Bestrebungen zur Integration von Nichtverbandsgemeinden in die Strukturlandschaft der NÖ Abfallwirtschaft und das Festschreiben von Leistungsanforderungen und Kontrollinstrumenten zur Leistungsmessung für die NÖ Abfallwirtschaftsverbände.

## **NÖ Umwelttelefon 02742/9005-15214**

Im Jahre 2001 wurde das NÖ Abfall- und Komposttelefon mit dem NÖ Bestelltelefon zum NÖ Umwelttelefon zusammengelegt und steht allen Umweltinteressenten als Informationsstelle zur Verfügung.

## **ABTEILUNG UMWELTRECHT (RU 4)**

Die Hauptaufgabe der Abteilung Umweltrecht lag bei der Vollziehung verschiedener Umweltrechtsvorschriften. Die Schwerpunkte lagen dabei in den Bereichen

### **Abfallwirtschaftsgesetz**

- Genehmigung und Überwachung von Deponien und sonstigen Abfallbehandlungsanlagen
- Erfassung und Dokumentation des Abfallflusses gefährlicher Abfälle
- Zulassung und Überprüfung von Sammlern und Behandlern gefährlicher Abfälle
- Schwerpunktmäßige Überprüfungen bei Abfallbesitzern über Art, Menge und Verbleib von Abfällen einschließlich der Einhaltung der Melde- und Aufzeichnungspflichten

Im Jahr 2001 wurde von Niederösterreich auch die jährliche gesamtösterreichische Tagung der Abfallrechtsreferenten organisiert und in Warth bei Rabenstein abgehalten.

Darüber hinaus waren auf Expertenebene Vertreter NÖs auch bei verschiedenen legislativen Vorhaben des Bundes, insbesondere den Arbeiten zum Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002) und zum Umweltmanagementgesetz (UMG) tätig.

### **Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz**

- Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Genehmigungsverfahren für verschiedene Großprojekte (Hubschrauberlandeplätze, Rohrleitungsanlagen u.a.)
- Überprüfung und Überwachung bestehender Anlagen

Weitere Schwerpunkte bildeten Aufgaben im Rahmen des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes 1992, des Chemikalienrechtes, des Bundesgesetzes über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, des Umweltinformationsgesetzes und des NÖ Umweltschutzgesetzes.

Im Rahmen des auf Grundlage des Ozongesetzes erstellten ozongesetzlichen Maßnahmenplanes für Wien, NÖ und Burgenland wurde für die Information und Bewusstseinsbildung der Schülerinnen und Schüler eine eigene CD-ROM erstellt. Außerdem wurde für die Bürgerinnen und Bürger der Ozonfolder 2001 aufgelegt.

Hinsichtlich der Umsetzung der „NEC-Richtlinie“ wurden Expertengespräche mit den Bundesländern Wien und Burgenland sowie mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft geführt.

Arbeitsschwerpunkte auf EU-Ebene lagen in der Mitarbeit bei Entwürfen für verschiedene umweltrelevante Rechtsakte, vor allem hinsichtlich der strategischen Umweltprüfung und der Richtlinien über Umweltinformation, der Vorbereitung der EURO-Umstellung, der Koordination der Länderinteressen für den Umweltbereich im Hinblick auf die EU-Erweiterung, der Mitarbeit bei verschiedenen Programmen bzw. Projekten, insbesondere im Netzwerk IMPEL sowie bei fachlichen Beiträgen für die

Abwicklung des Schriftverkehrs im Zusammenhang mit Vertragsverletzungsverfahren.

Die seit Jahren bestehenden internationalen Kontakte wurden – insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Osterweiterung der EU – vertieft und weiter ausgebaut. Vor allem wurde die Zusammenarbeit mit der Slowakei auf der Ebene gemeinsamer Umweltprojekte – z.T. gefördert von der EU (INTERREG III/PHARE CBC) – verstärkt.

## ABTEILUNG NATURSCHUTZ (RU 5)



### Naturparke

- Der Beirat des Verbandes der Naturparke Österreichs (VNÖ) setzt Schwerpunkt auf Naturschutz und Bildung.
- Das Naturparkbeschäftigungsprojekt schafft Arbeitsplätze für Naturparkführer.
- Die Aktion Wanderpass 2001 sorgt für reges Besucherinteresse in den 22 Niederösterreichischen Naturparken.
- Der größte Naturpark Niederösterreichs - Ötscher-Tormauer wird auf Gemeindegebiet von Mitterbach und Annaberg erweitert.
- Fertigstellung eines naturschutzfachlichen Anforderungsprofils an Naturparke.
- Vorsitz des internationalen CIPRA-Ausschusses „Alpine Naturparke“.

### LIFE-Projekte

- Im Bären- und Urwaldareal „Wildnisgebiet Dürrenstein“ wird das Projekt planmäßig abgeschlossen.
- Zubringerflüsse der Donau werden für das „Lebensraum Huchen“ – Projekt adaptiert
- Die Ausstellung „Vom Winde verweht“ in Schloss Niederweiden beleuchtet das Projekt „Pannonische Sanddünen“ publikumswirksam.
- Für das Europadiplom- und Welterbegebiet Wachau wird ein Managementprojekt vorbereitet.

### Interreg-Projekte:

- Fördertechnische Abwicklung und Endmonitoring von 7 Projekten, die aus Naturschutz- oder Lafomitteln kofinanziert wurden.

### Natura 2000

- Infodienst mit Veranstaltungen und tel. u. schriftl. Anfragebeantwortungen
- Betreuung des Abschlusses der Kartierungsarbeiten in den nominierten Natura 2000-Gebieten
- Teilnahme am 3. Alpinen Biogeographischen Seminar in Brüssel
- Das Steinfeld wird als Natura 2000-Gebiet nominiert

## Legistik

- Die Vorbereitung auf den Euro machte die Überarbeitung der Währungspassagen in legistischen Texten notwendig.

## Juristischer Dienst

- Berufungen nach dem NÖ NSchG 2000 (Werbeanlagen, Sendemasten, Erdbewegungen, Vorhaben im LSG, Wohnwagen im Grünland etc.)
- Bewilligungen nach dem NÖ Nationalparkgesetz (§5, §6)
- Bewilligungen und Kontrollen nach dem NÖ NSchG 2000 (§11, §20)
- Rechtsauskünfte gemäß Washingtoner Artenschutzübereinkommen (WA), Artenhandelsgesetz (ArHG) und EG-Verordnung Nr. 1808/2001 zum Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten.
- Entschädigungsübereinkommen nach dem NÖ NSchG 2000 §§ 23 u. 30

## Ländliche Entwicklung/ÖPUL

- Fördertechnische Abwicklung, Kontrolle und Koordination von 80 Naturschutzprojekten der Förderschiene "*Ländliche Entwicklung, Naturschutzmaßnahmen*".
- Im Rahmen des Umweltprogrammes Örtliche Entwicklung werden 20.214 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Gesamtfläche von 25.230,67 ha betreut. Insgesamt wurden dafür € 10.227.970,94 (ATS 140.739.948,50,-) Fördergelder aufgewendet.

## LAFO

- Abwicklung und Betreuung von 25 LAFO/Naturschutzprojekten (exkl. Projekte Ländl. Entwicklung); Koordination der gesamten Artenschutz/Gemeinde-Projekte
- Fachliche Beurteilung der eingereichten Projekte, Organisation, Betreuung und Durchführung von Beratungen, Betreuung einzelner landesweiter Naturschutzaktionen (Kulturlandschaftsprogramm, Baumschutzprogramm, Natur vor der Haustüre, Regionale Gehölzvermehrung, Streuobstprogramm, Heckenmarkt), Organisation und Leitung projekt- oder aktionsbezogener Öffentlichkeitsarbeit (Seminare, Workshops, Exkursionen).

## Artenschutz

- Betreuung der Artenschutzprojekte Fischotter, Biber, Bär, Birkhuhn, Raubwürger, Luchs, Großtrappe, Kreuzenzian - Ameisenbläuling, etc.
- Gemeinsame Leitung bzw. Mitwirkung bei den landesintern eingerichteten Arbeitsgruppen Kormoran und Fischotter
  - - rund 600 Anträgen für Ein- u. Ausfuhren sowie Nachzuchten von meist exotischen Tieren

- - rund 50 Anträgen betreffend Einfuhr von Jagdtrophäen für Tiere
- - rund 900 Einfuhrbewilligungen von artengeschützten Pflanzen (Orchideen, Kakteen, Wolfsmilchgewächsen) gemäß WA, ArTHG, EG 1808/2001 wurden begutachtet.
- Teichwirten werden Fischotterschäden ersetzt.

## **Schutzgebiete**

- In Naturschutzgebieten, Landschaftsschutzgebieten, Naturparken und bei Naturdenkmälern wurden die laufenden Arbeiten wie etwa Beschilderung, Instandsetzung von Anlagen, Überprüfung der Auflagen etc. erledigt.
- Ausarbeitung, Betreuung, Umsetzung und Monitoring von Pflege- und Managementprojekten im Bereich Wachau, Hundsheimer Berge, Alpenostrand, Weinviertel
- Im NSG Eichkogel, einem außergewöhnlichen Trockenrasenkomplex wurden intensive Pflegemaßnahmen durchgeführt.

## **Nationalparks**

- Abschluss der Entschädigungsverfahren zum NP Thayatal
- Der Managementplan, der als langfristige Arbeitsgrundlage der NP-Verwaltung-Thayatal dient, wurde abgeschlossen.

## **Tierschutz**

- Mit der Novelle der Verordnung über den Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen wurde der Legehennenrichtlinie der EU Rechnung getragen.

## **Öffentlichkeitsarbeit**

- Naturparketagung 2001;
- Wanderpassaktion in den niederösterreichischen Naturparken mit Wander-nadelverleihung
- Erarbeitung von Fach-Broschüren, -Foldern, -Tagungen, Pressekonferenzen, etc.
- Herausgabe der Zeitung NATUR 5x im Jahr

## **ABTEILUNG VERKEHRSRECHT (RU 6)**

In den von ha. geführten Verfahren werden die Belange des Umweltschutzes durch die im jeweiligen Verfahren beizuziehenden Sachverständigen wahrgenommen.

### **Beispielhaft können folgende Verfahren genannt werden:**

- Eisenbahnrechtliche Baugenehmigung für die Errichtung eines technischen Kreuzungsschutzes in Auersthal, ÖBB-Strecke Stammersdorf – Groß Schweinbarth, Eisenbahnkreuzung in km 21,136:

- Diese Eisenbahnkreuzung war ursprünglich gemäß § 6 Eisenbahnkreuzungsverordnung durch Abgabe akustischer Signale gesichert. Aufgrund der Unfallhäufigkeit und der erheblichen Lärmbelastung durch die Pfeifsignale wurde ein Verfahren zur Errichtung einer Lichtzeichenanlage durchgeführt und damit die Lärmbelastung wesentlich verringert.

- Die Richtlinie 96/96/EU verlangt von Mitgliedstaaten wie Österreich, die im Hinblick auf die wiederkehrende Begutachtung von Kraftfahrzeugen ein privat organisiertes Überwachungssystem haben, bezüglich der gem. § 57a KFG 1967 ermächtigten Betriebe ein Qualitätskontrollsystem.

Da ein System einer periodischen Kontrolle sämtlicher nach § 57a KFG 1967 ermächtigter Betriebe nicht laufend durchgeführt werden kann, wurde per Erlass folgende Vorgangsweise festgelegt:

Stichprobenprüfung von 1 % der sich im Verkehr befindenden Fahrzeuge vor Ort (§ 58 KFG 1967 )

Zusätzliche Vorladung von etwa 8 % der Fahrzeuge mit einem Alter zwischen 12 und 20 Jahren (§ 56 Abs.1a KFG 1967)

Hinsichtlich der Anzahl der für die Vorladung vorgesehenen Fahrzeuge wurde in Abstimmung mit der Abteilung Technische Kraftfahrzeugangelegenheiten eine Gesamtzahl von 20.000 Altfahrzeugen, diese entsprechen etwa 7,8 % des Altabbestandes in Niederösterreich, festgelegt.

Dadurch werden alle Kraftfahrzeuge und Anhänger dahingehend überprüft, ob mit ihnen nicht mehr Lärm, Rauch, übler Geruch oder schädliche Luftverunreinigungen als bei ordnungsgemäßem Zustand und sachgemäßem Betrieb unvermeidlich ist, verursacht werden.

## ABTEILUNG GESAMTVERKEHRSANGELEGENHEITEN (RU7)

Ausgehend von 1990 war 2000 in der Verkehrsleistung des Personenverkehrs ein 15%iger Zuwachs beim motorisierten Individualverkehr (MIV) zu verzeichnen. Bis zum Jahr 2011 wäre ohne Reduktionsmaßnahmen eine weitere Steigerung von 18% gegenüber 2000 zu erwarten. Der Güterverkehr wird im selben Zeitraum um ca. 27% steigen.

Die verkehrsbedingten Luftschadstoffe würden verglichen mit dem Jahr 2000 ohne fahrzeugbezogene Verbesserungen und verkehrliche Maßnahmen bis 2011 um den Faktor 2,5 bezüglich Kohlenwasserstoffe und um den Faktor 1,8 bezüglich Stickstoffoxiden anwachsen. Die CO<sub>2</sub>-Belastung würde im selben Zeitraum um ca. 20% zunehmen.

Dieser Entwicklung wird einerseits durch laufende Verbesserungen auf dem Gebiet der Motorentechnik und andererseits durch verkehrliche Maßnahmen entgegengewirkt. Dabei spielt das NÖ Landesverkehrskonzept (NÖ LVK) auf dem verkehrlichen Sektor mit seinem Leitbild „Verkehr Vermeiden – Verlagern – Verbessern und Fördern“ eine wesentliche Rolle.

Dieses Leitbild wurde in den bisher vorliegenden Fassungen des NÖ LVK (1991, 1997, Ergänzung 2000) fortgeschrieben und in sachlich- inhaltlicher und räumlicher Hinsicht konkretisiert. Die sachlich- inhaltliche Differenzierung bezieht in verkehrsträgerübergreifender Sichtweise die Bereiche Gesellschaft, Raumordnung, Wirtschaft, Energie, Umwelt, Gesundheit und rechtliche Aspekte ein, die räumliche Differenzierung berücksichtigt regionale, überregionale und internationale Beziehungen und Verkehrsströme in der Weiterentwicklung des Gesamtverkehrsnetzes. Da der Umsetzung übergeordneter verkehrspolitischer Grundsätze im eigenen Wirkungsbereich des Landes Grenzen gesetzt sind, dient das NÖ LVK und seine nachweisbaren positiven Auswirkungen auch als fachlich fundierte Grundlage zur Durchsetzung verkehrspolitischer Anliegen gegenüber dem Bund und auch der Europäischen Union.

Konkret werden durch die verkehrlichen Strategien und die geplante Weiterentwicklung des Verkehrswegenetzes gemeinsam mit der heute absehbaren technischen Entwicklung auf dem Verkehrssektor für den Zeitraum bis 2010 (bezogen auf das Jahr 2000) folgende positive Effekte angestrebt:

- Reduktion der Verkehrszunahme von 18% auf 12%;
- Erhöhung des Schienenverkehrsanteiles im Güterverkehr um 5%;
- Zunahme der Verkehrsleistung des ÖV um 8%;

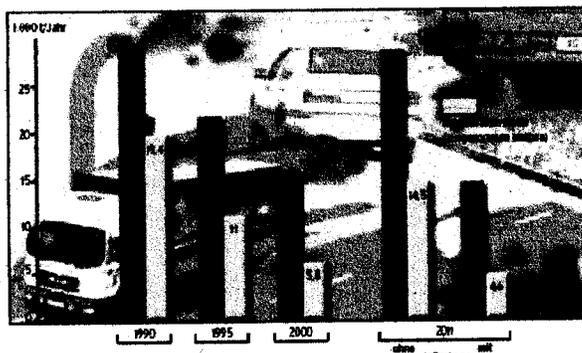


Abb. 1: Entwicklung der Stickstoffoxid- und Kohlenwasserstoff-Emissionen im NÖ Straßenverkehr  
Quelle: „10 Jahre NÖ Landesverkehrskonzept“, 2001

- Reduktion der Luftschadstoffe Kohlenwasserstoffe und Stickstoffoxide um 21% bzw. 8%;
- Abnahme der CO<sub>2</sub>-Belastung um ca. 8%.

### **Beispiele umweltrelevanter Projekte aus dem NÖ LVK**

**Verkehrsspargemeinde:** In der Projektstadt Langenlois wird über 4 Jahre mit bewusstseinsbildenden Maßnahmen versucht, die Anteile des Radfahrens und Gehens in der Gemeinde zu steigern. Die Pkw- Anteile im Binnenverkehr sollen im Gegenzug verringert werden. Bereits nach der Projekthalbzeit (nach 2 Jahren) im Jahr 2000 ergaben die Maßnahmen (Radfahrer werden fotografiert, Nahkaufinitiative, Einkaufen mit dem Rad usw.) einen Zuwachs von 6% bei den Radfahrenden und 3% bei den Zu Fuß- Gehenden. Eine Reduktion von 7% bei Pkw- Fahrten (Lenker) konnte ebenso festgestellt werden. 5% können je Werktag an CO<sub>2</sub>- Schadstoffen eingespart werden, die Stickoxid- Emissionen können je Werktag um 17% und die Kohlenwasserstoff- Emissionen je Werktag um 21% reduziert werden. Das Projekt Verkehrsspargemeinde verspricht bei landesweiter Umsetzung des Verkehrssparens eine spürbare Verschiebung der Anteile des Straßenverkehrs hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln und eine messbare Entlastung bei Emissionen. Damit das Erreichen dieses Zieles in den Gemeinden möglich oder erleichtert wird, erstellt die Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten derzeit ein Handbuch zum „Verkehr sparen“.

**Park-and-Ride-System:** Ziel des NÖ Park-and-Ride-Ausbauprogrammes ist es, den niederösterreichischen Pendlern an ihrem nächstgelegenen Bahnhof einen kostenfreien Stellplatz, der festgelegten Qualitätskriterien entspricht, zu bieten und so zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu animieren.

Die erste Park und Ride- Anlage in Niederösterreich wurde bereits 1978 fertiggestellt (Gänserndorf). Der gesamte Ausbaubedarf wurde erstmals für das NÖ Landesverkehrskonzept 1991 erhoben. Mittlerweile stehen entlang aller Bahnlinien in Niederösterreich rund 25.000 Pkw- Stellplätze und 18.000 Zweiradstellplätze zur Verfügung. Seit der 1994 mit dem Bund abgeschlossenen Rahmenvereinbarung übernimmt das Land Niederösterreich zwischen 35% und 45% der Errichtungskosten. Im Laufe des Jahres 2002 erfolgt der Baubeginn bzw. die Fertigstellung weiterer 2.500 PKW-Stellplätze und 1.000 Zweirad-Stellplätze. In Planung befinden sich weitere 4.500 PKW-Stellplätze.

**Bahnlärmschutz:** Für den Bereich Schienenverkehr existiert seit 1999 das NÖ Lärmschutzprogramm, das die schalltechnische Sanierung der Eisenbahn-Bestandsstrecken durch Land, Bund und betroffene Gemeinden zum Ziel hat. Nach dem Schienenverkehrslärmkataster, der die Grundlage für das NÖ Lärmschutzprogramm darstellt, sind in 138 Gemeinden rund 51.000 Einwohner von Bahnlärm stark betroffen. Um die Wohnqualität der Betroffenen zu heben und das verkehrspolitische Ziel der Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene raum- und umweltverträglich zu gestalten, ist die Errichtung von 250 km Lärmschutzwänden und 15.000 Lärmschutzfenster nötig. Die Kosten für die Planung und Errichtung der Lärmschutzmaßnahmen werden in den nächsten 15 bis 20 Jahren ca. € 180 Mio. betragen. Die Umsetzung des NÖ Lärmschutzprogramms basiert auf einer Prioritätenreihung, die gewährleistet, dass Lärmschutzmaßnahmen vorrangig in besonders betroffenen Gemeinden errichtet werden. Derzeit ist in drei Gemeinden der Lärmschutz errichtet, in einer Gemeinde ist er in Bau, in fünf Gemeinden soll kurzfristig mit dem Bau begonnen werden, in fünf Gemeinden werden

Lärmschutzplanungen durchgeführt und in zehn weiteren Gemeinden soll kurzfristig mit den Planungsvorbereitungen begonnen werden.

**Mediationsverfahren Flughafen Schwechat:** Die weitere raum- und umweltverträgliche Entwicklung des Flughafen Schwechat wird derzeit im Rahmen eines Mediationsverfahrens aufbereitet, bei dem die bestehende und zukünftig zu erwartende Lärmbelastung naturgemäß im Vordergrund steht.

# NÖ AGRARBEZIRKSBEHÖRDE

## 1. Hoheitsverwaltung

Die Tätigkeiten der Behörde im Rahmen der Bodenreform umschließen auch Maßnahmen des Umweltschutzes. Im Zuge der Neugestaltung der landwirtschaftlichen Flur werden auch landschaftsgestaltende Maßnahmen gesetzt, die positive Wirkungen auf Wind- und Wassererosion, Wasserrückhalt, Landschaftsgliederung und Naturschutz haben. Diese sogenannten „Grünanlagen“ werden mit heimischen Bäumen und Sträuchern bepflanzt.

Im Jahr 2001 wurden in laufenden Zusammenlegungs- und Flurbereinigungsverfahren etwa 60ha solcher neuer Landschaftsstrukturen angelegt.

## 2. Privatwirtschaftsverwaltung

### 2.1 Errichtung von Bodenschutzanlagen

Ein großer Teil der Grünanlagen, die in Agrarverfahren angelegt werden, werden im Rahmen der Förderungsaktion für die Errichtung von Bodenschutzanlagen in NÖ von der Bodenschutzfachabteilung der Agrarbezirksbehörde bepflanzt und bis zur Bestandessicherung gepflegt. Zusätzlich werden auch Anlagen für Gemeinden und private Grundeigentümer errichtet.

Die Windschutzhecken werden ausschließlich mit heimischen und regionaltypischen Laubgehölzen bepflanzt, so dass neben dem Hauptzweck des Bodenschutzes auch Naturschutzziele miterfüllt werden können.

### 2.2 Regionalprogramm Ökopunkte

Im Rahmen des österreichischen Programms zur Förderung einer umweltgerechten Landwirtschaft (ÖPUL) wickelt die Ökologiestelle der Agrarbehörde die Maßnahme Regionalprogramm Ökopunkte ab.

Dabei handelt es sich um ein Förderprogramm, bei dem die Wirtschaftsweise des gesamten Betriebes dokumentiert wird. Die Förderprämie errechnet sich nach dem Grundprinzip, je umweltverträglicher und extensiver die Bewirtschaftung ist, um so höher die Prämie. Neben der Umweltleistung der Betriebe wird auch die Ausstattung der Landschaft honoriert. Je mehr Bäume, Hecken, Obstwiesen, Böschungsraine etc. auf den Wirtschaftsflächen vorhanden sind, um so mehr Ökopunkte und damit Förderung erhält der Betrieb.

Aktuell nehmen ca. 3150 Betriebe mit einer bewirtschafteten Fläche von fast 60.000ha teil.

### 2.3 Landschaftsfonds und ländliche Entwicklung

Die Agrarbezirksbehörde betreut in den Fachbereichen Landschaftsgestaltung und umweltschonende Wirtschaftsweisen zahlreiche Förderprojekte, die vorwiegend der Verbesserung von Landschaftshaushalt und Umwelt, sowie der Erhaltung traditioneller Kulturlandschaften dienen.

Beispielhaft erwähnt sei das Rahmenprojekt „NÖ Alm- und Weideland“, bei dem gemeinschaftlich bewirtschaftete Weideflächen verbessert bzw. wieder nutzbar gemacht werden. Die Förderung dient damit unmittelbar der Erhaltung alten Kulturlandes in den NÖ Berggebieten, die in den letzten Jahren zunehmend von der Verwaldung bedroht sind.

## **ABTEILUNG STRASSENSPEZIALTECHNIK (ST 6)**

In den Straßenmeistereien Ybbs, St. Pölten und Wolkersdorf wurden 2001 die Hackgutfeuerungsanlagen umgebaut.

Die Windkraftanlagen in St. Pölten und Zistersdorf wurden 2001 mittels Bescheid der NÖ Landesregierung als Ökoanlagen anerkannt.

Derzeit werden vom Fachbereich Straßenhochbau (Gebäudetechnik)

- 21 Hackgutheizungen
- 5 Fernwärme- (Biomasse-) Heizungen
- 10 Photovoltaikanlagen
- 37 Warmwasser-Sonnenkollektor-Anlagen
- 14 Wärmepumpenanlagen und
- 2 Windkraftanlagen betreut.

# **ABTEILUNG WASSERRECHT UND SCHIFFFAHRT (WA 1)**

## **Bereich Abwasser:**

- Aufgrund der geänderten Rechtslage intensive Unterstützung der Betreiber von Abwasseranlagen zur Erfassung und Überwachung der Indirekteinleiter.
- Schwerpunktmäßige Erteilung wasserrechtlicher Bewilligungen für Anlagen, die der Anpassung der Oberflächenentwässerung am Flughafen Wien an den Stand der Technik dienen; damit wird eine erhebliche Verringerung der Belastung des Grundwassers erfolgen.
- Laufend Anpassung von Abwasserreinigungsanlagen an den Stand der Technik

## **Bereich Reinwasser:**

- Beginn des Schwerpunktprogrammes „Überprüfung und Adaptierung von Schutz- und Schongebieten bei Wasserversorgungsanlagen“

## **Bereich Altlasten und Verdachtsflächen:**

- Bewilligungsverfahren zur Sicherung und Sanierung von Altablagerungen in den Katastralgemeinden Weitenegg und St. Georgen entlang des Weitenbaches
- Teilkollaudierungsbescheid und Abänderungsbescheid zur wasserrechtlichen Bewilligung für die Sanierung betreffend Altlast „MKE Heidenreichstein“
- Bewilligungsbescheid zur Sicherung und Sanierung der Altlast „Betriebsdeponie Farbenfabrik Habich“
- Bewilligungsverfahren betreffend Entfernung von Altablagerungen aus dem ehemaligen Donaualtarm in Stockerau
- Bewilligungsverfahren zur Sicherung der Altlasten „Gaswerk Baden“ und „Gaswerk Stockerau“
- Überprüfungsverfahren betreffend einer Kontamination in der Marktgemeinde Rabenstein
- Gewässerpolizeilicher Auftrag zur Sanierung der Altlast „Gemeindedeponie Aderklaa“
- Überwachung der bewilligten Sanierung der Altlast „ St. Georgi Stollen“ in Pitten
- Überprüfung der Fertigstellung der bewilligten Sanierung der Altlast „Deponie Waggonreparaturwerkstätte Deutsch Wagram“
- Überprüfung des Sanierungs- / Sicherheitsbescheides für die Altlast „OMV Raffinerie Schwechat“
- Überwachung der bewilligten Sanierung der Altlast „Neunkirchner Schraubenwerke“
- Bewilligungsverfahren zur Räumung von Altablagerungen im Bereich der Trasse der B 301, Tunnel Rannersdorf
- Gewässerpolizeilicher Auftrag zur Sicherung der Deponie „Matzen“

- Überprüfungsbescheid zur Sicherung der Deponie „*Rohrendorf*“
- Überwachung der Räumung der Altlast „*Metran*“ in Kematen/Ybbs

### **Bereich Schifffahrt:**

- Im Bereich des Nationalparkes Donauauen Durchführung des Bewilligungsverfahrens des Projektes „*Gewässervernetzung Schönau*“ im Anschluss an die bereits durchgeführte Gewässervernetzung Orth an der Donau
- Bewilligung des Projektes „*Fischaufstiegstreppe bei der Mündung des Rußbaches in die Donau*“

## ABTEILUNG WASSERWIRTSCHAFT (WA 2)

Sämtliche unserer Maßnahmen sind im Hinblick auf eine nachhaltige, ressourcenschonende Nutzung des Gutes „Wasser“ und all jener Nutzungen, die in Verbindung mit dem Gut Wasser stehen, abgestimmt. Unsere Aktivitäten gehen in Richtung agieren und nicht reagieren, so dass dem Bürger entsprechende fachliche Leitlinien vorgegeben und als Entscheidungshilfe präsentiert werden können. Folgende große, oft auch abteilungsübergreifende wasserwirtschaftliche Themenbereiche standen im Jahr 2001 dabei im Vordergrund:

- **Wasserdatenverbund:** Mit Hilfe des Wasserdatenverbundes NÖ soll eine abteilungsübergreifende Verwaltung und Nutzung aller Wasserdaten realisiert werden. Damit ist im Endausbau ein rascher Zugang und eine optimale Nutzung von aktuellen Wasserdaten auch für den Bürger über das Internet gegeben. Im Jahr 2001 wurde an der Umsetzung der Module Wasserrecht, Mess-Stellen und Abwasserentsorgung gearbeitet.
- **Sicherstellung der Trinkwasserversorgung für die NÖ Bevölkerung:** Die Sicherstellung der Versorgung der NÖ Bevölkerung mit sowohl qualitativ einwandfreiem als auch quantitativ ausreichendem Trinkwasser bildet weiterhin einen inhaltlichen Schwerpunkt. Erste Ergebnisse des "Trinkwasserversorgungskonzeptes NÖ" wurden weiterentwickelt, und es gilt nun Strategien zu dessen Umsetzung zu formulieren.
- *Nach Abschluss der Phase 1 des Projektes „Trinkwasserversorgung für NÖ - STRATEGIEKONZEPT“, ist zu erkennen, dass das in NÖ vorhandene Wasserdargebot auch zur zukünftigen Abdeckung des Bedarfes des Landes reicht, darüber hinaus ein bewirtschaftbarer Überschuss vorhanden ist, regional quantitative und qualitative Defizite bestehen, zu deren Behebung geeignete Lenkungsmaßnahmen zweckmäßig scheinen.*
- **Schutzgebiete:** Anhand der bestehenden Schutzgebietsdatenbank und mit den laufend erweiterten regionalen Grundwassermodellen wurden ausgewählte Schutzgebiete im Zuge von Wasserrechtsverfahren auf den heutigen Stand des Trinkwasserschutzes gebracht.
- **Grundwassersanierung:** Nach Prioritäten gereiht wurden fachliche Grundlagen für die Sicherung von Verdachtsflächen und Altlasten erarbeitet. Zusätzlich zu diesen punktuellen Sanierungsmaßnahmen wurde in Zusammenarbeit mit der NÖ Landeslandwirtschaftskammer im Herbst 2001 die Umsetzung der „Regionalprojekte für den vorsorgenden Grundwasserschutz (ÖPUL 2000)“ gestartet. In den Grundwassergebieten Marchfeld und Tullnerfeld konnten bereits Teilnahmequoten von über 50% der landwirtschaftlichen Flächen erreicht werden.
- **Klärschlamm als Dünger:** Im Sinne der ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft erfolgten weiterhin Bemühungen auf unterschiedlichsten Ebenen, um qualitativ hochwertige Klärschlämme als Dünger in der Landwirtschaft einzusetzen. In diesem Zusammenhang sind die Auszeichnungen besonders engagierter Kläranlagenbetreiber mit dem Klärschlamm-Kontrollsiegel bzw. auch die erstmalige Verleihung des NÖ Wasserpreises für Klärwärter zu sehen. Ebenfalls wurden Untersuchungen beschlammter landwirtschaftlicher Flächen durchgeführt, um nachzuweisen, dass unter diesen Umständen keine Veränderung der Bodenbelastung stattfindet.

- **Wasserkreisläufe schließen, „Wasser in der Region halten“ bzw. „Wasser als Lebensraum schützen bzw. wieder nutzbar machen“:** Dazu sind innerhalb der Gruppe Wasser die Umsetzung von ökomorphologisch ausgerichteten Revitalisierungen entlang unterschiedlichster Gerinne in NÖ im Gange. Ähnlich, wie es bereits entlang der Pulkau geschehen ist, wurde auch an der Großen Tulln ein gesamtökologisches Leitbild erarbeitet. Derartige Leitbilder stellen in der Region für die einzelnen Planer, aber auch für die Kommunen, fachliche Richtlinien für die optimale Umsetzung von entsprechenden Projekten dar.
- **Gewässeraufsicht:** Durch verstärkte Unterstützung der Gemeinden und Betriebe mit regelmäßigen, aber auch anlassbezogenen Kontrollen von Anlagen und Gewässern und darauf aufbauend eine entsprechende Beratung der Betreiber verfolgte die Abteilung eine weitere Hebung des Verständnisses der Wasserbenutzer für die Notwendigkeit von Schutz- und Sicherungsmaßnahmen. Zur systematischen Prüfung von Dämmen bei Stauanlagen wurde, aufbauend auf dem NÖ Überprüfungsleitfaden, eine Priorisierung für die Kontrolle der Anlagen eingeleitet. Erfahrungen aus pilothaften Überprüfungen liegen bereits vor.
- Durch das praktizierte und kontrollierte Qualitätsmanagement konnten weitere Optimierungen bei den Laufzeiten von wasserrechtlichen Verfahren erreicht werden.
- Zur Erzielung eines Ausgleiches zwischen den durch das EIWOG und das WRG formulierten öffentlichen Interessen zum Themenbereich „Nutzung erneuerbarer Energien durch Kleinwasserkraftwerke“ wurde eine Studie beauftragt. Ziel dabei ist die Harmonisierung dieser öffentlichen Interessen und damit die Sicherung natürlicher Wasserressourcen bei Optimierung deren energetischer Nutzung.
- Zur besonderen Sicherung bestehender und künftiger Trinkwasserversorgungen im Tullnerfeld wurde eine wasserwirtschaftliche Rahmenverfügung Tullnerfeld erstellt.
- Zur geordneten Oberflächenwasserableitung im Einzugsgebiet des Krottenbaches wurde gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden ein generelles Konzept erstellt. Ziel ist es, eine integrative Lösung zu den Themen „Oberflächenentwässerung“, „Hochwasserschutz“ und „Raumordnung“ in unmittelbarer Zusammenarbeit mit den Gemeinden zu finden.
- Die Kartierung der wichtigsten 2000 km Fließgewässer NÖs hinsichtlich des „strukturökologischen Zustandes“ wurde abgeschlossen. Damit liegt eine Grundlage für Entscheidungen über notwendige Erhaltungs- oder Verbesserungsmaßnahmen an Fließgewässern vor. Ziel ist die Erreichung eines guten strukturellen Zustandes.

## ABTEILUNG WASSERBAU (WA 3)

### Wasserbau:

Die Hauptaufgabe der Abteilung Wasserbau ist die Sicherstellung eines möglichst wirtschaftlichen Hochwasserschutzes für Siedlungs- und Industriegebiete unter Bedachnahme auf die Sicherung und Verbesserung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer, sowie im Rahmen des landwirtschaftlichen Wasserbaues die Durchführung von kulturtechnischen Maßnahmen wie Ent- und Bewässerungsanlagen und Strukturverbesserungsmaßnahmen im ländlichen Raum.

Gewässerbetreuungskonzepte, als übergeordnete, interdisziplinäre Planungsinstrumente, sollen dabei helfen die vielfältigen Nutzungsinteressen an Fließgewässern zu koordinieren.

Die Maßnahmen des Wasserbaues sind u.a. der „*Passive Hochwasserschutz*“, z. B. die Einlösung häufig überfluteter Grundstücke und Objekte und der „*Aktive Hochwasserschutz*“ wie z. B. Hochwasserrückhaltmaßnahmen.

Eine weitere wichtige Aufgabe des Wasserbaues ist die Gewässerpflege und die Durchführung ökologischer Maßnahmen.

In Niederösterreich existieren 70 Schutzwasserverbände, die satzungsgemäß die Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen an Gewässern durchführen.

Das wichtigste Umweltprojekt im Jahr 2001 war die Weiterführung des **Life Natur Projektes „Lebensraum Huchen“**.

Das Life Natur Projekt „*Lebensraum Huchen*“ bezweckt konkrete Verbesserungen für gefährdete Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume.

Der Huchen als Titel wurde stellvertretend für eine Vielzahl geschützter Arten gewählt.

In den Jahren 1999 bis 2003 sollen ökologische Verbesserungen an den Flüssen Pielach, Melk und Mank realisiert werden.

Hierbei stehen Maßnahmen im Vordergrund, die den flussgebundenen Tieren und Pflanzen zugute kommen werden. Gleichzeitig werden dadurch auch Akzente zur Erhaltung der Flusslandschaften des Mostviertels gesetzt.

Ein Projektschwerpunkt liegt in der biologischen Vernetzung von Pielach, Melk und Mank mit dem Wachauabschnitt der Donau. Derzeit können viele Fischarten nicht zu ihren Laichgründen gelangen, da das Fließgewässerkontinuum insgesamt 13mal unterbrochen ist. Um den Fischen und allen anderen Wasserorganismen die notwendigen Wanderungen zu ermöglichen, werden in Zusammenarbeit mit den Wehr- und Mühlenbesitzern bzw. -pächtern Möglichkeiten zur Umgehung der 13 Kontinuumunterbrechungen ausgearbeitet und umgesetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt an der Pielach betrifft die langfristige Erhaltung der noch vorhandenen flusstypischen Mäanderstrecken. Zu deren Schutz werden in Zusammenarbeit gemeinsam mit den Anrainern Uferbegleitstreifen angelegt bzw. Pufferflächen geschaffen. Der bestehende Hochwasserschutz wird dadurch nicht verändert. Schwerpunkte dafür sind die Neubacher Au und die Mühlau.

Die fachliche Abwicklung dieses Vorhabens erfolgt als Gemeinschaftsprojekt von den Abteilungen Wasserbau und Naturschutz.

## **Traisen – Sohlstufe 40 und Umgehungsarm**

Das 100-jährliche Hochwasser im Juli 1997 verursachte an mehreren Stellen der Unteren Traisen Schäden an den Dämmen und Sohlstufen. Im Bereich von Spratzern und Harland brach der Damm am rechten Ufer, und die Sohlstufe Nr. 40 wurde stark beschädigt. Die Traisen grub am rechten Ufer ein ca. 100 m langes Gerinne, das flussab der Sohlstufe neuerlich den Damm zerstörte und wieder in die Traisen zurück mündete.

Noch im Sommer 1997 wurde eine provisorische Behebung der Schäden vorgenommen und die Detailplanung für ein Umgehungsgerinne in Angriff genommen. Vorgabe für die Planung war, den Hochwasserschutz wieder herzustellen und gleichzeitig die ökologische Funktionsfähigkeit der Traisen zu verbessern. Die Maßnahmen mussten auf die Ziele und das Maßnahmenkonzept des Gewässerbetreuungskonzeptes Traisen Wilhelmsburg bis Donaumündung abgestimmt werden. Eine zusätzliche Rahmenbedingung stellen die im rechten Vorland gelegenen Grundwasserbrunnen der Stadt St. Pölten dar. Für diese Brunnen und das umliegende Brunnenschutzgebiet war der Hochwasserschutz im gleichen Ausmaß wie vor dem Hochwasser zu gewährleisten.

Im Gewässerbetreuungskonzept war bereits vorgesehen, dass die Sohlstufe 40 bestehen bleibt, um die Eintiefung der Traisensohle zu verhindern. Aus ökologischer Sicht war daher die Gestaltung eines Umgehungsarmes zur Wiederöffnung des unterbrochenen Gewässerkontinuums erforderlich. Dadurch entstand ein naturnaher Fließgewässerabschnitt, der in seiner Charakteristik der gewässertypspezifischen Traisen nachempfunden ist und Lebensraum für die standorttypische Tier- und Pflanzengemeinschaft bietet. Gleichzeitig wird nun die ungehinderte Wanderung für Fische und andere Gewässerorganismen ermöglicht.

Für die Ausgestaltung des Umgehungsarmes am rechten Traisenufer wurde das beim Hochwasser 1997 entstandene Gerinne ausgenutzt. Um ein Gefälle zu schaffen, das von allen Fischen und bodenlebenden Gewässerorganismen überwunden werden kann, wurde das Gerinne jedoch auf 500 m verlängert und einem Hauptarm der natürlichen Traisen entsprechend gestaltet. Die Breite des Umgehungsarmes beträgt im Mittel ca. 25 m. Es wurden typische Flussstrukturen, wie Schotterinseln, Aufweitungen, Prallhang-Gleitufer-Bereiche und variable Uferstrukturen mit Totholz und Bäumen angelegt. Wegen der geringen Restwasserführung der Traisen wurde eigens ein Niederwasserbett geschaffen. In diesem wird bei geringen Überwasserabgaben am Altmannsdorfer Wehr der Abfluss konzentriert. Bei einem Hochwasser wird die Dotation durch ein Drosselbauwerk am flussauf gelegenen Ende des Umgehungsarmes begrenzt. Bei einem 100-jährlichen Hochwasser beträgt die maximale Dotationsmenge ca. 40 m<sup>3</sup>/s. Diese Maßnahme verhindert eine Erosion der Sohle und ermöglicht eine sehr naturnahe, strukturreiche Gestaltung des Flussbettes sowie den Verzicht auf massive, sichtbare Ufer- und vor allem Sohlsicherungen (z.B. mit Rampen). Gleichzeitig verbleibt genug Abflussdynamik für die Feinausformung des Umgehungsarmes und für lokale periodische Umlagerungen des Gewässerbettes.

Somit stellt bei niedrigen und mittleren Abflüssen bis 3 m<sup>3</sup>/s und damit den Großteil des Jahres, der Umgehungsarm das eigentliche Traisenbett dar. Das alte Traisenbett wird ab Abflüssen über 3 m<sup>3</sup>/s zunächst nur geringfügig beaufschlagt. Bei einem Abfluss von ca. 25 m<sup>3</sup>/s fließen bereits 15 m<sup>3</sup>/s, also ca. 66 % im alten Traisenbett. Bei einem 100-jährlichen Hochwasser von 750 m<sup>3</sup>/s gelangen lediglich 40 m<sup>3</sup>/s in den Umgehungsarm und 710 m<sup>3</sup>/s verbleiben im Traisenbett.

Bei Nieder- und Mittelwasserabflüssen entstehen im alten Traisenbett Tümpel, wie sie auch in der ursprünglichen Traisen vorhanden waren. Um ein gänzlich Austrocknen des Gewässerbettes bei Abflüssen unter  $3 \text{ m}^3/\text{s}$  zu verhindern, wird permanent eine geringe Wassermenge dotiert. Um ein übermäßiges Aufkommen von Weiden, die den Hochwasserabfluss behindern könnten, zu vermeiden, wurden niedrige Sohlgurten zum Aufstauen eingebaut.

Im Umgehungsarm sind die Ufer weitgehend der natürlichen Pflanzenentwicklung überlassen. Auf den Schotterbänken wurde eine Erstbepflanzung mit der „*Deutschen Tamariske*“ vorgenommen. Diese für die Traisen ehemals charakteristische Art ist heute im gesamten Flussverlauf ausgestorben. Da für das nachhaltige Bestehen dieser Pflanze periodische Umlagerungen der Schotterbänke bei hohen Abflüssen nötig sind, wurde sie besonders im Mündungsbereich des Umgehungsarmes eingebracht.



Die Sohlstufe 40 wurde ebenfalls saniert und dem Stand der Technik und den einschlägigen Vorschriften unter besonderer Berücksichtigung der spezifischen Standortverhältnisse angepasst. Es wurden insbesondere Sohlstabilisierungsmaßnahmen im Unter- und Oberwasser, ein ausgedehnter Kolksschutz (Sohlsicherung) sowie eine Einbindung in die Ufer und in die vorhandenen Hochwasserschutzmaßnahmen vorgenommen.

Der neu gestaltete Traisenabschnitt liegt im Nahbereich von St. Pölten und wird von der Bevölkerung intensiv für die Freizeitgestaltung genutzt. Im Bereich des Umgehungsarmes wurden verschiedene Möglichkeiten für die Naherholung vorgesehen. Am rechten, neuen Hochwasserschutzdamm besteht nun ein Schotterweg für Fußgänger bzw. Radfahrer als Ergänzung zum linksufrigen, asphaltierten Radweg. Der alte Traisendamm kann über eine Brücke am Drosselbauwerk erreicht werden. Er wurde am unteren Ende abgesenkt und stark verbreitert und steht künftig als Rastplatz, Grillplatz oder auch für Lehrpfade zur Verfügung. Sowohl der Umgehungsarm als auch der Traisenkolk unter der Sohlstufe wird zum Baden benutzt.

## **ABTEILUNG WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG (WST 2)**

### **„Allgemeine Wirtschaftsförderung“**

Die Wirtschaftsförderung unterstützt gewerbliche Unternehmungen bei der Durchführung von Investitionen, die aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen durchgeführt werden. Dabei ist oft der wirtschaftliche Zweck nur schwer vom Umweltaspekt zu trennen, so dass Umweltschutzmaßnahmen durch die Wirtschaftsförderungsaktionen des Landes mitgefördert werden können.

Davon abgesehen gibt es einige Wirtschaftsförderungsaktionen des Landes, wie zum Beispiel die „NÖ Landesinvestitionsförderung“ oder die „Aktion Betriebsansiedlung, Neugründung und Strukturverbesserung“, bei denen neben wirtschaftlichen Kriterien auch Gesichtspunkte des Umweltschutzes oder der Energieeinsparung in die Richtlinien aufgenommen wurden.

Die Förderung der Entwicklung von neuen Produkten, Produktionsverfahren oder Dienstleistungen wird auf Landesebene unter dem Schwerpunkt „Innovation, Technologie, Forschung und Entwicklung“ abgewickelt. Fallweise werden dabei auch innovative Produkte im Bereich des Umweltschutzes gefördert.

Weitere Auskünfte erteilt die Abteilung Wirtschaftsförderung (WST2) beim Amt der NÖ Landesregierung, 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1, Tel.: 02742/9005/16101.

## **ABTEILUNG ENERGIE UND STRAHLENSCHUTZ (WST 6)**

Die Abteilung Energie- und Strahlenschutzrecht ist für Angelegenheiten des Elektrizitätswesens, sowohl in Gesetzgebung als auch in Vollziehung, zuständig.

Die EU-Binnenmarkttrichtlinie Strom verpflichtet die Mitgliedstaaten ihre Elektrizitätsmärkte schrittweise zu öffnen. Diese Richtlinie hat nicht nur den Beginn der Liberalisierung in der Elektrizitätswirtschaft eingeleitet, sondern auch die Forcierung erneuerbarer Energie gebracht.

Das EIWOG, BGBl. I Nr. 143/1998, sowie das NÖ EIWG 1999 sahen ein Maßnahmenpaket zur Forcierung von „Ökostrom“ vor, mit dem eine Steigerung des Anteils an der Erzeugung elektrischer Energie aus Anlagen, die auf Basis bestimmter erneuerbarer Energieträger betrieben werden, langfristig erreicht werden soll. Eine Maßnahme bestand in der Verpflichtung der Betreiber von Verteilernetzen, die elektrische Energie aus diesen Anlagen zu beziehen. Diese Abnahmepflicht hatte in einem steigenden Ausmaß zu erfolgen, so dass im Jahre 2005 ein Anteil von 3 % dieser erneuerbaren Energieträger an der für die Abgabe an Endverbraucher erforderlichen Strommenge erreicht wird.

Das Parlament hat eine Novelle zum EIWOG beschlossen, deren Kundmachung am 1. Dezember 2000 im BGBl. I Nr. 121 erfolgt ist. Die grundsatzgesetzlichen Bestimmungen dieser Novelle waren binnen sechs Monaten in den Ausführungsgesetzen der Länder umzusetzen.

Diese Novelle sieht vor, dass die Verteilernetzbetreiber Ökoenergie in einem Stufenplan abzunehmen haben. Die Menge an elektrischer Energie aus Ökoanlagen hat

1. ab 1. Oktober 2001 mindestens 1 %
2. ab 1. Oktober 2003 mindestens 2 %
3. ab 1. Oktober 2005 mindestens 3 %
4. ab 1. Oktober 2007 mindestens 4 %

der Stromabgabe an die an das Netz angeschlossenen Endverbraucher im vorangegangenen Kalenderjahr zu betragen.

Weiters ist vorgesehen, dass – so wie bisher – Mindesteinspeisetarife durch die Landeshauptmänner festzulegen sind, die sich an den durchschnittlichen Produktionskosten unter Berücksichtigung der Wertigkeit der elektrischen Energie und von Förderungen zu orientieren haben. Die Landeshauptleute haben binnen sechs Monaten neue Einspeisetarife zu bestimmen. Die Abdeckung der Mehrkosten wird so wie bisher über einen Zuschlag zum Systemnutzungstarif finanziert. Neu ist, dass die Verteilernetzbetreiber eine Ausgleichsabgabe zu entrichten haben, wenn der erforderliche Mindestanteil nicht erreicht wird. Mit den Mitteln der Ausgleichsabgabe sind Ökoanlagen zu fördern.

Der NÖ Landtag hat am 28. Juni 2001 in Ausführung des Elektrizitätswirtschafts- und –organisationsgesetzes (EIWOG 2000) das NÖ Elektrizitätswesengesetz 2001 beschlossen. Dieses Gesetz sieht vor, dass Verteilernetzbetreiber zur Abnahme von Ökoenergie zu Mindestpreisen verpflichtet sind, wobei für die Abnahme aus Windkraftanlagen eine obere Grenze von derzeit 3 % vorgesehen ist. Die Behörde kann mit Verordnung die Abnahmepflicht für Windenergie erhöhen, wenn die netztechnischen Voraussetzungen eine Erhöhung zulassen und die Wirtschaft und die Bevölkerung in NÖ im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht wesentlich mit

zusätzlichen Mehraufwendungen belastet werden. Die Abnahmepflicht für Ökoenergie aus sonstigen Anlagen (Biomasse, Biogas, Deponie- oder Klärgas, Sonne) ist nicht begrenzt. Vielmehr ist eine Mindestmenge vorgesehen. Wird ab dem 1. Oktober 2007 nicht mindestens 2 % aus diesen „sonstigen Anlagen“ abgenommen, muss der Verteilernetzbetreiber eine Ausgleichsabgabe bezahlen. Es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, dass es energiepolitisches Ziel des Landes NÖ ist, die Ökoenergie teilweise aus Windenergie und teilweise aus Biomasse aufzubringen.

Ein Entwurf einer Mindestpreisverordnung wurde in NÖ Anfang des Jahres 2002 einem Begutachtungsverfahren unterzogen. Mit der Kundmachung der Verordnung ist im Laufe des Frühjahres 2002 zu rechnen. Ziel dieser Verordnung ist es, durch die Mindestpreise Anreize zu schaffen, die die Errichtung und den Betrieb von Ökoanlagen ermöglichen.

Da die von den Verteilernetzbetreibern abgenommene Ökoenergie nicht zu marktkonformen Bedingungen verkauft werden kann, entstehen den Verteilernetzbetreibern Mehraufwendungen, die ihnen abzugelten sind. Zu diesem Zweck hat der Landeshauptmann einen Zuschlag zum Systemnutzungstarif fest zu legen, den jeder Endverbraucher in NÖ zu tragen hat. Je höher der Anteil der Ökoenergie wird, je höher wird der Zuschlag. Wird ein Anteil von 5 % (3 % Windenergie, 2 % Biomasse) in NÖ erreicht, so wird der Zuschlag für die Abdeckung der Mehraufwendungen aus Ökoenergie etwa 0,36 Cent/kWh (etwa 5 g) liegen. Die Erreichung von 5 % Ökoenergie (3 % Wind, 2 % Biomasse etc.) erfordert erhebliche Investitionen (geschätzt etwa 200 Millionen Euro).

NÖ hat im Vergleich zu anderen Bundesländern ein hohes Ökopotential, insbesondere bei der Windenergie. Auf Grund der derzeitigen Rechtslage ist es nicht möglich, dass die abgenommenen Mengen an Ökoenergie und die Mehraufwendungen österreichweit nach festgelegten Regeln gleichmäßig verteilt werden können. Eine wünschenswerte Erhöhung der Abnahmepflicht bei Windenergie ist aus Sicht NÖs nur dann möglich, wenn sicher gestellt ist, dass durch einen bundesweiten Ausgleich die Kosten der Ökoenergie auf ganz Österreich gleichmäßig verteilt werden. Der NÖ Landtag hat anlässlich der Beschlussfassung des NÖ EIWG 2001 auch eine Resolution beschlossen, mit der der Bund ersucht wird, die rechtlichen Rahmenbedingungen des EIWOGs so zu gestalten, dass die mit der Forcierung der Ökoenergie verbundenen Mehraufwendungen gleichmäßig auf alle Endverbraucher in Österreich (ähnlich dem Deutschen Erneuerbaren Energiegesetz) verteilt werden können. Nur der Bundesgesetzgeber kann die Voraussetzungen für diesen Ausgleich schaffen.